PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

# kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/75 20 15 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/75 20 14 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621/75 20 12 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 21. September 1976, fertiggestellt.

23. September 1976 Jg. 4 Nr. 38 50 Pf.

## Die Völker Afrikas werden Kissingers Pläne zerschlagen

**Der Handelsreisende des US-Imperialismus, Kissinger, spinnt zur Zeit verzweifelt an einer weiteren Intrige gegen den revolutionären Befreiungskampf der Völker des südlichen Afrika. „Viel steht für uns auf dem Spiel“, meinte er auf der Pressekonferenz am 11.9. vor seiner Abreise aus den USA. Er will verhindern, „daß der ganze Kontinent radikal wird und sich in einer Richtung bewegt, die mit westlichen Interessen unvereinbar ist.“ (Guardian, 16.9.1976)**

Etwa zehn Tage will er zwischen afrikanischen Staaten und den südafrikanischen und rhodesischen Statthalterregimes des Imperialismus herumreisen, um einen „friedlichen Übergang für eine Mehrheitsregierung unter Garantie von Minderheitenrechten für die Weißen“ auszuhandeln.

Aber überall ist er auf Ablehnung gestoßen. In Tansania und Sambia empfingen ihn Demonstranten mit Transparenten: „Nieder mit Kissinger, nieder mit dem CIA, nieder mit dem amerikanischen Imperialismus“, „Kein Halt für den Befreiungskrieg“, „Kein Dialog durch Kissinger“. In Südafrika mußten die Kolonialtruppen jeden seiner Schritte sichern. Aus allen großen südafrikanischen Städten werden Protestaktionen gemeldet. Wieder ermordeten die Polizisten zahlreiche Azanier. In Soweto, dem größten Township, in das die Kolonialisten eine Million Afrikaner gepfercht haben, „eröffnete die Polizei das Feuer auf Anti-Kissinger-Demonstranten. (...) sechs Studenten sollen erschossen und 35 verwundet worden sein.“ (Süddeutsche Zeitung, 20.9.76)

Als Schüler verschiedener Schulen in Soweto mit Plakaten, die gegen Kissingers Anwesenheit und das Siedlerregime gerichtet waren, „anfingen, Lieder des Befreiungskampfes zu singen und ‚die Macht den Schwarzen‘ zu ru-

Transparenten: „Nieder mit Kissinger, nieder mit dem CIA, nieder mit dem amerikanischen Imperialismus“, „Kein Halt für den Befreiungskrieg“, „Kein Dialog durch Kissinger“. In Südafrika mußten die Kolonialtruppen jeden seiner Schritte sichern. Aus allen großen südafrikanischen Städten werden Protestaktionen gemeldet. Wieder ermordeten die Polizisten zahlreiche Azanier. In Soweto, dem größten Township, in das die Kolonialisten eine Million Afrikaner gepfercht haben, „eröffnete die Polizei das Feuer auf Anti-Kissinger-Demonstranten. (...) sechs Studenten sollen erschossen und 35 verwundet worden sein.“ (Süddeutsche Zeitung, 20.9.76)

Als Schüler verschiedener Schulen in Soweto mit Plakaten, die gegen Kissingers Anwesenheit und das Siedlerregime gerichtet waren, „anfingen, Lieder des Befreiungskampfes zu singen und ‚die Macht den Schwarzen‘ zu ru-

fen“, um ihre Entschlossenheit, die nationale Herrschaft in Azania zu erkämpfen, auszudrücken, „stürmte die Polizei die Schulen und eröffnete das Feuer“. (The Daily Telegraph, 18.9.)

In Johannesburg wurden drei Afrikaner erschossen und mindestens zwölf verletzt. In Kapstadt patrouillierten schwerbewaffnete Banden europäischer Siedler die Straßen und sicherten die strategisch wichtigen Orte.

### Die Arbeiterklasse – führende Kraft im Befreiungskampf

Im nationalen Befreiungskampf des Volkes von Azania hat die Arbeiterklasse die Führung übernommen, die Spaltungsversuche des Kolonialregimes zerschlagen und die ausgebeuteten und unterdrückten Massen im Kampf für den Sturz der Herrschaft des Kolonialismus und Imperialismus für ein befreites Azania zusammengeschlossen.

Die letzte Woche begann mit einer Massenstreikbewegung der afrikanischen Arbeiter in der Region Johannesburg. „Südafrikas nichtweiße Millionen vereinten sich gestern in der größten Widerstandsaktion in der Geschichte des Landes“, berichtet die englische Zeitung „The Daily Telegraph“ vom 16.9.

„Über 80 Prozent der farbigen und afrikanischen Arbeitermassen und 60 Prozent der afrikanischen Arbeiter in Johannesburg – insgesamt sind das mindestens eine halbe Million Arbeiter – blieben heute der Arbeit fern. (...) In einigen Schlüsselindustrien wie Bekleidung betrug die Abwesenheitsquote über 99 Prozent.“

Die Mischlinge und Inder, die das Regime gegen die Schwarzen einsetzen will, schlossen sich dem Kampf an. Auch sie sind Arbeiter und werden ausgebeutet.

„In der Hafenstadt Kapstadt erschienen am Mittwoch rund 200 000 Mischlinge nicht zur Arbeit.“ (Stuttgarter Zeitung, 20.9.) „Auch junge Inder haben die durch die Rassentrennung künstlich geschaffene Schranke überwunden und sich in wachsender Zahl dem Kampf zu ihrer Befreiung angeschlossen.“ (Herald Tribune, 18.9.)

Angstvoll erwarten die Imperialisten den nächsten Schlag, nachdem weder Schußwaffeneinsatz noch Verhaftung Tausender Arbeiter und Schüler die Ausbreitung des Befreiungskampfes aufhalten können. Das „Handelsblatt“ schreibt am 20.9.:

„Hartnäckig halten sich Gerüchte, daß die neuerlich erstarkten und zunehmend militant gestimmten schwarznationalen Organisationen des Untergrunds demnächst zum Generalstreik aufrufen werden. Einen Vorgeschmack gab es bei den Streiks der letzten Tage im Industrieballungsraum Johannesburg und in Kapstadt. (...) Gegenwärtig gibt es nicht einmal Schätzungen über die entstandenen Verluste.“

Wie der „Spiegel 38/76 berichtet, fängt das imperialistische Kapital bereits an, sich nach sichereren Ausbeutungsmöglichkeiten umzusehen.

Fortsetzung Seite 2

## Loderer zeigt Flagge

Oft wird uns vorgeworfen, wir würden uns „in beleidigender und diffamierender Weise“ über „Mitglieder der DGB Gewerkschaften“ äußern. Eugen Loderer hat in der Gewerkschaftszeitung „Metall“ einen Aufruf zur Wahl der SPD losgelassen, da hätte man sofort wieder Lust.

Loderer will, daß die SPD dran bleibt. Das ist nicht neu, dafür arbeitet er dauernd und das wäre kaum der Meldung wert.

Es schaut so aus, als ob die Wahl knapp ausgeht. Die bürgerliche Presse ist noch gespalten. Augstein vom „Spiegel“ und Nannen vom „Stern“ wollen, daß die SPD am Ruder bleibt. Springer mit der „Welt“ und der „Bild“-Zeitung sowie etliche Illustrierte arbeiten für die CDU/CSU. Ein großer Teil der Bourgeoispresse, im Zentrum die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, hängt noch dazwischen. Es ist für die Bourgeoisie nicht einfach, festzustellen, ob sie mit Helmut Schmidt und der SPD oder mit Helmut Kohl und der CDU besser fährt.

Da ist es schon wichtig, was der SPD-Mann Loderer sagt. Er kann der Bourgeoisie mitteilen, welchen Kurs er in welchem Falle den gewerkschaftlich organisierten Metallarbeitern aufdrängen will. Loderer zur CDU/CSU:

„... Abbau sozialer Leistungen und eine Politik der Geschenke für die Unternehmer, wie sie der stellvertretende CDU-Vorsitzende Stoltenberg jüngst angekündigt hat.“

Für den Fall eines CDU-Wahlsieges kündigt Loderer an:

„Wir kennen diese Gefahr, und wir wissen uns zu wehren.“

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“, hängt noch dazwischen. Es ist für die Bourgeoisie nicht einfach, festzustellen, ob sie mit Helmut Schmidt und der SPD oder mit Helmut Kohl und der CDU besser fährt.

Da ist es schon wichtig, was der SPD-Mann Loderer sagt. Er kann der Bourgeoisie mitteilen, welchen Kurs er in welchem Falle den gewerkschaftlich organisierten Metallarbeitern aufdrängen will. Loderer zur CDU/CSU:

„... Abbau sozialer Leistungen und eine Politik der Geschenke für die Unternehmer, wie sie der stellvertretende CDU-Vorsitzende Stoltenberg jüngst angekündigt hat.“

Für den Fall eines CDU-Wahlsieges kündigt Loderer an:

„Wir kennen diese Gefahr, und wir wissen uns zu wehren.“

Zur SPD-Regierung:

„Es sind Sozialdemokraten gewesen, die in zehnjähriger Regierungsverantwortung dafür gesorgt haben, daß das höchste Maß an individueller Freiheit und kollektiver Sicherheit in der Geschichte des Landes verwirklicht wurde.“

Loderer zeigt Flagge, und diese ist gelb. Die gegenwärtige Senkung des Lohnstandards in Richtung Elend und unerbittlichen Zwang zur Überarbeit als „kollektive Sicherheit“, die Arbeitslosigkeit auch als „kollektive Sicherheit“ und die politische Reaktion als „höchstes Maß an individueller Freiheit“. Daraus entwickelt er eine entsprechende Taktik für die Metallarbeiter:

„Die Arbeitnehmer können klar unterscheiden, wer ihnen wohl und wer ihnen wehe will. Nun kommt es darauf an, am 3. Oktober in der Wahlkabine der Erkenntnis die Tat folgen zu lassen.“

Die Wahlkabine als „Ort der Tat“. Was für eine Furzidee. Das Projekt, die Metallarbeiter in die Enge der Wahlkabine einzuschließen, ist aber schlimmer. Es gibt tatsächlich eine Politik der „Geschenke an die Unternehmer“. Der SPD-Mann Loderer macht sie in der IG Metall.

Vielleicht denken manche, Loderer ginge etwas nach „links“ und ließe der Kraftentfaltung der Arbeiter in ihren Gewerkschaften etwas Raum, wenn die SPD verliert. Die werden sich geschnitten haben. Das Auslieferungsversprechen im Falle eines SPD-Wahlsieges ist ehrlich gemeint. Die Drohung gegen die CDU/CSU ist leere Phrase.

Die Eleganz, mit der Loderer die verschärfte Reaktion gegen die Arbeiterklasse und die Unterdrückung ihrer kollektiven Kampfrechte als „höchstes Maß an individueller Freiheit“ umschreibt, läßt erkennen: Der Mann ist kein Lump, kein Strolch, kein käufliches Element und kein Verräter. Er ist ein Bourgeois. Er kann die Metallarbeiter nicht verraten, weil er sowieso auf die andere Seite gehört. Er dient seiner Klasse, so gut und ehrlich er kann.







Die chinesischen Volksmassen trauern um ihren großen Führer und Lehrer, Vorsitzenden Mao Tsetung. Vergangenen Samstag nahmen mehr als eine Million an der Trauerfeier in Peking teil. Überall haben in diesen Tagen die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Welt des Vorsitzenden Mao Tsetung gedacht. Er hat unschätzbare Beiträge für den Klassenkampf, die proletarische Weltrevolution und die Sache des Kommunismus geleistet. Auf diesem Weg, für diese Ziele werden die Proletarier aller Länder und die Völker der Welt weiter siegreich vorwärtsschreiten.

## Die chinesischen Volksmassen setzen den Klassenkampf fort

**Die Arbeiterklasse und die Volksmassen aller Nationalitäten Chinas verwandeln ihre Trauer in revolutionäre Kraft. Auf Versammlungen bekräftigen sie ihre „Entschlossenheit, die Sache, die der Vorsitzende Mao hinterlassen hat, fortzusetzen, sich eng um das Zentralkomitee der Partei zusammenzuschließen und die proletarische Revolution bis zum Ende zu führen“. Im folgenden Auszüge aus einem Bericht der „Hsinhua“-Nachrichtenagentur.**

„Arbeiter der Automobilfabrik Nr. 1 in Changchun in der Provinz Kirin betrauerten mit tiefem Schmerz ihren verehrten und geliebten Führer Vorsitzenden Mao, als sie neben dem weißen Grundstein aus Marmor standen, der seine Inschrift ‚In Erinnerung an die Grundsteinlegung der Automobilfabrik Nr. 1‘ trägt, und zeigten die wertvollen Fotos von seiner Inspektion der Fabrik. Sie stellten fest: Unter seiner Führung hat die chinesische Arbeiterklasse Automobile, Flugzeuge, Hochseeschiffe, Atombomben produziert und Erdsatelliten gestartet.

‚Heute ermutigt uns die Inschrift des Vorsitzenden Mao für unser revolutionäres Ziel und erfüllt uns mit revolutionärer Energie‘, erklärten sie.

Der 28. September 1958 war ein Tag großer Freude für die Arbeiter des Stahlwerks Nr. 1 in Shanghai, der ihnen unvergeßlich ist. Früh am Morgen dieses Tages besuchte der Vorsitzende Mao den Konverter-Betrieb Nr. 2, der von China entwickelt wurde und mit in China produzierten Anlagen ausgerüstet war. Vorsitzender Mao schüttelte den Arbeitern freundlich die Hände und sprach mit ihnen. Er wies auf die glänzende Zukunft hin und ermutigte sie, ihr Bestes zu tun. Unter der Anleitung des vom Vorsitzenden Mao formulierten Prinzips ‚An der Unabhängigkeit festhalten, die Initiative in die eigenen Hände nehmen und auf die eigene Kraft vertrauen‘ hat sich diese Fabrik zu einem modernen Eisen- und Stahlwerk entwickelt, das Qualitätsstahl und gering legierte Stahlsorten produziert.

Als die Nachricht vom Tod des Vorsitzenden Mao die Arbeiter erreichte, gingen viele zur Konverter-Bühne, wo er sie einst getroffen hatte. In Trauer standen sie lange Zeit schweigend vor dem Bild des Vorsitzenden Mao. Auf dieser Konverter-Bühne verpflichteten sich die Arbeiter der Konverter-Fabrik: ‚Vorsitzender Mao, die immer siegreichen Maotsetungideen, die Du uns hinterlassen hast, werden unseren Weg vorwärts immer erleuchten.‘

Die Arbeiter haben ihre Trauer in Kraft verwandelt, entschlossen ihre Kritik an Deng Hsiao-ping vertieft und die Produktion vorangetrieben. Am 10. September, am Tag nach dem Tode des Vorsitzenden Mao, haben die Arbeiter einer Schicht 32 Konverterfüllungen Stahl produziert und setzten den Rekord auf 970 Tonnen Stahl pro Schicht herauf. Die Arbeiter der anderen Schicht verdoppelten ihre Anstrengungen und erzielten das höchste Schichtergebnis von Qualitätsstahl seit Beginn dieses Jahres.

Arbeiter des Eisen- und Stahlwerkes Maanshan in der Provinz Anhwei erinnerten sich an die zwei Inspektionen des Vorsitzenden Mao im Jahr des Großen Sprungs nach vorn. Sie studierten erneut die Weisung, die er nach der Inspektion der Eisen- und Stahlwerke in der Provinz ausgegeben hatte: ‚Eine Massenbewegung zur Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie muß in Gang gesetzt werden. Die Massenbewegung ist bei jeder Arbeit notwendig. Ohne die Massenbewegung geht nichts.‘ Sie sagten: Es geht auf die Weisung des Vorsitzenden Mao und auf die Massenbewegung zurück, daß wir aus dem verrotteten Erbe der Kuomintang-Reaktionäre durch Aufbauarbeit ein mo-

Fortsetzung Seite 2

# Die Völker Afrikas werden Kissingers Pläne zerschlagen

Fortsetzung von Seite 1

„Groß sind die Devisen-Beträge, die weiße Unternehmer allmonatlich aus dem Land schmuggeln. Allein in einem gegenwärtig von südafrikanischen Gerichten verhandelten Fall geht es um 15 Millionen Mark."

### Britischer Imperialismus als Kolonialmacht nach Zimbabwe

Unfähig, den Befreiungskampf zu schlagen und bedroht durch die Rivalität der anderen Supermacht, der Sowjetunion, versuchen die US-Imperialisten verstärkt Marionetten und kompromißbereite Kräfte unter den afrikanischen Völkern zu schaffen. Deshalb führte Kissinger in Südafrika auch Gespräche mit vom Kolonialregime eingesetzten Bantustan-Führern wie dem Zulu-Häuptling Buthelezi, und deshalb bearbeitet er in Sambia auch jedesmal den Führer der ZAPU, Nkomo, der sich für einen Schacher mit den Imperialisten empfänglich gezeigt hat. Die Gründung einer neuen politischen Partei in Zimbabwe, die sich ZRANC nennt und die R. Mugabe, der Generalsekretär der ZANU, als reaktionäres Instrument der Imperialisten entlarvte, ist ein weiteres Manöver.

Kommen die US-Imperialisten und die Siedlerregimes schon nicht darum herum, sich an die den bewaffneten Befreiungskampf führenden Organisationen, die SWAPO in Namibia und die ZANU in Zimbabwe, zu wenden, so sollen diese doch gezwungen werden, die afrikanischen Marionetten und kompromißbereite Kräfte als gleichberechtigte Vertreter der afrikanischen Völker zu akzeptieren, wenn es um die Bildung von „Mehrheitsregierungen" geht. Unter dem Deckmantel internationaler Garantien für „Rechte der weißen Minderheit" soll den imperialistischen Mächten ein Weg geöffnet werden, um mit eigenen Truppen das Lager der Konterrevolution zur Unterdrückung der revolutionären Kräfte der Völker zu stärken. In Namibia sollen dazu Verfassungskonferenzen und Wahlen unter Aufsicht des Weltsicherheitsrates der UNO abgehalten werden. In Zimbabwe soll Großbritannien als Kolonialmacht wieder die Macht übernehmen, nachdem Smith sein Einverständnis zur Bildung einer „Mehrheitsregierung" erklärt und die von ihm 1965 ausgesprochene Unabhängigkeitserklärung zurückgenommen hat. Unterstützt von den anderen westlichen imperialistischen Mächten soll dann Großbritannien den Marionetten, europäischen Siedlern, der Konterrevolution militärisch zu Hilfe kommen bei der Niederschlagung der revolutionären Kräfte. Unter ihrer Kontrolle sollen auch hier Wahlen stattfinden, die eine revolutionäre Macht verhindern. Damit soll das südafrikanische Siedlerregime gestützt und der weißen Minderheit in Rhodesien nach dieser „Unabhängigkeit" Vorrechte gesichert werden.

Dazu versucht Kissinger auch die Einheit der afrikanischen Staaten in der Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes erneut zu spalten. Vorster und Smith drohen offen den Staaten, die die Befreiungskämpfer unterstützen, wie Mozambique oder Sambia, mit Krieg. Bereits regelmäßig überfallen sie diese Staaten. Die Mozambique als Entschädigung für die Rhodesienblockade zugesicherten 35 Millionen US-Dollar hat der US-Senat gestrichen.

Aber wie das erste Entspannungsmanöver am revolutionären Befreiungskampf unter Führung der ZANU zerschellt ist, so wird daran auch das zweite Entspannungsmanöver scheitern. In einem Artikel stellt die tansanische Zeitung „Uhuru" fest,

„was Zimbabwe brauche, sei (...) ein erbitterter Kampf, der Ian Smith und seine faschistischen Henker für immer begraben wird", und die Regierungszeitung „The Daily News": „Das Volk will Revolution und wird kein Marionettenregime akzeptieren."

Robert Mugabe, der Führer der ZANU und Befreiungsarmee des Volkes von Zimbabwe, erklärte, Verhandlungen haben Smiths Kapitulation zur Voraussetzung, eine längere Übergangsperiode als ein Jahr lehnt das Volk von Zimbabwe ab wie auch internationale Garantien und Entschädigungen für die weiße Minderheit. „Wer wird die Schwarzen für all die Jahre der Ausbeutung durch die Weißen entschädigen?", antwortete er den Imperialisten in einem Interview. Der einzige Weg zum Sieg ist der bewaffnete Volkskrieg im Vertrauen auf die eigene Kraft. Das haben die Sprecher der Befreiungsbewegungen wiederholt betont. Es ist der Weg der Volksmassen. Kein Betrugsmanöver wird die Völker von Zimbabwe, Namibia und Azania auf diesem Weg aufhalten können. Im ganzen südlichen Afrika wird der Kampf bis zum Sieg fortgesetzt werden. – (hl)

# Die chinesischen Volksmassen setzen den Klassenkampf fort

Fortsetzung von Seite 1

dernes sozialistisches Eisen- und Stahlwerk geschaffen haben. Heute ist der jährliche Stahlausstoß unseres Werkes zehnmal so hoch wie 1958.

Mitglieder der Chiliying-Volkskommune im Gebiet Hsinhsiang der Provinz Honan und der Peiyuan-Kommune im Gebiet Licheng der Provinz Shantung erinnerten sich an das große Interesse und die warme Unterstützung, die die Kommune-Mitglieder vom Vorsitzenden Mao bei seinen Inspektionsreisen erfahren hatten. Sie sagten: Vorsitzender Mao kam zur Inspektion unmittelbar nach der Schaffung der Volkskommunen 1958. Er gab uns freundlich die Hand und sprach mit den armen und Mittelbauern, er drückte seine Hochschätzung und Unterstützung für das System der Volkskommunen aus und verkündete den großen Aufruf an das ganze Land: ‚Volkskommunen sind gut', mit dem er die Richtung des Fortschritts für die 500 Millionen Bauern Chinas zeigte. ‚Vorsitzender Mao nahm ein für allemal die Last der Armut von den armen und den Mittelbauern, und seine Güte übersteigt den Himmel', sagten die Kommune-Mitglieder. ‚Es ist unsere Pflicht, das rote Banner der Volkskommunen, gehißt vom Vorsitzenden Mao, noch höher zu halten und auf dem glänzenden Weg des Sozialismus, den er gewiesen hat, siegreich vorwärtszuschreiten. (...)

Kommandeure und Soldaten der Volksbefreiungsarmee drückten ihren tiefen Schmerz über den Verlust aus, als sie sich an die große Fürsorge des Vorsitzenden Mao um den Aufbau der Armee, der Miliz und an seine Besuche der Armeeeinheiten erinnerten. Die Soldaten der 3. Luftabwehrbatterie einer Nakinger Einheit sagten, niemals würden sie den 14. Mai 1960 vergessen, den Tag, an dem der Vorsitzende Mao die Batterie besuchte. Bei der Nachricht, daß der Vorsitzende Mao gestorben war, standen die Soldaten der Batterie in stiller Trauer vor dem riesengroßen Foto, das den Vorsitzenden Mao bei der herzlichen Begrüßung der Soldaten zeigte. Sie verpflichteten sich, die Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und dem Vorsitzenden Mao noch bewußter zu studieren, hart zu arbeiten, zu kämpfen, den Revisionismus zu verhindern und die Batterie zu einer starken Kraft der Verteidigung der Diktatur des Proletariats zu machen. (...).

Während dieser Tage der Trauer erinnern sich die Volksmassen daran, wie der Vorsitzende Mao die Roten Garden auf dem Tiänanmen-Platz bei acht Anlässen empfangen hat und vor einem Eingang zu Chungnanhai den großen Aufruf an das Volk verkündete: ‚Die Politik an die erste Stelle setzen und die Große Proletarische Kulturrevolution zu Ende führen.' Sie gedachten der großen revolutionären Handlung des Vorsitzenden Mao, kraftvoll den Yangtse-Fluß zu durchschwimmen, und wiederholten die große Lehre des Vorsitzenden Mao: ‚Auch große Stürme muß man nicht fürchten. Unter großen Stürmen schreitet die Menschheit vorwärts.' Sie gelobten, ihre Trauer in Kraft zu verwandeln, an den Lehren des Vorsitzenden Mao festzuhalten, den Klassenkampf als das Hauptkettenglied entschlossen fortzusetzen, an der grundlegenden Linie der Partei festzuhalten, neue Siege in der Kritik an Deng Hsiao-ping zu erringen, den rechtsabweichlerischen Versuch, richtige Urteile umzustoßen, zurückzuschlagen und neue Erfolge in der sozialistischen Revolution und im Aufbau des Sozialismus zu erringen." (Übersetzung aus Hsinhua vom 14.9.)

Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe:

*Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe:*

# Die Reaktion wird zurückgeschlagen

In Osnabrück ist es am Samstag, dem 11.9., zu einer mehr als einstündigen Straßenschlacht gekommen zwischen 30 bis 40 Polizisten und Menschen, die das Agitationszentrum des KBW zu den Wahlen und einen Bazar zur Unterstützung der ZANU verteidigten. An diesem Samstag war es der Polizei noch gelungen, den Stand zu zerschlagen, wozu sie 17 Festnahmen durchführen mußte und einen Genossen krankenhausreif geschlagen hat.

Auf Initiative der KBW-Stadtteilzellen fanden noch am Abend Veranstaltungen statt, auf denen die Aufgaben besprochen wurden. Man muß die imperialistische westdeutsche Bourgeoisie jetzt weiter angreifen und den Befreiungskampf der ZANU unterstützen. Schon am Nachmittag waren über 140 gegen das Polizeirevier gezogen und hatten die Freilassung aller Verhafteten verlangt, wobei es zu einer weiteren Schlägerei mit der Polizei gekommen war.

Am Samstag, dem 19.9., haben wir gegen die Bourgeoisie zurückgeschlagen. Die Losung „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch" war wieder bestimmend für die Agitationszentren des KBW. Der Bazar zur Unterstützung der ZANU wurde diesmal von verschiedenen politischen Kräften mitgetragen, so beteiligten sich Falken daran. Man sah gleich, wie sehr die Bourgeoisie durch die Auseinandersetzungen der letzten Woche angeschlagen war. Die CDU hatte ihren Stand, der vor einer Woche an der Stelle des Bazars war, vorsorglich in eine ganz andere Gegend verlegt. Die FDP hatte gerade ihren Stand und ihre buntbedruckten Lügen ausgepackt. Als sie den Aufbau des Agitationszentrums des KBW sahen, haben sie in aller Eile ihre Sachen wieder eingepackt und fluchtartig unter Schmährufen von Umstehenden das Weite gesucht.

Wahlkampfzeiten können von den Kommunisten gut genutzt werden, weil die bürgerlichen Politiker sich gezwungen sehen, auf die Straße zu kommen, um die Ideologie der Bourgeoisie im Volk zu verbreiten. Man darf sie dann dort nicht frei herumlaufen lassen. So wurde an einem der drei KBW-Agitationszentren nach einer Weile Fritz Brickwedde gesichtet, stadtbekannter Reaktionär, Mitglied des Bundesvorstandes der Jungen Union, wohl gerade unterwegs zum CDU-Stand. Er wurde



**Osnabrück.** Kampf gegen das Polizeirevier für die Freilassung aller Verhafteten. Diese waren bei der Auseinandersetzung mit der Polizei um das Agitationszentrum des KBW und einen Bazar zur Unterstützung der Zanu festgenommen worden.

angehalten, umzingelt und mußte Stellung nehmen: Dieser Brickwedde gehört zu den Leuten, die mit den von den Imperialisten durchgeführten Entspannungsmanövern hausieren gehen:

„Ich bin auch für eine schwarze Mehrheitsregierung; aber es muß ein langsamer und friedlicher Übergang sein ohne Blutvergießen; wenn nun die Schwarzen sofort an die Regierung läßt, gibt es nur Chaos. Deshalb begrüße ich auch die Vermittlung von Henry Kissinger." Hier sprach ein Imperialistenvertreter. Er predigt den friedlichen Wandel, damit Unterdrükkung und Ausbeutung erhalten bleiben. Aber wir haben gesagt, um welchen Wandel es diesem Reaktionär geht. Wir haben ihm gesagt, sein Manöver diene nur dazu, die imperialistische Ausbeutung Zimbabwes durch US- und BRD-Imperialismus aufrecht zu erhalten. Das Volk von Zimbabwe will das Siedlerregime, die Herrschaft der Imperialisten beseitigen und die Reichtümer Zimbabwes im Interesse des Volkes von Zimbabwe nutzen. Genau, meinte der Reaktionär, und deswegen sei er auch gegen die Befreiungsbewegungen. Die ausländischen Investitionen wären doch gut für alle, für die Staaten der Dritten Welt, wo Arbeitsplätze geschaffen würden, und für die BRD. Da ist ihm ein Arbeiter von Kabelmetall, einem Osnabrücker Kupferbetrieb, entgegengetreten, daß der Imperialismus von der Ausbeutung der Arbeiterklasse lebt, die Ausbeutung die Grundlage aller Knechtschaft und allen Elends ist, der Imperialismus weiter von der Ausplünderung der Länder der Dritten Welt lebt. So in die Enge getrieben, meinte der Reaktionär: Nur Terror und Gewalt wäre das, was wir wollten, und er nutzte die erste Gelegenheit, wo wir auf eine Frage der Umstehenden antworteten, um sich zu verdrücken. Seine Position wurde nun eingenommen von einem Realschulrektor. Die Volksmassen unterstützen die Imperialisten nicht.

Der bürgerliche Staat hat diesmal seine Polizei nicht geschickt. Es wäre ihm auch übel ergangen. Über 550 DM sind an den verschiedenen Ständen für die ZANU gesammelt worden. Der KBW hat über 50 Kommunistische Volkszeitungen verkauft und revolutionäre Literatur, besonders aus der Volksrepublik China und Schriften des Genossen Mao Tsetung. Gegen Mittag wurden die Agitationszentren mit einer Abschlußkundgebung beendet, auf der wir gesagt haben: Die imperialistische Bourgeoisie geht gegen die Unterstützung des Befreiungskampfes der unterdrückten Völker vor, weil sie weiß, daß das ein Schritt zur Weltrevolution ist; die fürchtet sie. Wir unterstützen gerade den Befreiungskampf der Völker, weil wir den Sturz der Bourgeoisie wollen.

In diesem Kampf werden wir uns demokratische Rechte nehmen, indem wir sie gegen den Staatsapparat erkämpfen und ihn schlagen. Jeder dieser Kämpfe ist Teil des Kampfes für die Revolution, den Sturz des bürgerlichen Staates, die Errichtung der Diktatur des Proletariats. Für diesen Kampf braucht die Arbeiterklasse ihre Partei, die Kommunistische Partei, gegen die Bourgeoisie und deren politische Vertreter. Mit Hochrufen auf den Befreiungskampf im Südlichen Afrika, die ZANU und den proletarischen Internationalismus wurde die Versammlung geschlossen. – (hk, Osnabrück)

### Wahlsendungen des KBW müssen ausgestrahlt werden

Das ZDF und ARD und alle Fernsehanstalten in den Ländern, in denen der KBW kandidiert, haben in einem einheitlichen Verfahren den in KVZ Nr. 36, Seite 2 abgedruckten Text der Wahlsendung des KBW abgelehnt. Die Sätze: „Die Parlamentswahlen sind ein Betrugsmanöver" und „Die Parlamente dienen der Unterdrückung" sollten gestrichen werden. Selbstverständlich besteht der KBW auf der ungekürzten Ausstrahlung und ging mit einstweiligen Anordnungen bei den verschiedenen Verwaltungsgerichten vor. Gleichermaßen gegen die Vergabe von ungünstigen Sendezeiten, die auch in einem einheitlichen Verfahren erfolgt war. Das Verwaltungsgericht Köln hat auf Antrag des KBW entschieden, daß der Westdeutsche Rundfunk dem KBW außer der Sendung um 18.03 Uhr noch eine Sendung zu einer wesentlich günstigeren Zeit erteilen muß. In den Verfahren gegen das ZDF konnte der KBW in zweiter Instanz beim Oberverwaltungsgericht Koblenz durchsetzen, daß das ZDF zur Ausstrahlung der Wahlsendungen des KBW ohne Kürzung verpflichtet wurde. So entschied auch das Verwaltungsgericht Hamburg gegen den NDR im Hörfunk und Fernsehregionalprogramm. Folgende Sendungen wurden bisher somit durchgesetzt:
Fernsehen Gemeinschaftsprogramm: ZDF 21.9. – 21.15, 22.9. – 21.15
Fernsehen Regionalprogramm NDR: 27.9. – 18.42, 2. Termin noch offen.
Hörfunk: NDR I: 21.9. – 18.25, NDR II 22.9. – 11.55, NDR II 28.9. – 11.50 Uhr.

### Reichstagswahlen in Schweden

Die seit 44 Jahren in Schweden regierende Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat bei der schwedischen Reichstagswahl am 19.9. gegen eine Parteikoalition von Konservativer Partei, Zentrumspartei und liberaler Partei verloren. In einem Leitartikel des Zentralorgans der Schwedischen Kommunistischen Partei „Gnistan" heißt es dazu: „Die Regierung Palmer verlor die Wahlen nicht wegen irgendwelcher imaginärer rechter Winde, die angeblich über Europa wehen. Sie verlor die Wahlen, weil sie

Winde, die angeblich über Europa wehen. Sie verlor die Wahlen, weil sie

eine reaktionäre und gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtete Politik verfolgte. Weil eine Alternative auf der Linken fehlte, die für das Volk eine klare Alternative dargestellt hätte, gab es viele, die offen bürgerliche Parteien wählten. Vor allem die jungen Wähler hatten in diesen Wahlen ein großes Gewicht, weil sie unzufrieden sind mit der Regierungspolitik, mit der bürgerlichen Struktur der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei, mit den vielen Skandalen, die es gab." Die KPS hat sich an diesen Wahlen beteiligt, für das Ziel der Herrschaft der Arbeiterklasse und des Kommunismus gekämpft. Sie hat 16798 Stimmen (0,3 %) erhalten.

### Sozialimperialismus: 30 Millionen Tonnen Getreide weniger dieses Jahr

Mit der weiteren Verschärfung der kapitalistischen Krise in der sozialimperialistischen Sowjetunion ist ein erneuter Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zu verzeichnen. In Sibirien und Kasachstan, zwei bedeutenden Weizenanbaugebieten, beträgt der Ernteausfall 10 Millionen Tonnen; in der Südukraine, wo ein Viertel der gesamten Weizenproduktion der Sowjetunion produziert wird, ist die Ernte schlecht ausgefallen. Aus den Angaben der Nachrichtenagentur des Sozialimperialismus geht hervor, daß die Sowjetunion in diesem Jahr 30 Millionen Tonnen Getreide weniger produzieren wird als im Vorjahr. Zur gleichen Zeit schicken die Sozialimperialisten ihre Ankäufer in andere kapitalistische Länder für große Getreidekäufe. Allein in Verhandlungen mit US-Gesellschaften hat die Sowjetunion Verträge abgeschlossen über den Ankauf von 4,5 Millionen Tonnen Mais, 3,5 Millionen Tonnen Weizen und 1,5 Millionen Tonnen Sojabohnen usw. in Höhe von Milliarden Dollar. – (Angaben nach Albanian Telegraphic Agency)

# Mao Tsetung

## Großer Lehrer und Führer des internationalen Proletariats und der Völker der Welt

**Aus dem Beileidstelegramm des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, des Präsidiums der Volksversammlung der Volksrepublik Albanien und des Ministerrats der Volksrepublik Albanien:**

„(...) Der Tod hat Genossen Mao Tsetung von seiner Partei und seinem Volk genommen, von seinen Kampfgenossen und den Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt, aber sein Andenken und sein Werk werden unsterblich bleiben.

Die Gründung und der triumphale Marsch der Kommunistischen Partei Chinas, der große Sieg der chinesischen Volksrevolution, die Gründung der Volksrepublik China und alle die großartigen Siege, die das chinesische Volk beim Aufbau des Sozialismus errungen hat, sind untrennbar mit dem Namen und dem Werk des Genossen Mao Tsetung, mit seinem marxistisch-leninistischen Denken verbunden.

Bewaffnet mit der marxistisch-leninistischen Theorie des Vorsitzenden Mao Tsetung und immer zuverlässig seinen revolutionären Lehren folgend, sind die chinesischen Kommunisten und die vielen Millionen chinesischen Volksmassen immer siegreich aus jedem Sturm und Unwetter hervorgegangen, sind sie entschlossen vorwärts marschiert durch viele harte Klassenschlachten und haben alle äußeren und inneren Feinde in Staub und Asche verwandelt. Einst ein armes und rückständiges Land, eine Beute imperialistischer und kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung, ist China unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze heute zu einem starken sozialistischen Staate geworden, einem Bollwerk des Sozialismus und der Revolution, der Sache der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker und einem Vorkämpfer gegen US-Imperialismus, sowjetischen Sozialimperialismus und Reaktion.

Genosse Mao Tsetung war ein hervorragender Denker und Theoretiker des Marxismus-Leninismus, der das glänzende Werk von Marx, Engels, Lenin und Stalin fortsetzte. Ihm gebührt das große Verdienst der Ausarbeitung, Verteidigung und Anwendung der Generallinie der Kommunistischen Partei Chinas in der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus. Er leitete persönlich die Große Proletarische Kulturrevolution in China und führte den Kampf zur Zerschlagung der konterrevolutionären revisionistischen Verrätercliquen von Liu Schao-tschi, Lin Biao und Deng Hsiao-ping und anderer Feinde des chinesischen Volkes und der Kommunistischen Partei Chi-
derer Feinde des chinesischen Volkes und der Kommunistischen Partei Chi-
nas.

Als ein großer Marxist-Leninist führte Genosse Mao Tsetung einen entschiedenen Kampf gegen die Feinde des Marxismus-Leninismus, an der Spitze die Chruschtschow-Revisionisten, und hat der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung einen hervorragenden Dienst erwiesen.

Die albanischen Kommunisten und das albanische Volk werden immer das Andenken an den Genossen Mao Tsetung in ihrem Herzen und ihrem Gedächtnis behalten, ihres geliebtesten und geachtetsten Freundes, den Erbauer der revolutionären brüderlichen Freundschaft und der unzerstörbaren Einheit zwischen unseren zwei Parteien, Völkern und Ländern. Sie werden niemals die große Liebe und Achtung vergessen, die Genosse Mao Tsetung unserem Volk und unserer Partei entgegenbrachte, die große und fortwährende Unterstützung, die er in wahrhaft internationalistischem Geist entwickelte, um dem albanischen Volk beim erfolgreichen Aufbau des Sozialismus zu helfen. Über die revolutionäre Freundschaft zwischen China und Albanien hat Genosse Mao Tsetung gesagt: ‚Die Stärke aus dieser Freundschaft ist unerschöpflich und wirklich unbesiegbar. Mögen unsere zwei Parteien und Völker sich noch fester mit den wahrhaften Marxisten-Leninisten und den revolutionären Völkern der ganzen Welt zusammenschließen und Schulter an Schulter kämpfen, um den US-Imperialismus und den Sowjetrevisionismus, die gemeinsamen Feinde der Völker der Welt, endgültig zu Grabe zu tragen.‘ Wir sind gewiß, daß diese historischen Worte für unsere beiden Völker immer eine große Quelle des Ansporns für die unaufhörliche Festigung und Entwicklung der kämpferischen albanisch-chinesischen Freundschaft sein werden.

Der Tod des Genossen Mao Tsetung ist ein gewaltiger Verlust für die Kommunistische Partei Chinas, für die chinesische Armee und für das chinesische Brudervolk. Wir sind der Überzeugung, daß die chinesischen Kommunisten und das chinesische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas sich ein Beispiel nehmen werden am unbeugsamen Geist und den hohen revolutionären Eigenschaften des Genossen Mao Tsetung, die Trauer über den Verlust ihres großen und geliebten Führers und Lehrers überwinden werden und ihre Anstrengungen vervielfachen werden, sein ruhmreiches Werk beharrlich weiterzuführen und es zu noch größeren Höhen zu bringen, die Diktatur des Proletariats in China zu festigen, neue Siege beim Aufbau des Sozialismus zu erringen und jeden imperialistischen und revisionistischen Plan und Komplott gegen das chinesische Volk und gegen die proletarische revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung zu zerschlagen.

Ewiger Ruhm dem Andenken des Genossen Mao Tsetung!“ (Hsinhua, 11.9.1976)

**Aus der Beileidsbotschaft des Genossen Kim Il Sung, Generalsekretär des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Koreas und Präsident der Demokratischen Volksrepublik Korea:**

„(...) Das ganze Leben des Genossen Mao Tsetung und alle Wege des Kampfes, die er gegangen ist, sind ein lebendiges Vorbild eines proletarischen Revolutionärs, der sein Ganzes gegeben hat im Kampf für den Sieg der revolutionären Sache des chinesischen Volkes, der Sache der Befreiung der unterdrückten Nationen und unterdrückten Völker der ganzen Welt und der Sache des internationalen Kommunismus.

Indem er das Banner des proletarischen Internationalismus hochhielt, hat Genosse Mao Tsetung die revolutionären Kämpfe der Völker anderer Länder, gegen Imperialismus und Kolonialismus und für Freiheit, Befreiung, nationale Unabhängigkeit und Sozialismus aktiv unterstützt und ermutigt.

Genosse Mao Tsetung war der engste Kampfgenosse des koreanischen Volkes, der uns mit aller Uneigennützigkeit jedesmal unterstützte, wenn die Lage schwierig wurde, weil er den revolutionären Kampf unseres Volkes als den Kampf des chinesischen Volkes selbst betrachtete und mit uns Freud und Leid, gute und schlechte Tage teilte.

In der Zeit des Vaterländischen Befreiungskrieges, in dem das koreanische Volk erbittert gegen die bewaffneten US-imperialistischen Eindringlinge kämpfte, initiierte der Genosse Mao Tsetung die Bewegung zum Widerstand gegen Amerika und zur Unterstützung Koreas, die alle hinterhältigen Machenschaften der Feinde im Innern und im Ausland vereitelte, und half unserem Volk mit Blut in seinem gerechten Kampf.

Die unsterblichen Großtaten des Genossen Mao Tsetung, der einen hervorragenden Beitrag zur Festigung der großen Freundschaft und der kämpferischen Einheit zwischen den zwei Parteien und den zwei Völkern Koreas und Chinas leistete, werden für immer in den Herzen des koreanischen Volkes bleiben.

Der Tod des Genossen Mao Tsetung ist ein großer Verlust nicht nur für das chinesische Volk, sondern auch für das koreanische Volk und die revolutionären Völker der ganzen Welt.“ (Hsinhua, 11.9.)

**Aus dem Beileidsschreiben von N. Ceaucescu, Generalsekretär der Rumänischen Kommunistischen Partei und Präsident der Sozialistischen Republik Rumänien:**

„(...) Genosse Mao Tsetung war der Führer der großen siegreichen Revolution des chinesischen Volkes – ein Ereignis historischer Bedeutung im Leben der Menschheit mit großem Einfluß auf den revolutionären Kampf der Völker, fremde Vorherrschaft abzuschütteln, Freiheit und nationale Unabhängigkeit zu erringen und ein besseres Leben zu erlangen.

Unter der Führung der Kommunistischen Partei und des Genossen Mao Tsetung haben die chinesischen Volksmassen bemerkenswerte Erfolge erzielt beim Aufbau des Sozialismus, in der Entwicklung der Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, in der Hebung ihres Lebensstandards und bei der Errichtung eines neuen China.

Die Volksrepublik China hat sich erwiesen als eine starke Kraft der Gegenwart im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, die äußerst wichtige Beiträge für den Fortschritt der revolutionären Veränderungen in der Welt leistet, für die Sache der nationalen und sozialen Befreiung und für die Förderung des Friedens und des Sozialismus.

Genosse Mao Tsetung war ein enger Freund des rumänischen Volkes. Er war bestrebt, die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien, Ländern und Völkern zum Vorteil beider Völker und im Interesse der Sache des Sozialismus und Friedens zu entwickeln.“ (Hsinhua, 11.9.)

**Aus dem Beileidsschreiben der Partei der Werktätigen Vietnams, des Ständigen Komitees der Nationalversammlung der Sozialistischen Republik Vietnam und des Staatsrates der Sozialistischen Republik Vietnam:**

„(...) In den langandauernden revolutionären Kämpfen des chinesischen und des vietnamesischen Volkes haben der Vorsitzende Mao Tsetung und die Kommunistische Partei Chinas mit dem Präsidenten Ho Chi Minh und der vietnamesischen Arbeiterpartei bei dem großen Werk zusammengearbeitet, die große Freundschaft und kämpferische Solidarität zwischen dem chinesischen und vietnamesischen Volk zu schaffen. Diese Beziehungen wurden fortwährend entwickelt und gediehen immer glänzender, wie es der verstorbene Präsident Ho Chi Minh ausdrückte: ‚Die Freundschaft zwischen Vietnam und China, die beide Genossen und Brüder sind, ist tief.‘

Das vietnamesische Volk wird sich immer an die warmherzigen Worte des verehrten und geliebten Vorsitzenden Mao Tsetung erinnern: ‚Das 700 Millionen große chinesische Volk ist ein starker Rückhalt für das vietnamesische Volk; die große Ausdehnung des Gebietes Chinas ist sein sicheres Hinterland.‘ Das vietnamesische Volk ist von Dank erfüllt für die große, unschätzbare Unterstützung und Hilfe für unsere revolutionäre Sache durch den verstorbenen Vorsitzenden Mao Tsetung, die Kommunistische Partei Chinas, die Regierung und das chinesische Brudervolk.

Der Tod des Vorsitzenden Mao Tsetung bedeutet den Verlust eines großen Führers für die Kommunistische Partei und das chinesische Volk und den Verlust eines verehrten und geliebten Freundes für das vietnamesische Volk. Wir teilen aufrichtig und tief diesen großen Verlust mit den Kommunisten und dem brüderlichen chinesischen Volk. Wir sind sicher, daß die Mitglieder der Kommunistischen Partei und das brüderliche chinesische Volk die Trauer in Kraft verwandeln und weiter voranschreiten werden beim Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik China, um noch größere und noch glänzendere Siege zu erringen.

Nach den Weisungen unseres verehrten und geliebten Präsidenten Ho Chi Minh handelnd, werden wir, die Partei der Werktätigen Vietnams, die Regierung der sozialistischen Republik Vietnam und das vietnamesische Volk, beständig unser Bestes tun, die große Freundschaft und kämpferische Solidarität zwischen den Völkern Vietnams und Chinas zu fördern, um sie unzerstörbar, immer blühend und ewig dauernd zu machen.“ (Hsinhua, 12.9.)

**Aus der Beileidsbotschaft von Khieu Samphan, Vorsitzender des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea, Nuon Chea, Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses von Kampuchea, und Polpot, Ministerpräsident der Regierung des demokratischen Kampuchea:**

„(...) Seine Exzellenz, der Vorsitzende Mao Tsetung, gab seine ganze Kraft und Weisheit in seinem Leben für die nationale Befreiung des chinesischen Volkes, für die Befreiung der unterdrückten Nationen und der unterdrückten Völker der ganzen Welt und für die Sache des Sozialismus und Kommunismus. Er leistete Beiträge von großer geschichtlicher und internationaler Bedeutung für die Sache der Befreiung verschiedener Nationen und Völker der Welt, für die Diktatur des Proletariats und für die Sache des Kommunismus.

Deswegen wird Seine Exzellenz, der Vorsitzende Mao Tsetung, innig geliebt und grenzenlos bewundert, nicht nur vom chinesischen Volk, sondern von den friedliebenden und gerechtigkeitsliebenden Völkern der ganzen Welt.

Der Tod Seiner Exzellenz, des Vorsitzenden Mao Tsetung, ist ein unschätzbarer Verlust für die Kommunistische Partei Chinas, für die chinesische Volksbefreiungsarmee und für das chinesische Volk. Er ist ebenso ein gewaltiger Verlust für die unterdrückten Nationen und unterdrückten Völker, für die revolutionären Völker der Welt und für die Sache des Sozialismus und Kommunismus.

Der Tod Seiner Exzellenz, des Vorsitzenden Mao Tsetung, ist auch ein äußerst schmerzlicher Verlust für die Partei und die Regierung des Demokratischen Kampuchea, denn er hatte beständig und zu allen Zeiten sein Äußerstes getan, uns in jeder Form zu helfen und zu unterstützen, und hatte uns stärkste Unterstützung gegeben während des revolutionären Kampfes des Volkes von Kampuchea für nationale Befreiung. Nachdem unsere Revolution in Kampuchea eine neue Etappe der Verteidigung und des Aufbaus des Landes erreicht hatte nach der vollständigen und gründlichen Befreiung unseres ganzen Landes, gab Seine Exzellenz, der Vorsitzende Mao Tsetung, der hochverehrte und geliebte große Führer und Lehrer des chinesischen Volkes, uns weiter begeisterte und große Hilfe und Unterstützung.

Wir werden niemals die tiefsten Gefühle und den erhabensten Internationalismus vergessen, die Seine Exzellenz, Vorsitzender Mao Tsetung, gegenüber unserer kambodschanischen Revolution und dem Volk von Kampuchea zeigte. Auf das höchste verehren und bewundern wir aus der Tiefe unseres Herzens das wertvolle und vorbildliche Leben Seiner Exzellenz, des Vorsitzenden Mao Tsetung, und seine alles überragenden revolutionären Eigenschaften. Mit den tiefsten und revolutionären brüderlichen Gefühlen, Zuneigung und tiefster Trauer verneigen wir uns in Hochachtung vor der erhabenen Seele Seiner Exzellenz, des Vorsitzenden Mao Tsetung.

Ewiger Ruhm der erhabenen Seele Seiner Exzellenz, des Vorsitzenden Mao Tsetung, dem höchst verehrten und geliebten großen Führer und Lehrer der brüderlichen Waffengenossen, der chinesischen Volksmassen und dem hervorragenden großen Führer der revolutionären Weltbewegung.“ (Hsinhua, 12.9.)

**Schreiben des Präsidenten des Re-**

**Schreiben des Präsidenten des Re-**

**volutionsrates und Vorsitzenden des Ministerrates der Demokratischen Volksrepublik Algerien, Houari Boumedienne:**

„Ich empfinde tiefe Trauer über den Tod des Vorsitzenden Mao Tsetung, Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas. Im Namen des algerischen Revolutionsrates, der algerischen Nationalen Befreiungsfront, der algerischen Regierung und des algerischen Volkes und in meinem Namen spreche ich dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses und dem chinesischen Volk unsere tiefste Anteilnahme aus.

Keine Worte können unsere Hochachtung ausdrücken, die dem Andenken des großen Steuermanns Chinas gebührt. Seine Großtaten sind in die Annalen der Geschichte eingegangen, und nach seinem Tode werden seine Ideen die zukünftigen Generationen des chinesischen Volkes fortwährend leiten. Heute nimmt das ganze Algerien Anteil an der übergroßen Trauer, die von China empfunden wird. Trotz seiner langen Krankheit hat der Vorsitzende Mao Tsetung niemals aufgehört, seine ganze Kraft dem Aufbau eines modernen, unabhängigen und blühenden China zu widmen. Er schuf ein Vorbild für die Dritte Welt. Wir sind überzeugt, daß die große chinesische Nation diese harte Prüfung sicher überwinden und sie in neue Kraft verwandeln wird, aus der sie Mut und Begeisterung schöpfen wird für die Fortführung des großen Werks ihres verstorbenen Führers.

Noch einmal drücke ich Eurer Exzellenz unsere tiefe Anteilnahme aus und bitte Euch, der trauernden Familie unsere tiefe Sympathie zu übermitteln.“ (Hsinhua, 11.9.1976 / alle Übersetzungen durch die Redaktion)

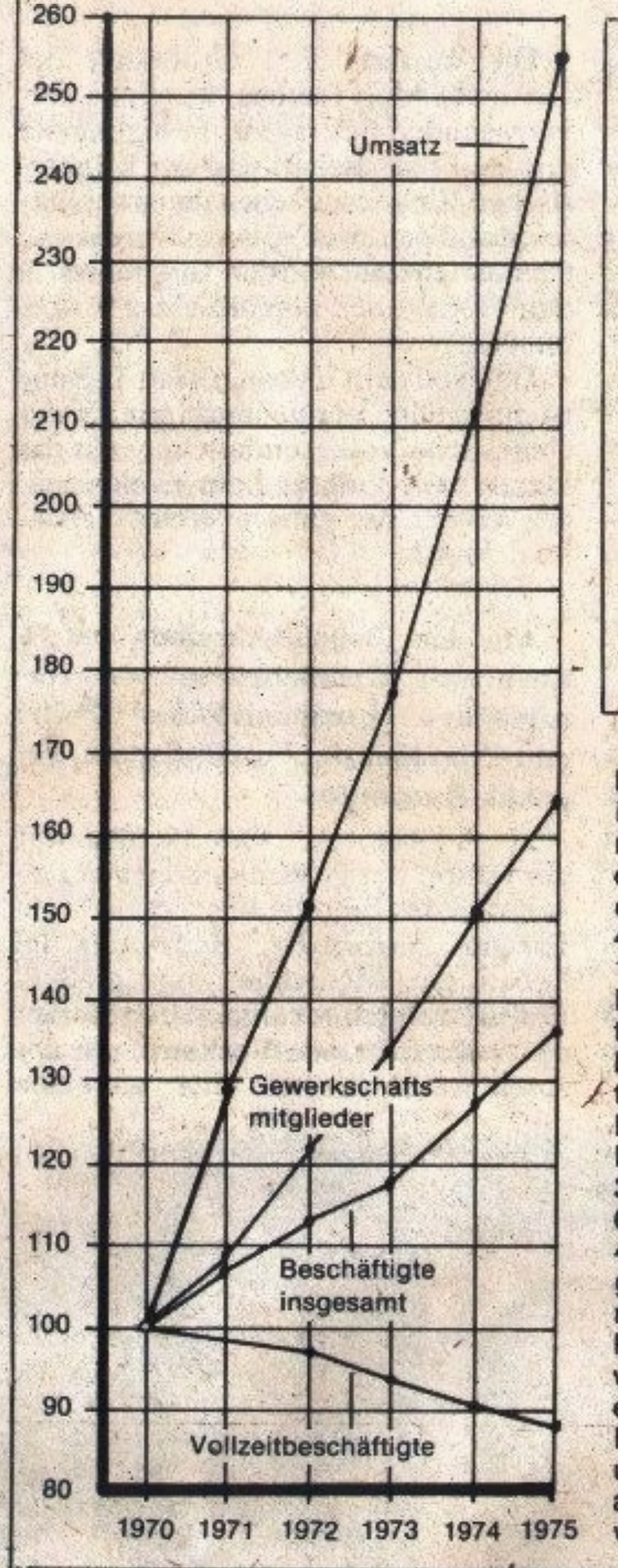


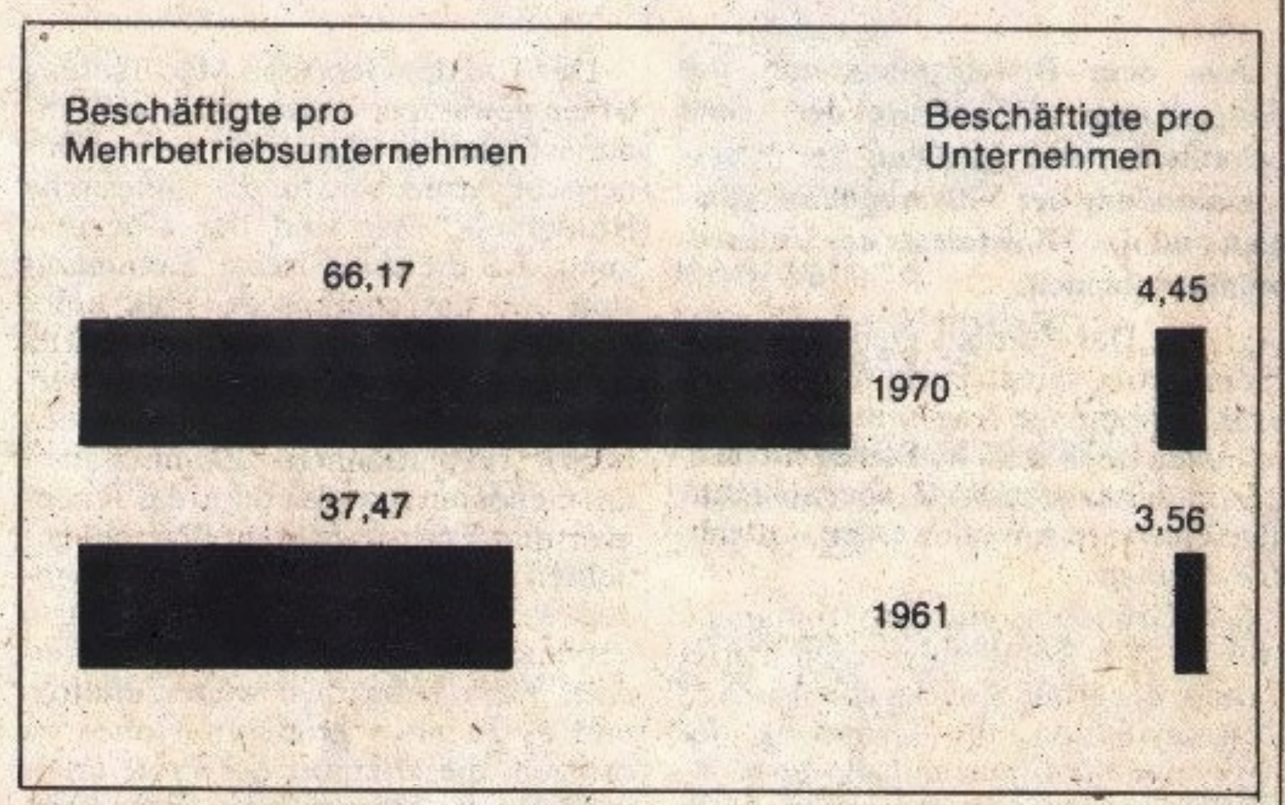

**Bremen.** 1 000 Teilnehmer zählte die Kundgebung des Bezirksverbandes Bremen/Unterweser des Kommunistischen Bundes Westdeutschland zu Ehren des Vorsitzenden Mao Tsetung. In den Reden rief die Bezirksleitung auf, die Trauer über den Tod des großen Lehrers des internationalen Proletariats in Kraft zu verwandeln, den Marxismus-Leninismus und die Maotsetungideen zu studieren, die Kommunistische Partei in Westdeutschland aufzubauen und für den Kommunismus zu kämpfen.
aufzubauen und für den Kommunismus zu kämpfen.

*26. September bis 2. Oktober, HBV-Gewerkschaftstag:*

# Kampf um den Aufbau einer Gewerkschaft!

**Die abgedruckten Anträge geben wieder, wie sich zwei entgegengesetzte Strömungen in der Gewerkschaft HBV bekämpfen. Auf der einen Seite die Mitgliedschaft, die auf Grundlage der Konzentration des Kapitals und gegen die verschärfte Auspressung der Arbeitskraft ihr Klassenbewußtsein gehoben und sich sprunghaft entwickelt hat (1970 gleich 157671; 1975 gleich 257 123 HBV-Mitglieder) und auf der anderen Seite der Gewerkschaftsausschuß mit seinen sozialdemokratischen Parteigängern. Hier sind es Forderungen, die die Einheit der Gewerkschaft auf dem Boden des Klassenkampfes herstellen sollen, dort sollen Festlegungen getroffen werden, die den Ausbau des Staatsapparates anstreben und die Arbeiterbewegung zum Anhängsel des imperialistischen Staatsapparates und der Kapitalistenklasse degradieren sollen. Die Antragsprüfungskommission hat ihre entsprechenden Voten abgegeben: Die sozialdemokratische Politik der Klassenversöhnung, die durch die Entwicklung und den Kampf in der Gewerkschaft angeschlagen ist, soll durch den Gewerkschaftstag abgesegnet werden. Auf dem Gewerkschaftstag mag sich die sozialdemokratische Fraktion damit durchsetzen, die Wirklichkeit geht in die andere Richtung, die des Klassenkampfes, das zeigen die Korrespondenzen und die objektive Entwicklung, wie sie im Schaubild zum Ausdruck kommt.**




Das Schaubild zeigt die Entwicklung im Einzelhandel, Hauptrichtung Nahrungsmittel. Auf der Seite des Kapitals eine ungeheure Konzentration: Waren es 1950 noch 316550 Unternehmen mit 443402 Beschäftigten, so im Jahre 1961: 264318 Unternehmen mit 941389 Beschäftigten und 1970: 200377 Unternehmen mit 893417 Beschäftigten. Davon waren im Jahre 1961 Mehrbetriebsunternehmen (Hauptstellen mit Filialen), also hauptsächlich die großen Ladenketten und Konzerne, 10550 mit 395618 Beschäftigten. 1970 waren es 6595 „Mehrbetriebsunternehmen" mit 436431 Beschäftigten. Immer weniger große Kapitale unterwerfen sich immer mehr Arbeiter und Angestellte unter ihr Kommando. Die Blöcke stellen dar, wieviel Beschäftigte der Ausbeutung eines Unternehmens unterworfen sind. Für die Jahre nach 1970 liegen keine umfassenden Angaben vor, hier setzte aber die zweite große Konzentrationswelle ein. Als Beispiel soll dafür Karstadt stehen: 1973: 843800 qm Verkaufsfläche mit 73800 Arbeitern und Angestellten in 166 Filialen; 1975: 906500 qm mit 68500 Arbeitern und Angestellten in 173 Filialen. Also 62700 qm mehr, 5300 Beschäftigte weniger in 7 Filialen mehr (nach: Ausblick 9/76). Die Auspressung der Arbeitskraft durch die Handelskapitalisten kennt keine Grenzen. Die Kurven zeigen die verschärfte Auspressung der Arbeitskraft im Nahrungsmittelhandel, die Senkung der Vollzeitbeschäftigten und das Hineinpressen von Teilzeitbeschäftigten in die Lager- und Verkaufsräume. Die Kurve (Indexpunkte) beweist aber auch, daß die Lohnabhängigen auf die Jagd der Kapitalisten nach unbezahlter Mehrarbeit mit der gewerkschaftlichen Organisation antworten. (Alle nicht näher bezeichneten Angaben aus: Statistisches Jahrbuch, verschiedene Jahrgänge) Eine neue Abteilung des Proletariats im Kampf für die Revolution bildet sich heraus.

Deutsche Kranken-Versicherung Köln

## Gegen die verschärfte Auspressung – gewerkschaftlicher Zusammenschluß

Die Arbeitsbedingungen der Versicherungsangestellten sind seit Jahren großen Umwälzungen unterworfen, die noch nicht abgeschlossen sind.

Bei der DKV kostet die bevorstehende Schließung der Verwaltung Berlin etwa 100 Angestellten den Arbeitsplatz. In der Hauptverwaltung soll die elektronische Datenverarbeitung für den Bereich der Erstattung von Versicherungsleistungen und für die Verwaltung der Verträge ausgebaut werden. 190 Angestellte weniger in der Erstattung, etwa 60 im Vertragsbereich, das sind inoffizielle Zahlen, die bekannt geworden sind.

Für die Verbleibenden bedeutet die Rationalisierung zusätzliche Arbeit, Lohneinbußen. Ein neues Beurteilungsverfahren wurde eingeführt, das für Fehler bei der Auszahlung von Versicherungsgeldern Strafen vorsah von der Verwarnung über die Lohnkürzung bis zur Entlassung. Das Verfahren mußte zurückgenommen werden: Die Geschäftsleitung hatte „vergessen", die Zustimmung des Betriebsrats einzuholen – vom Tisch ist es damit noch nicht. Auch im Vertragsbereich haben vor kurzem die Stopper ihre Arbeit aufgenommen. Dort verhält es sich so, daß es Zeiten gibt, wo sehr viel Arbeit anliegt (besonders wenn die Beiträge erhöht werden, was ja bekanntlich sehr oft vorkommt), und auch mal Zeiten, wo weniger zu tun ist. Die Kapitalisten wollen die hohe Arbeitsbelastung zum Dauerzustand machen. Dann werden Überstunden gemacht und sogar noch Arbeit mit nach Hause genommen.

Die Gehälter der Versicherungsangestellten sind niedrig. Dies ist eine Folge davon, daß es lange Zeit so gut wie keine gewerkschaftliche Bewegung gab. Es gab z.B. in den Jahren 1965 bis 1970 lediglich Gehaltserhöhungen zwischen 2,75 und 6,5 Prozent pro Jahr.

Bei der letzten Tariferhöhung zum April 1976 konnten nur 5,6 Prozent, mindestens 90 DM durchgesetzt werden. Für die meisten Kollegen bedeutet das lediglich eine Erhöhung um 90 DM. Es gibt sieben Gehaltsstufen im Tarifvertrag. Das mittlere Gehalt liegt bei 1 600 bis 1 700 DM brutto. Mindestverdienst ist 1 224 DM brutto (Gehaltsgruppe 4). Daß bei diesen Gehältern vor allem die Angestellten der unteren Lohngruppen zu Überstunden gezwungen sind, ist klar. Die Angestellten sind folgendermaßen in die Gehaltsgruppen verteilt: 1 – 1 Prozent, 2 – etwa 2 Prozent, 3 – etwa 22,5 Prozent, 4 – 33 Prozent, 5 – etwa 20 Prozent, 6 und 7 – etwa 10 Prozent. Das Schwergewicht liegt also auf den unteren Lohngruppen.

Aber selbst mit dem diesjährigen Lohnraubabschluß haben sich die Kapitalisten nicht zufrieden gegeben. Als im letzten August in Köln die Fahrpreise erhöht wurden, wurde der Fahrtkostenzuschuß bei der DKV im gleichen Maß gesenkt, wie die KVB die Preise erhöhte. Außerdem wird den neu eingestellten Auszubildenden nur noch die Hälfte zur Sozialversicherung von den Kapitalisten gezahlt. Im April dieses Jahres wurden dann auch noch die Essenspreise erhöht. Neue Angestellte werden mit niedrigeren Tarifgehältern eingestellt als noch vor etwa zwei Jahren.

Seit einiger Zeit werden die, die bei der DKV gelernt haben, auch in Abteilungen eingesetzt, in denen vornehmlich ungelernte Kräfte arbeiten. Für die gelernten Versicherungskaufleute bedeutet auch das weniger Geld. Die Arbeitsbedingungen der Versicherungsangestellten gleichen sich immer mehr der großen Industrie an.

Das alles schlägt sich in der Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung nieder. Ist die Zahl der Versicherungsangestellten in der HBV von 1959 bis 1971 um 10 000 auf 17 967 gestiegen, so stieg sie bis 1975 nochmals um 10 000 auf 27 658. Dort, wo die Gewerkschaft die Arbeit durch Betriebsgruppen entfaltete, ist die Bewegung noch schwungvoller. Gab es im Dezember 1974 bei der DKV in Köln 20 HBV-Mitglieder, so ist heute etwa die zehnfache Zahl erreicht.

Die gewerkschaftliche Bewegung entfaltete sich vor allem im Kampf gegen die Auswirkungen von Rationalisierungen und im Kampf um den Lohn. Eine alte Forderung der Kölner Fachgruppe Versicherungen ist die Forderung nach dem Siebenstundentag. In den letzten Tarifrunden wurden immer Festgeldforderungen verabschiedet, die jedoch noch nicht bundesweit durchgesetzt werden konnten.

Die Gewerkschaft HBV ist eine junge Gewerkschaft. Der Kampf um die Stärkung der Gewerkschaft, der Kampf für den Zusammenschluß gegen die Kapitalisten in der Einheitsgewerkschaft muß notwendigerweise auch darauf zielen, die Herrschaft der Reformisten und der Revisionisten in der HBV zu brechen. Dieser Kampf ist aufgenommen. Die Vertrauensleute der HBV im Vertragsbereich der DKV haben im August zu einer Abteilungsversammlung der Gewerkschaft eingeladen. Der Betriebsgruppenvorsitzende, der aus der HBV eine SPD-Betriebsgruppe machen will, erklärte, die Sitzung dürfe nicht stattfinden, weil das KPD-Verbot auf der Tagesordnung stehe. Die Versammlung fand doch statt, und die anwesenden Kollegen verabschiedeten einstimmig eine Resolution gegen das KPD-Verbot (siehe KVZ Nr. 33/1976). Wie die Gewerkschaft weiter aufgebaut werden soll, über diese Frage gibt es in der HBV Kampf. Aus Köln ist ein Antrag an den Gewerkschaftstag gestellt worden, der die Gewerkschaft auffordert, gegen alle Entlassungen bei Rationalisierung zu kämpfen. Dieser Kampf wird die HBV weiter stärken. – (k., DKV-Zelle Köln / Red.)

## Großhandel Baden-Württemberg: Urabstimmung für Streik

Im Großhandel Baden-Württemberg herrscht seit dem 1. April 1976 tarifloser Zustand. Die Verhandlungen zwischen HBV und den Großhandelskapitalisten wurden im Juni ergebnislos abgebrochen, nachdem die DAG mit 5,8 Prozent abgeschlossen hatte. Jetzt hat die Große Tarifkommission der HBV Urabstimmung beim Hauptvorstand beantragt. Nach dem alten Tarifvertrag kriegen wir nach Lohngruppe 1 5,65 DM pro Stunde, das sind etwas über 700 DM netto im Monat bei Vierzigstundenwoche. Einige der Angestellten kriegen nach Gehaltsgruppe 1 noch weniger. Der DAG-Abschluß bedeutet für die Lohngruppe 1 33 Pfennig mehr, davon bleiben nicht mal 40 DM netto im Monat. Die HBV ging aufgrund der breiten Bewegung mit der Einheitsforderung 120 bis 150 DM in die Tarifrunde, rückte jedoch im Laufe der Verhandlungen davon ab auf 6 Prozent, 90 DM.

Diese Kompromißforderung richtet sich gegen die Einheit der Belegschaften. In Beschlüssen in HBV-Bereichen sowie im öffentlichen Dienst für 135 DM mindestens kam heraus, daß diese Forderung eine gute Grundlage für den Zusammenschluß der Belegschaften ist. Mit 6 Prozent werden sich die Arbeiter und Angestellten des Großhandels heute nicht mehr abspeisen lassen.– (l., Zelle Keller Freiburg)

## *Anträge zum HBV-Gewerkschaftstag:*

**Entschließung 33 / Betreff: Tarifpolitik / Antragsteller: Landesbezirkskonferenz Nordmark / Empfehlung der Antragskommission: Erledigung durch Entschließung 32**

„(...) Voraussetzung für die Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben ist die Verstärkung der Organisationsbasis, die Verstärkung der Durchsetzungskraft durch die aktive Einbeziehung der Belegschaften in die Auseinandersetzungen und der Rückzug aus der ‚sozialpartnerschaftlich' angelegten konzertierten Aktion ... Alle Arbeitnehmer, einschließlich der Auszubildenden, sind in für Angestellte und Arbeiter einheitliche Lohn- und Gehaltsverträge sowie Manteltarifverträge einzubeziehen. Folgende Schwerpunkte sind dabei zu beachten: (...) Der Grundsatz: gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist in allen Bereichen zu verwirklichen. Ortsklassenabschläge und Altersstufungen sind abzuschaffen (...) Die Vergütung der Auszubildenden sind so anzuheben, daß die jungen Kolleginnen und Kollegen die Chance haben, unabhängig vom Elternhaus zu existieren. Schutz und Sicherung der Arbeitskraft sind weiter zu verstärken. Dazu gehört die Einführung der 35-Stunden-Woche/5-Tage-Woche (bei zwei zusammenhängenden arbeitsfreien Tagen) in allen Tarifbereichen. Für alle Arbeitnehmer ist ein Mindesturlaub von 6 Wochen (30 Arbeitstage bzw. 36 Werktage) zu vereinbaren.

*

**Entschließung 32 / Betreff: Fortsetzung der aktiven HBV-Tarifpolitik / Antragsteller: Gewerkschaftsausschuß / (Empfehlung der Antragskommission: Annahme)**

„Der Gewerkschaftstag möge beschließen: Die Delegierten des 9. Ordentlichen Gewerkschaftstages stellen fest, daß die HBV-Tarifpolitik auch in den Jahren seit 1972 in Handel, Banken, Versicherungen und Wirtschaftsdiensten zu wesentlichen Erfolgen geführt hat (...) Die aktive Tarifpolitik muß nachdrücklich und konsequent fortgesetzt werden. Dabei sind die im Antrag 250 an den 8. Gewerkschaftstag festgestellten Grundsätze für die HBV-Tarifpolitik weiterhin uneingeschränkt zu beachten. Die Delegierten des 9. Ordentlichen Gewerkschaftstages bekräftigen ausdrücklich die in den Grundsätzen zusammengefaßten Aufgaben, Prinzipien und Ziele als verbindliche Aufträge für alle Funktionäre und alle für die Durchführung der praktischen Tarifarbeit verantwortlichen Gremien der Gewerkschaft HBV."

In den mit abgedruckten Grundsätzen des Antrages 250 vom 8. Ordentlichen HBV-Gewerkschaftstag heißt es:

„Betreff: Abschluß von Unternehmens- und Betriebstarifverträgen

Die Tarifkommission und die zuständigen Organe der Gewerkschaft HBV werden aufgefordert, in verstärktem Maße den Abschluß von Unternehmens- und Betriebstarifverträgen anzustreben.

Begründung: Bundes- und Landestarifverträge gelten für alle Betriebsgrößen der jeweiligen Branche. Die Arbeitgeberverbände orientieren sich in Tarifverhandlungen meistens am Leistungsvermögen der kleinen Betriebe.

Die Tarifentwicklung wurde vor allem im Handel davon maßgeblich geprägt. Wir haben heute eine Vielzahl von Tarifverträgen, deren Wertgrößen, insbesondere in den Entlohnungsbedingungen, unreal geworden sind. Übertarifliche Bezahlungen machen manche Tarifverträge zu einem wertlosen Papier.

Das ist unbefriedigend und unerträglich. Wir müssen unverzüglich zu einer differenzierteren aktiven Tarifpolitik finden, die solche Unzulänglichkeiten ausräumt und übertarifliche Leistungen überdies mit einem Rechtsanspruch ausstattet."

**Antrag 321 / Betreff: Rationalisierungsschutzabkommen / Antragsteller: Landesbezirkskonferenz Nordmark / (Empfehlung der Antragskommission: Annahme)**

„Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Bei Tarifverhandlungen zum Schutze vor wirtschaftlich nachteiligen Folgen der Rationalisierung für die Arbeitnehmer ist auf Verdienst- und Arbeitsplatzsicherung der Arbeiter und Angestellten hinzuwirken. Zielsetzung hierbei sollte sein:

Keinem beschäftigten Arbeitnehmer, welcher durch organisatorische und/oder technische Umstellungen an einen geringer bewerteten Arbeitsplatz versetzt wird, ist der Verdienst – den er unmittelbar vor seiner neuen Tätigkeit erhielt – zu kürzen."

**Antrag 279 / Antragsteller: Ortsverwaltung Wolfsburg / (Empfehlung der Antragskommission: Material an Hauptvorstand, Streichung der Begründung)**

„Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

daß 80 % Arbeitslosengeld vom bisherigen Nettolohn für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit gezahlt werden muß. Darüberhinaus sollen die vollen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung durch die Arbeitgeber bezahlt werden.

**Antrag 125 / Antragsteller: Ortsverwaltung Hamburg / (Empfehlung der Antragskommission: Material an Gewerkschaftsausschuß)**

„Die Richtlinien für die Fachgruppenarbeit werden wie folgt geändert (...) Zum jeweiligen Fachgruppen- bzw. Fachabteilungsbereich gehören alle in einem Betrieb dieses Bereiches beschäftigten Mitglieder. Mitglieder, die nach einer Beschäftigung in einem Bereich des jeweiligen Fachgruppen- bzw. Fachabteilungsbereiches in keinem Beschäftigungsverhältnis stehen, gehören weiterhin ihrer bisherigen Fachgruppe bzw. Fachabteilung an (z.B. Rentner, Arbeitslose, Hausfrauen, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende)."

*

**Antrag 184 / Antragsteller: Ortsverwaltung Hamburg / (Empfehlung der Antragskommission: Material an den Hauptvorstand)**

„(...) Wirtschaftspolitisch muß alles im Rahmen des bestehenden Systems Mögliche getan und der Handlungsspielraum des Staates konsequent genutzt werden, daß die weitere Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeitnehmer gestoppt, die Zahl der Arbeitslosen wirksam verringert wird. Die soziale Sicherung der Arbeitnehmer ist auszubauen (...)"

**Entschließung 40 / Betreff: Einschränkung des Streikrechtes des öffentlichen Dienstes / Antragsteller: Landesbezirkskonferenz Hessen / (Empfehlung der Antragskommission: Annahme des ersten Satzes, Streichung des Restes)**

„Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Der 9. Ordentliche Gewerkschaftstag verurteilt alle Bestrebungen, die eine Einschränkung des Streikrechts der im öffentlichen Dienst beschäftigten Arbeitnehmer zum Ziele haben.

*

**Antrag 164 / Antragsteller Gewerkschaftsausschuß / (Empfehlung der Antragskommission: Annahme)**

„(...) Der HBV-Gewerkschaftstag unterstreicht das in der Verfassung der Bundesrepublik niedergelegte Grundrecht, daß niemand wegen seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Wer dieses Grundrecht antastet oder einzuengen trachtet, gefährdet oder beseitigt die entscheidende Grundlage der freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie in unserem Land. Ebenso klar und unmißverständlich bejaht deshalb der Gewerkschaftstag die Verpflichtung des Staates, seine demokratische Grundordnung zu sichern. Dazu gehört auch das Recht des Staates, von den Beamten, Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes die Gewähr zu fordern, sich jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzusetzen, wie dies in den Beamtengesetzen von Bund und Ländern und in den für Angestellte und Arbeiter entsprechend geltenden Bestimmungen festgelegt ist. (...)"

**Antrag 201 / Antragsteller: Ortsverwaltung Hamburg / (Empfehlung der Antragskommission: Erledigung durch Entschließung 21)**

„Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Delegierten der Gewerkschaft HBV stellen fest, daß das 1972 verabschiedete Betriebsverfassungsgesetz berechtigte Forderungen der abhängig Beschäftigten nicht berücksichtigt hat. (...)

Dem Betriebsrat wird es durch die Friedenspflicht unmöglich gemacht, die Interessen der Arbeitnehmer wirksam zu vertreten.

**Entschließung 21 / Betreff: Betriebsverfassung, Personalvertretung / Antragsteller Gewerkschaftsausschuß / (Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Erledigung von Antrag 201)**

„Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

1. Die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes von 1972 sowie der Personalvertretungsgesetze des Bundes und der Länder in den vergangenen Jahren hat die Möglichkeiten, die Belange der Arbeitnehmer in den Betrieben und Verwaltungen zur Geltung zu bringen, erheblich verbessert."

**Antrag 171 / Antragsteller: Ortsverwaltung Wolfsburg / (Empfehlung der Antragskommission: Erledigung durch Antrag 171)**

„Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Gewerkschaft HBV fordert die ersatzlose Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch."

*

**Antrag 170 / Betreff: § 218 / Antragsteller Ortsverwaltung Hamburg / (Empfehlung der Antragskommission: Annahme und Erledigung des Antrags 171)**

„Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden aufgefordert, alle ihnen zur Verfügung stehenden rechtlichen Möglichkeiten wahrzunehmen, um ein Gesetz im Rahmen des § 218 zu verabschieden, das die berechtigten Interessen der Frauen erfüllt.

Außerdem werden die Forderungen des DGB unterstützt, daß in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft ein Abbruch ohne Einschränkung möglich sein muß."

**Antrag 121 / Betreff: Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse / Antragsteller: Landesbezirkskonferenz Berlin**

„Der Gewerkschaftstag möge beschließen:

Die Gewerkschaft HBV wird aufgefordert, sich für die Aufhebung des sog. Unvereinbarkeitsbeschlusses vom 3.10.1973 durch den Gewerkschaftstag einzusetzen.

## Es geht um den Lohn für den Normalarbeitstag

„Die Einführung eines gleichbleibenden Monatslohns fordert die Tarifkommission für Arbeiter und Angestellte der Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen und der Klöcknerhütte Bremen. Das ist ein bedeutsamer Schritt.“ – schreibt Kurt Herb in der „Metall“. Die Tarifkommission hat den Antrag an den Hauptvorstand der IGM gerichtet, die Tarifverträge über Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung, sowie den § 7 des Manteltarifvertrags, der die stahltypischen Zulagen regelt, zum 31. Oktober zu kündigen. Um den Urlaub für alle Altersgruppen zu verlängern, wird der § 14 des Manteltarifvertrages zum 31. Dezember 1976 verlängert. „Die konkreten Forderungen zu diesen Punkten werden nach eingehender Diskussion und ‚in entkrampfter Atmosphäre nach der Bundestagswahl‘ von der Tarifkommission am 18. Oktober beschlossen“, berichtet die „Metall“.

Mit der „Einführung des gleichbleibenden Monatslohns“ soll erneut ein schmutziges Spaltungsmanöver unter dem Deckmantel der Vereinheitlichung der Löhne und Gehälter vorbereitet werden. In einzelnen Stahlkonzernen wie bei Krupphüttenwerken, bei Thyssen Niederrhein und den Stahlwerken Südwestfalen ist die Einführung des Monatslohns bereits durch Betriebsvereinbarung ausgehandelt. Ab 1. Januar 1977 soll er auch in den Hoesch-Werken eingeführt werden. Dahinter steckt in Wirklichkeit die vollständige Durchsetzung der analytischen Arbeitsplatzbewertung. Die „Westfälische Allgemeine Zeitung“ beschreibt, wie das „feste Monatseinkommen“ bei den Stahlwerken Südwestfalen zusammengesetzt ist:

„Festanteil, der auf der Basis des Stundensatzes am Stamm-Arbeitsplatz und durchschnittlichen Normalstunden im Monat zusammensetzt; Prämie oder Zeitlohn; variable Monatsprämie, die auf Basis von bestimmten Leistungskennzahlen des Vormonats errechnet ist. Überstunden werden – wie bei den Angestellten – erst in der Abrechnung des darauffolgenden Monats ausgezahlt.“

Das Monatseinkommen ist also weder fest noch vereinheitlicht es die

Vormonats errechnet ist. Überstunden werden – wie bei den Angestellten – erst in der Abrechnung des darauffolgenden Monats ausgezahlt.“

Das Monatseinkommen ist also weder fest noch vereinheitlicht es die

Arbeiter und Angestellten. Über die analytische Arbeitsplatzbewertung, über Prämie und variable Monatsprämie nach Leistungskennzahlen gibt es mannigfache Möglichkeiten der Spaltung. Durch Neubewertung des Arbeitsplatzes, vor allem bei Neueinstellungen und Umsetzungen, sind der Lohndrückerei Tor und Tür geöffnet. Bei der Bezahlung der Überstunden wird den Kapitalisten durch die Arbeiter ein Kredit von bis zu zwei Monaten eingeräumt.

Die Interessen der Arbeiter und Angestellten liegen gerade in entgegengesetzter Richtung. Sie brauchen einen ausreichenden Lohn für den Normalarbeitstag und die Einschränkung der vielfältigen Spaltungsmöglichkeiten der Kapitalisten mit Hilfe von Lohngruppen, Punktewertung und kompliziertem Zulagensystem. Ein Schritt dahin, ist der Kampf für eine Lohnerhöhung für alle gleich von einer Mark. Über die Lohnforderung aber will sich die Tarifkommission nicht auslassen.

Es sind die niederen Stundenlöhne, auf denen die Kapitalisten ihre Spaltungsmanöver aufbauen und an denen sie mit dem Zwang zu Überstunden- und Schichtarbeit ansetzen. Die Sozialdemokraten umgehen diesen Punkt wie die Katze den heißen Brei. Die Arbeiter aber müssen in den Gewerkschaften und gegenüber den Kapitalisten gerade an diesem Punkt ansetzen.

---

**Loderers neue Variante der „Vermögensbildung“.** Eine neue Variante der Vermögensbildung hat jetzt der Sozialdemokrat Loderer entwickelt. Das „Handelsblatt“ meldet schmunzelnd: „Der IG-Metall-Chef denkt dabei etwa daran, in Boomzeiten finanzielle Reserven anzusammeln, die dann in den Zeiten der Flaute vor Entlassungen aufgezehrt werden könnten.“ Keine Idee ist zu abgeschmackt, als daß Loderer nicht darauf käme. Nach seiner Vorstellung sollen sich also die Arbeiter erst einen Teil des Lohns für einen Fonds abzwacken lassen und sich dann aus diesem Fonds für ihre Arbeitskraft bezahlen lassen. Arbeiten sollen sie also zweimal dafür, bis der geraubte Lohn in ihre Hand kommt.

*Lohnbewegung in der Stahlindustrie*

### Klöckner Bremen: Lohngruppen und Punktwerte als Spaltungsmittel

## Eine einheitliche Forderung von 1 DM aufstellen!

**Bremen.** Der „tarifvertragliche Basislohn“ eines Arbeiters auf der Klöckner-Hütte Bremen setzt sich zusammen aus dem Tariflohn entsprechend der Lohngruppe, in die sein Arbeitsplatz eingestuft ist, und den Tarifzulagen für diesen Arbeitsplatz. Diese Tarifzulagen werden berechnet für folgende „Anforderungen“ am Arbeitsplatz: 1. „erhöhte muskelmäßige Belastung“, 2. „Klimabelastungen“, 3. „Umgebungseinflüsse“, 4. „Verantwortung“, 5. „psychische Belastung“. Für diese Belastungen werden Punkte gegeben, die mit einem sogenannten Pfennigfaktor multipliziert werden (0,245 Prozent vom Ecklohn der Lohngruppe 7). Hinzu kommen dann noch außertarifliche Zulagen, Prämien und Schichtzulagen.

Schon auf der Ebene des tarifvertraglichen Basislohns haben die Kapitalisten mannigfaltige Möglichkeiten der Spaltung. Insbesondere die Punktbewertung wird immer wieder als Mittel zur Spaltung eingesetzt. Das beste Beispiel dafür ist der Kranfahrerstreik 1972. Die Kranfahrer hatten damals die Anhebung aller Kranfahrer von Lohngruppe 5 in Lohngruppe 7 gefordert. In dem harten Kampf, der um diese Forderung geführt wurde, haben die Kapitalisten Lohngruppen und Punkte als Spaltungsmittel eingesetzt, um die Einheitsfront zu zerschlagen: Von 23 Kränen des Warmwalzwerks sind nur drei in Lohngruppe 7 eingestuft worden, vier Kräne in Lohngruppe 5 und der Rest in Lohngruppe 6. Durch eine Neufestsetzung der Punktwerte für die Tarifzulagen wurden die Arbeiter weiter aufgespalten. Nach dem Motto: Dem ein paar Punkte und dem ein paar Punkte, aber möglichst keinen eine Lohngruppe höher. Indem verschiedenen Arbeitern ein paar lumpige Pfennige mehr für ruinöse Arbeitsbedingungen gegeben wurden, sollten sie davon abgehalten werden, alle gemeinsam für die höhere Lohngruppe zu kämpfen.

Die Kranfahrer im Warmwalzwerk so erst mal aufgespalten, haben die Kapitalisten den Kranfahrern im Kaltwalzwerk gleich gar nichts mehr zugestanden.

So werden die Punkte immer wieder zur Spaltung eingesetzt. So erst kürzlich wieder bei den Stoffwärtern, die jetzt alle Lohngruppe 6 bekommen und wo der Betriebsrat im Rahmen der Neubewertung zumindest für einige Arbeitsplätze die Lohngruppe 7 durchsetzen wollte. Herausgekommen ist dabei: keine höhere Lohngruppe, sondern über die Punktbewertung von 0,0 bis 16 Pfennig mehr.

Die Folge ist, daß jetzt die Arbeiter, die gar nichts oder nur sehr wenig mehr bekommen haben, nun einzeln Einspruch bei der Lohnkommission erheben. Für die Stoffwärter an der Beize, wo in letzter Zeit der Arbeitsanfall immer größer geworden ist, sind dabei nur 4 Pfennig mehr herausgekommen. Dabei hatten die Betriebsräte gemeint, gerade hier könnten sie den „Durchbruch“ zur Lohngruppe 7 erzielen. Die Vertreter der Kapitalisten haben einfach aufgerechnet: Früher hätten die Arbeiter auch Bandbeobachtung machen müssen, heute nicht mehr. Daß die Stoffwärter früher auch zu zweit waren, haben sie geflissentlich unter den Tisch fallen lassen.

Aber nicht nur gegen den Kampf der Arbeiter für mehr Lohn werden die Punkte als Spaltungsmittel eingesetzt, sondern ebenfalls gegen den Kampf gegen schwere und unmenschliche Arbeitsbedingungen. So gibt es auf der Hütte nicht wenige Fälle, wo ein Arbeiter in Lohngruppe 4 oder 5 genausoviel oder sogar etwas mehr verdient als ein anderer in Lohngruppe 6 oder 7. Dies ergibt sich daraus, daß der Arbeiter in der niedrigeren Lohngruppe in Dreck, Lärm, Hitze, dicken Ölschwaden oder stinkenden Dämpfen in ständig gebückter Haltung oder in der Hocke arbeiten muß. Aufgrund der niedrigeren Lohngruppe ist er gezwungen, diese Arbeitsbedingungen hinzunehmen. Kämpfen diese Arbeiter erfolgreich für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, so werden ihnen die Tarifzulagen gekürzt, und sie sind wieder die Gelackmeierten. Genauso wie es vorkommt, daß ein Arbeiter sich für einen Arbeitsplatz mit Vollcontischicht bewirbt, weil der Lohn sonst nicht mehr reicht, kommt es daher auch vor, daß ein Arbeiter aus dem Kaltwalzwerk sich für den Abstich am Hochofen bewirbt, wo er zwar dieselbe oder sogar eine niedrigere Lohngruppe hat, aber letzten Endes über die Punkte doch mehr verdient.

Die Arbeitsbedingungen in der Stahlindustrie gelten allgemein als die schwersten. Diese Arbeitsbedingungen einschließlich der Schichtarbeit und der – soweit man dazu noch physisch überhaupt in der Lage ist – der Überstunden führen zu frühzeitigem Verschleiß der Arbeitskraft des Stahlarbeiters. Die Stahlarbeiter werden gelöhnt für die Ruinierung ihrer Arbeitskraft.

Schon lange führen die Stahlarbeiter Kämpfe gegen diese Arbeitsbedingungen. Gerade nach der verschärften Ausbeutung während der Kurzarbeit haben diese Kämpfe einen Aufschwung genommen. Solange es aber derart niedrige Lohngruppen gibt, daß die Arbeiter gezwungen sind, Schwerst- und Drecksarbeit zu übernehmen, so lange werden diese Kämpfe gehemmt, zersplittert, von Kapitalisten leicht gespalten werden und sich daher nicht erfolgreich entfalten können. Der Entfaltung dieser Kämpfe können die Stahlarbeiter dadurch Raum verschaffen, daß sie in der jetzigen Lohnbewegung eine Festgeldforderung wie z.B. eine DM mehr pro Stunde aufstellen und durchsetzen. Denn je höher der Tariflohn gerade in den unteren Lohngruppen ist, desto geringer ist der Zwang, die schwersten Arbeitsbedingungen hinzunehmen. Bei einer prozentualen Erhöhung dagegen würden die Tariflöhne in den unteren Lohngruppen nur geringfügig erhöht, und an dem Zwang, jede Schinderei hinzunehmen, würde sich nichts ändern. – (Betriebszelle Klöckner)

**Vertrauensleuteversammlung von Klöckner-Haspe beschließt: Eine Festgeldforderung muß aufgestellt werden!** Freitag, den 17.9., hat die Vertrauensleuteversammlung von Klöckner-Haspe beschlossen, als Forderung für die Stahl-Tarifrunde auf jeden Fall eine Festgeldforderung aufzustellen. Dieser Beschluß soll jetzt von den Vertrauensleuten in die Abteilung gebracht, über die Höhe der Forderung diskutiert und diese festgelegt werden. Anfang Oktober wird auf der nächsten Vertrauensleuteversammlung die Forderung verabschiedet werden. Außerdem wurde eine Absicherung der Zulagen gefordert. Diese Forderung wurde vor allem dahingehend diskutiert, daß jetzt schon seit anderthalb Jahren in Haspe kurzgearbeitet wird, und Klöckner zu dem Ablauf der Zweijahreskurzarbeitsfrist schon eine Verlängerung beim Gewerbeaufsichtsamt beantragt hat. Des weiteren wurde beschlossen, darauf hinzuwirken, die einzelnen Lohngruppen aufzuheben und Lohngehälter für die Arbeiter zu schaffen. Das wurde damit begründet, daß dies ein erster Schritt ist, um die Spaltung der Arbeiter in die verschiedenen Lohngruppen, zum anderen die Spaltung der Arbeiter und der Angestellten aufgehoben wird.

**IGM-Umfrage in Schleswig-Holstein.** In Schleswig-Holstein führt die IGM, Bezirksleitung Hamburg, eine Umfrage über die Forderung für den Tarifkampf durch. Als ob es keine Vertrauensleutekörper und nicht die Möglichkeit von Gewerkschaftsversammlungen gebe. Die sozialdemokratischen IGM-Führer wollen die Vertrauensleutekörper umgehen und Versammlungen unterdrücken. Stattdessen wollen sie einen Persilschein für die Tarifkommission, in der sie das Heft in der Hand haben. „Die Bezirksleitung Hamburg möchte sich mit dieser Meinungsbefragung ein Stimmungsbild aus den Betrieben der Metallindustrie in Schleswig-Holstein darüber verschaffen, wie die Kollegin oder der Kollege die einzelnen Forderungsarten aus ihrer persönlichen Sicht beurteilen.“ Es ist klar, daß aus der „persönlichen Sicht“ keine richtige Forderung aufgestellt werden kann, sondern nur aus der Sicht der Gesamtheit der Metallarbeiter. In der Umfrage werden die Folgen verschiedener Forderungsarten, Prozenterhöhung, Festgelderhöhung, Sockel plus Prozent, Mindestbetrag für die Lohngruppen 2 bis 5 und Prozente für Lohngruppe 6 und höhere Lohngruppen durchgespielt, jeweils für die Lohngruppen 3, 6 und 9. Dreh- und Angelpunkt der 4 Beispiele ist eine Lohnerhöhung von 10 % auf den Ecklohn Lohngruppe 6 gleich 0,75 DM. Aus „persönlicher Sicht“ würden die unteren Lohngruppen für Festgeldforderungen sein, die oberen für Prozentforderungen. Die Tarifkommission kann es dann halten wie der auf dem Dach und hat für jede Forderung, insbesondere für eine der beiden Mischforderungen, freie Hand. Die Umfrage der Bezirksleitung zeigt, daß es hohe Zeit ist, Beschlüsse über die Forderung einzuleiten.

Dach und hat für jede Forderung, insbesondere für eine der beiden Mischforderungen, freie Hand. Die Umfrage der Bezirksleitung zeigt, daß es hohe Zeit ist, Beschlüsse über die Forderung einzuleiten.

### 6 Stunden Betriebsversammlung Opel Rüsselsheim:

## Die Belegschaft bekämpft die Sonderschichten

6 Stunden Betriebsversammlung Opel Rüsselsheim:

Die Belegschaft bekämpft die Sonderschichten

**Rüsselsheim.** Am Donnerstag, dem 16. September, fand bei Opel im Werk Rüsselsheim eine Betriebsversammlung statt. Vorausgegangen war ein Antrag der Geschäftsleitung auf vier weitere Sonderschichten. 46 Sonderschichten sind seit März 1975 bereits gefahren worden. Diese ungeheure Steigerung der Schweißauspressung ist von den Arbeiter nicht mehr hingenommen worden. Angesichts einer Reihe von Beschlüssen von Bereichsvertrauensleuteversammlungen und der Blockvertrauensleuteversammlung des gesamten Werks hatte der Betriebsrat die Zustimmung verweigert. Die Einigungsstelle war angerufen worden und hatte den Arbeitern zwei Sonderschichten aufdiktiert.

Gegen diesen Spruch der Einigungsstelle und die Sonderschichten führt die Belegschaft den Kampf. Das hat die kämpferische Front der Arbeiter auf der Betriebsversammlung gezeigt. Mit sechs Stunden Dauer, bis zu 15 000 Teilnehmern und 25 Rednern war sie die bisher längste und größte Versammlung im Werk.

Die Begründung des Vorstandsmitglieds Dr. Schlodtfeld für Sonderschichten ging in einem tosenden Pfeifkonzert unter. Jeder Redner aus der Belegschaft trat gegen Sonderschichten auf. Insbesondere die ausländischen Arbeiter, die seit Jahren zum ersten Mal an einer gemeinsamen Betriebsversammlung teilnahmen, trugen zur geschlossenen Front gegen Sonderschichten bei; hatte doch die Geschäftsleitung bisher immer behauptet, gerade die ausländischen Arbeiter wollten Überstunden machen.

In einer spontan durchgeführten Abstimmung meldete sich keiner für, aber Tausende gegen Sonderschichten.

Zwei Transparente waren gemalt worden: „Die Sonderschichten ruinieren unsere Gesundheit – darum weg damit!“ und „Kollegen aus K 40 voll hinter Ablehnung durch den Betriebsrat!“. Der Betriebsrat hatte einen Tag vor der Betriebsversammlung ein Flugblatt über die IG Metall verteilen lassen, in dem er seine Gründe für die Ablehnung angab. Nichts stand davon, daß die Sonderschichten abgelehnt werden müssen, weil sie die Auspressung bis zum Umfallen erhöhen und die Arbeiter stets weiter ins Elend drükken, sondern nur, daß verschiedene Forderungen des Betriebsrates, die er an die Zustimmung geknüpft hatte (Erhöhung des Weihnachtsgeldes, Bildung eines betrieblichen „Kurarbeiterfonds“), von der Geschäftsleitung abgelehnt worden waren.

Zum erstenmal ist der Betriebsrat unter riesigem Beifall angegriffen worden: „Zu Sonderschichten gibt es kein ‚Ja, aber‘ und auch kein ‚Nein, aber‘, sondern nur: ‚Nein!‘ “, faßte ein Arbeiter zusammen. Ein weiterer forderte unter Beifall, daß die Forderung „Gesetzliches Verbot der Überstunden!“ aufgestellt und in der Gewerkschaft verankert werden muß. Daß gleichzeitig der Lohnkampf geführt und der Tarifkampf vorbereitet werden muß, weil allein durch die zu niedrigen Löhne die Überstunden abgepreßt werden können. „1 DM pro Stunde mehr sind eine gute Richtschnur für die Abteilungen und Vertrauensleute“, wurde vorgeschlagen.

Die Wut und Empörung der Arbeiter ist groß. Spontan haben Tausende gesagt, daß sie am Samstag zu Hause bleiben wollen. Die Kapitalisten wissen, daß in dieser Lage ein Streik droht. Sie haben sofort reagiert. In der bürgerlichen Presse haben sie die Arbeiter als „faul“ beschimpfen lassen. Über dpa haben sie noch während der Betriebsversammlung den Betriebsrat der Störung des Betriebsfriedens beschuldigt.

Die Reformisten und Revisionisten bereiten die Spaltung der Belegschaft vor. In einem Beschluß der Vertreterversammlung Darmstadt der IG Metall haben sie neben der Forderung, daß jetzt von den Vertrauensleuten die Tarifrunde vorbereitet werden muß, den Vorschlag nach einer Prozent- und Sockelforderung untergebracht. Durch allerlei nebensächliche Forderungen wollen sie wie der Betriebsrat die Front verwirren. In diesem Jahr würde die Geschäftsleitung keine weiteren Sonderschichten beantragen, behaupten sie.

Auf der Betriebsversammlung wurde gesagt, wie der Kampf weitergeführt werden muß: Verankerung der Forderungen „Verbot der Akkordarbeit!“, „Verbot der Schichtarbeit!“ und „Verbot der Überstunden!“ in der IG Metall. Vorbereitung des Lohnkampfes durch Beschlüsse über Festgeldforderungen. Über die Vertrauensleute Resolutionen in die IG Metall bringen, die die Debatte über Kampfmaßnahmen und Streik entfalten. Die Betriebsversammlung hat die Bedingungen entschieden verbessert. – (Zelle Opel Rüsselsheim)

Über die Betriebsversammlung berichtet das „Rüsselsheimer Echo“ am 17.9.:

**„Wachsende Unruhe im Opelwerk** – Erregte Betriebsversammlung – Gegen Sonderschichten. Bei einer Betriebsversammlung gestern im Rüsselsheimer Opel-Stammwerk, die mit über 10000 Teilnehmern, 23 Diskussionsrednern und einer Dauer von knapp sechs Stunden den Rahmen seitheriger Veranstaltungen bei weitem sprengte, hat sich der Konflikt um Sonderschichten in voller Schärfe fortgesetzt. Die Belegschaftsmitglieder demonstrierten mit überwältigender Mehrheit ihre Ablehnung zusätzlicher Arbeitsstunden.“

Nach der Betriebsversammlung bei Opel Rüsselsheim ließ die Geschäftsleitung eine Presseerklärung veröffentlichen. Unter der Überschrift „Betriebsleitung: Gefahr für den Arbeitsfrieden?“ stand sie am 17.9. im „Rüsselsheimer Echo“.

Die öffentliche Diskussion von Einzelheiten dieses unter Vorsitz des Arbeitsrichters ordnungsgemäß durchgeführten Einigungs-Stellenverfahrens dürfte geeignet sein, die Pünktlichkeit der Einigungsstelle als eine im Gesetz vorgesehene Institution für die Zukunft in Frage zu stellen.“ (...)

**Hamburg. Springer-Belegschaft fordert 20 DM Lohnerhöhung in der Woche.** Nach dem Lohnraubabschluß von 6,1 Prozent, der in den Großbetrieben mehrheitlich abgelehnt wurde, haben die Druckkapitalisten die Ausbeutung verschärft. In der Setzerei bei Springer wurden wöchentlich mehrere Tausend Überstunden gemacht. Es bestand schon mehrere Wochen Einstellungsstopp. Das sind die Gründe für die Lohnforderung von 20 DM wöchentlich mehr, für die bei Axel Springer Hamburg bereits 536 Unterschriften gesammelt wurden. Die Forderung wird auch in den Druckhäusern Essen, Darmstadt, Westberlin und Ahrensburg unterstützt. Der Vertreter der Geschäftsleitung Gongè erklärte: Diese Forderung könne den Verlag in ernsthafte Schwierigkeiten bringen, und: „Die Initiatoren dieser Unterschriftensammlung haben Unruhe gestiftet.“ Sein Brief wird jetzt am Schwarzen Brett ausgehängt. Das wird noch mehr Unruhe hervorrufen und die Front für die Forderung stärken.

**Mitgliederzahl der IG Druck nach dem Streik gestiegen.** Ein weiteres Ergebnis des Druckerstreiks: Die Mitgliederzahl der IG Druck und Papier hat im zweiten Quartal um 4 000 zugenommen. Ausschlaggebend dafür war der Druckerstreik im Frühjahr, der vielen Arbeitern die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses gezeigt hat. Das liegt sicher nicht an der Politik der Sozialdemokraten in der Führung der IG Druck und Papier, die mit ihrem 6,1-Prozent-Lohnraubabschluß einen Erfolg des Streiks untergraben hat, der deshalb auch in den Großbetrieben mehrheitlich von den Mitgliedern in der Urabstimmung abgelehnt wurde. Die neuen Mitglieder der IG Druck und Papier sind ein Erfolg der Gewerkschaftsbewegung.

**Opel / Drei Autos mehr pro Beschäftigten.** Bei Opel haben die Kapitalisten die Ausbeutung enorm erhöht. 1973 wurden 25,41 Autos po Beschäftigten produziert, 1976 werden es bei etwa einer Million Autos, die geplant sind, 28,57 pro Beschäftigten sein. Die Belegschaft zählte 1973 gleich 34400 und 1976 etwa 35000. Bei Opel Rüsselsheim betrug 1973 die Anzahl der Arbeiter pro Auto 36. 1976 waren es nur 28,6. Bei Ford Köln betrug die Anzahl der Autos pro Beschäftigten 1973 gleich 13,9, 1975 waren es im ersten Halbjahr 7,74, für das ganze Jahr werden es 15,48 sein, anderthalb Autos mehr pro Beschäftigten.

# Meldungen

**·Salzgitter / Jugendarbeitslosigkeit: Für 2,15 DM die Stunde 10 Stunden täglich arbeiten!** Ein Jugendlicher, 16 Jahre alt, ohne Lehrstelle und arbeitslos, berichtete der Stadtteilzelle Salzgitter während ihrer Standagitation zur Bundestagswahl: Vom Arbeitsamt wurde ihm eine Stelle als Hilfsarbeiter in einer Tischlerei angeboten für 2,15 DM die Stunde. Er hatte diese Stelle abgelehnt und dann von einem anderen jugendlichen Arbeitslosen, der diese Stelle zunächst angenommen hatte, erfahren, daß dieser für die lumpigen 2,15 DM die Stunde auch noch 10 Stunden täglich arbeiten sollte. Der andere hat daraufhin nach kurzer Zeit in den Sack gehauen.

**Sperrzeiten für Arbeitslose.** Durch das Haushaltsstrukturgesetz hat die Bourgeoisie das Mittel geschaffen, mit dem sie die Arbeitslosen dazu zwingen kann, jede Arbeit anzunehmen, und sei sie noch so schlecht bezahlt, wenn sie nur dem Tariflohn entspricht. Wenn ein zumutbares Angebot abgelehnt wurde, droht der Entzug des Arbeitslosengeldes. In Frankfurt sind z.B. im Juli 115 Sperren des Arbeitslosengeldes verfügt worden. Die einzige Möglichkeit ist dann nur noch das Sozialamt, das die Gelder später, weil der Arbeitslose sie „selbstverschuldet" beansprucht, zurückfordert. In sechs Fällen ist der Anspruch der Zahlungen der Arbeitslosenversicherung ganz gestrichen worden.

**Firma Schiesser Riesalingen / Baden-Württemberg. Test bei Neueinstellungen** Nachdem die Schiesser AG (Textilfabrik) über 100 Frauen entlassen hat, stellen die Kapitalisten wieder Arbeitskräfte ein. Die arbeitslosen Frauen, die vom Arbeitsamt geschickt werden, müssen sich einem Test unterziehen. Er dauert gut zwei Stunden. Ausgesiebt werden die Arbeiter nach dem Motte: „Unser Betrieb stellt Qualitätsware her. Die Ausbildung ist kostspielig, da kann man nicht einfach jeden nehmen, das muß sich lohnen." Die Kapitalisten versuchen, herauszufinden, wen sie später am stärksten ausbeuten können als angelernte Näherin. Gearbeitet wird im Akkord in zwei Schichten, der Grundlohn für Näherinnen beträgt 6,50 DM. Bei einem Test erklärte der Personalchef: „Wir haben in den Jahren der Hochkonjunktur sehr schwierige Bedingungen mit dem Personal gehabt. Jetzt ist die Auswahl auf dem Arbeitsmarkt schon größer geworden. Noch nicht ganz befriedigend, aber wir können jetzt eine überlegte Personalpolitik machen. Unsere Personalabteilung stellt wissenschaftliche Untersuchungen an, mit welchen Kräften wir ... – nun sozusagen am glücklichsten werden."

**Kapitalisten fordern: „Mindestlohnvorschriften und Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten müssen weg!"**

**Kapitalisten fordern: „Mindestlohnvorschriften und Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten müssen weg!"**

Die Bundesanstalt für Arbeit hat kurzem hat die Bundesanstalt für Arbeit das Ergebnis einer Untersuchung veröffentlichen lassen. Darin untersuchen bürgerliche Wissenschaftler, warum die Zahl der arbeitslosen Frauen und der arbeitslosen Jugendlichen steigt. Das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel: „Es müsse auf jeden Fall möglich sein, marktgerechte Löhne zu vereinbaren. Die Untersuchungsergebnisse zeigen, daß vornehmlich Eingriffe in den Marktprozeß – etwa Mindestlohnvorschriften und Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten – zu der verstärkten Arbeitslosigkeit von Frauen und Jugendlichen führen." (Frankfurter Rundschau, 11.8.76) Getrieben von ihrer Gier nach Höchstprofiten will die Bourgeoisie die Schranken niederreißen, die die Arbeiterklasse erkämpft hat gegen die schrankenlose Ausbeutung: Bezahlung unter Tarif, Nachtarbeit für Jugendliche bei Löhnen unter dem niedrigsten Tarif.

**Daß das Heer der Arbeitslosen weit höher ist, als die amtlichen Zahlen angeben,** haben jetzt Veröffentlichungen der Bundesanstalt für Arbeit bestätigt. Im Jahr 1975 ist die Zahl der amtlich geführten Arbeitslosen um etwa 280000 gestiegen. Aber um 595800 hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten abgenommen. Das sind 300000 Arbeiter, die auf die Straße geworfen wurden und in der Zahl der Arbeitslosen von 1,2 Millionen Ende 1975 (gegenwärtig rund 940000) erst gar nicht geführt werden. (Bundesanzeiger 174)

**662400 ausländische Arbeiter** haben die westdeutschen Kapitalisten von September 1973 bis Dezember 1975 wieder über die Grenzen abgeschoben. Das entspricht etwa dem Dreifachen der Belegschaftszahl des größten westdeutschen Monopols, von Siemens, im Inland. Oder einer Einwohnerzahl von der Größe einer Stadt wie Stuttgart. Solange die Bourgeoisie herscht, saugt sie nach den Bedürfnissen der Akkumulation des Kapitals mal Arbeiter an, mal stößt sie sie ab. Sie schafft sich eine ständige industrielle Reservearmee, und die westdeutschen Imperialisten beziehen ganz Westeuropa darin ein und werfen Riesenheere von Arbeitern von einem Land ins andere.

VW-Wolfsburg: Betriebsversammlung

# Im Klassenkampf wird dem Reformismus der Boden entzogen

**Wolfsburg.** Die Betriebsversammlung am letzten Donnerstag hatte große Bedeutung für den unvermeidlich anstehenden Kampf der VW-Arbeiter gegen die Verschärfung der Ausbeutung durch Erhöhung der Akkorde, der Verlängerung und Intensivierung des Arbeitstages wie den direkten Lohnabbau. Nachdem es dem Vorstand vor dem Urlaub nicht gelungen war, an den Bändern eine Stückzahlerhöhung durchzusetzen, versuchte er neue Maßnahmen anzusetzen. Bei den Facharbeitern und den Angestellten sollen Arbeitsstudien durchgeführt werden, um in diesen Bereichen zu rationalisieren. Bei Bekanntwerden dieser Pläne stieß dies auf große Empörung.

In der Produktion besteht der Plan, in den Inspektionsabteilungen 15 von Hundert der dortigen Arbeiter wegzurationalisieren. Erreichen will man dies, indem man Inspektionstätigkeiten direkt von den Akkordarbeitern übernehmen läßt. Die SPD-Fraktion im Betriebsrat brachte in der Stellungnahme zu diesen Plänen auf der Betriebsversammlung zum Ausdruck, daß sie wie bisher den Kampf der Arbeiter gegen die Absichten des Vorstandes verhindern will. Der Betriebsratsvorsitzende sprach sich für Rationalisierung aus. Sie sollten aber nicht auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen werden. Was diese Worte bedeuten, damit hat die Belegschaft genügend Erfahrung gemacht.

Nicht anders verhält es sich mit den laufenden Überstunden und Sonderschichten. Die Sozialdemokraten wollen wie bisher Überstunden und Sonderschichten zustimmen und nur die Fluktuationen mit Neueinstellungen ausgleichen, um den Aufschwung der VW-Profite nicht zu gefährden. Die SPD-Fraktion im Betriebsrat und der IG-Metall-Ortsverwaltung unterstützen diesen Aufschwung der Profite mit allen Mitteln. Die Freigabe der Akkordarbeit für Jugendliche unter 18 Jahren durch die Bundesregierung hat die SPD im Betriebsrat gleich zum Anlaß genommen, um einen Modellversuch zu starten.

Unter der Belegschaft stieß dies auf große Ablehnung. Durch den Protest der Vertrauensleute wurde die direkte Bandarbeit verhindert.

In unserer Betriebszeitung hatten wir die Politik der SPD bei der Durchführung dieses Modellversuchs über mehrere Wochen angegriffen und enthüllt. Der Betriebsratsvorsitzende sah sich gezwungen, diesen Modellversuch zu rechtfertigen und die Politik der KBW-Betriebszelle als Lügenpropaganda abzustempeln. Der Vorstandssprecher, ebenfalls SPD-Mitglied, unterstützte seinen Parteifreund, indem er versicherte, daß es für die „Jugendlichen keine Akkordhetze" geben würde. In einem Redebeitrag wies ein Genosse der Zelle nach, daß diese Aufschwungspropaganda für die Arbeiterklasse nichts anderes bedeutet, als sie verschärfter Ausbeutung zu unterwerfen und ihre Kinder im Akkord verheizen zu lassen, und dies modellartig eingeführt werden soll. Gegen die Behauptung des SPD-Stadtrats und Betriebsrats Ziegler, daß bei VW keine Lohndrückerei betrieben würde, wiesen wir in einer Rede nach, daß bereits im Akkordbereich neben der relativen Lohnsenkung durch Erhöhung der Arbeitsintensität und der Stückzahlen sogar der Durchschnittslohn seit der letzten Lohnerhöhung um fünf Pfennig gefallen ist. Die Genossen der Zelle erhielten für ihre Reden durchweg großen Beifall.

Als letzter auf der Rednerliste nahm der Sozialdemokrat und IG-Metall-Bevollmächtigter Kaufmann zu den Genossen der Betriebszelle Stellung. Er sprach in seiner Rede zu den Wahlen und dabei gegen den KBW. Als erstes verkündete er, daß die eben aufgetretenen Mitglieder des KBW und sämtliche Kandidaten zu den Kommunal-, und in einem Fall zur Bundestagswahl jetzt aus der IG-Metall endgültig rausgeschmissen werden sollen. Dafür erhielt er keine Zustimmung. „Es gebe genügend demokratische Parteien, für die sich die Arbeitnehmer am Wahltag entscheiden können." Und er forderte auf, nicht den KBW zu wählen. Die „Wolfsburger Zeitung" verbreitete diese Äußerung des IG-Metall-Bevollmächtigten tags darauf in der Stadt.

Im Betrieb gab es in den Tagen danach viele und heftige Diskussionen über die Politik und die Auffassungen des KBW und die Politik der SPD im Betrieb. Dabei wurde deutlich: Die Sozialdemokratie verliert bei der Zuspitzung der Klassenauseinandersetzungen mit ihrer Politik zunehmend an Boden unter der Arbeiterklasse, während der Zusammenschluß der Arbeiter auf klassenbewußter Linie und der Aufbau der Kommunistischen Partei Fortschritte macht. Die Betriebsversammlung hat viel dazu beigetragen. – (VW-Betriebszelle)

Frankfurter Societätsdruckerei

# Für den Sieben-Stunden-Tag – Am Perforator stündlich zehn Minuten Pause!

In dem Artikel aus Hamburg-Bergedorf „Nicht mehr als 4 Stunden am Perforator!" in der KVZ Nr. 36 sind sowohl kleinere als auch schwerwiegende Fehler aufgetaucht. Ein kleinerer Fehler ist, daß ein Handsetzer in Schicht- und Sonntagsarbeit natürlich zirka 1675 DM **netto** und nicht brutto verdient. Schwerwiegender ist die falsche Forderung nach maximal vier Stunden Arbeitszeit am Perforator. Warum?

Bei uns in der Frankfurter Societätsdruckerei wurden vor 16 Jahren die Perforatoren angeschafft. Damals wurde am Perforator noch so gesetzt, daß die Zeilen ausgeschlossen werden mußten (jede Zeile einzeln gesetzt). Der Lochstreifen kam dann in die Gießmaschine, und die Zeilen wurden gegossen. Inzwischen wurde ein Computer angeschafft, der Silbentrennung und Zeilenausschluß macht. Die Perforatoren tasten also endlos. Das nunmehr fließende Setzen am Perforator bedeutet natürlich, daß die Arbeitsleistung des Einzelnen enorm steigt.

mehr fließende Setzen am Perforator bedeutet natürlich, daß die Arbeitsleistung des Einzelnen enorm steigt.

Wurden anfangs Maschinensetzer zu Perforatorentastern umgeschult, begann nun die Geschäftsleitung, mehr und mehr ungelernte Kräfte, vor allem Frauen, an die Perforatoren zu setzen. Diese waren meist vorher als Schreibkräfte tätig, wobei klar ist, daß sie schneller tasten können als die ehemaligen Maschinensetzer. Von den Kapitalisten wurde das zusätzlich zur Verschärfung der Arbeitshetze genutzt, die ständig gesteigert wird (so wurde zum Beispiel ein bedeutender Lohnauftrag im letzten Jahr verdoppelt bei nahezu gleichgebliebener Belegschaftsgröße).

Für die Perforatorentaster stellt sich die Situation so dar: Diese Arbeit, die höchste Anforderungen an die Konzentrationsfähigkeit stellt (es gibt keine Klarschriftleser; man kann also nur kontrollieren, was man gesetzt hat, indem man an den Lochstreifen mitliest), führt zu einem Krankheitsstand mit typischen Arbeitshetze-Krankheiten wie Magenleiden. Wenn man während der Arbeitszeit sich kurz mit einem Kollegen unterhält oder einen Blick in die

Magenleiden. Wenn man während der Arbeitszeit sich kurz mit einem Kollegen unterhält oder einen Blick in die

neue Zeitung wirft, kommt sofort der Schichtführer und man fängt einen Anraunzer ein.

Das Ganze ist von einem Höllenlärm begleitet.

Die ständige Arbeitshetze und die Intensivierung des Arbeitsprozesses führt zu solchen Situationen, daß man lieber Spätschicht macht, wo sich die 40 Stunden auf 6 Tage verteilen, weil man in der Frühschicht nach 8 Stunden am Perforator mit den Nerven für den Rest des Tages fix und fertig ist.

Man sieht also: Es kann nicht darum gehen, wie die Bergedorfer Genossen es machen, von den Kapitalisten zu fordern, die Maschine nach 4 Stunden abzustellen, sondern wir müssen den von unserer Gewerkschaft geforderten 7-Stunden-Tag durchsetzen. Dem Verschleiß der Arbeitskraft am Perforator kann nur entgegengetreten werden mit der zusätzlichen Forderung nach stündlich 10 Minuten Erholungspause, die bei uns ansatzweise schon diskutiert wird.

Das Wichtigste ist, daß man so, wie

pause, die bei uns ansatzweise schon diskutiert wird.

Das Wichtigste ist, daß man so, wie

in der KVZ 36 begründet, die reformistische Linie im Kampf um einen neuen Anhang zum Manteltarif, wie in den letzten Nummern von „Druck und Papier" von den Sozialdemokraten vorgetragen, nicht schlagen kann. Die Reformisten wollen in ihrer kompromißlerischen Politik gegenüber den Kapitalisten den Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung, gegen Lohndrückerei und Steigerung der Arbeitshetze herunterzerren auf ein „vernünftiges Miteinander" von Arbeiterklasse und Bourgeoisie. Dabei schlagen sie den Kapitalisten vor, sich mit einer geringeren Profitrate zufriedenzugeben. Wird zum Beispiel durch eine neue Druckmaschine die Druckleistung pro Mann um das 50-fache gesteigert, fordern die Sozialdemokraten, das 25-fache sei auch genug („Druck und Papier" vom 2.8.76).

So kann die Arbeiterklasse aber nicht an diese Fragen herangehen, wir müssen gegen die Auswirkungen des Lohnsystems zum Schutz unserer Arbeitskraft Schranken erzwingen.

Deshalb meinen wir, daß der Anhang zum Manteltarifvertrag in der Druckindustrie B, § II, folgendermaßen geändert werden muß:

„Der Arbeitstag ist auf 7 Stunden zu begrenzen, bei einer stündlichen Erholungspause von 10 Minuten, bei Beibe-

„Der Arbeitstag ist auf 7 Stunden zu begrenzen, bei einer stündlichen Erholungspause von 10 Minuten, bei Beibe-

haltung der übrigen Pausen und Putzzeiten. Am Perforator beschäftigte fachfremde Kräfte müssen während einer Zeit von 13 Wochen zum Facharbeiter ausgebildet werden. Die Bezahlung erfolgt nach Maschinensetzertariflohn." – (g., p. Frankfurt)

Graphischer Betrieb:

# „Schnitzelschichten"

**Frankfurt.** Bei Kern & Birner, einem graphischen Mittelbetrieb mit 70 Beschäftigten, ist vor etwa 10 Jahren damit begonnen worden, einen ehemals reinen Buchdruckbetrieb um eine moderne und profitablere Offsetabteilung zu erweitern. Angefangen wurde mit einer Einfarbmaschine im II er-Format und einem Offsetdrucker. Heute existiert eine extra angebaute Offsethalle, in der neben einer mittlerweile neu eingesetzten Einfarbmaschine eine nagelneue Vierfarbmaschine im III er-Format und 2 Zweifarbmaschinen ebenfalls im III er-Format stehen, die von insgesamt 8 Arbeitern bedient werden.

Für die Arbeiter bedeutete das: Von Anfang an war die neue Produktionsweise mit einer Verlängerung des Normalarbeitstages verbunden. Der 10-Stundentag wurde Durchschnitt, Samstagsarbeit normal.

Diese Verlängerung des Arbeitstages (56 Stunden die Woche) genügte dem Kapitalisten noch nicht. Über Jahre hinweg wurden sogenannte „Schnitzelschichten" gefahren. Das bedeutet, daß die Firma jedem Kollegen ein Essen (plus ein Bier oder mehr) in einer der benachbarten Kneipen zahlte, wenn man länger als bis nach 20 Uhr arbeitete.

Dieses durchsichtige Manöver ist ihnen häufig gelungen, nicht weil die Kollegen so heiß auf die Jägerschnitzel waren, sondern weil vielmehr einige Kollegen in dieser Zeit ihre Familien gründeten, und der Verdienstausfall oder Neuanschaffungen durch diese immense Überstundenzahl ausgeglichen werden mußte.

So überrascht es nicht, daß für den Kapitalisten die Offsetabteilung gedieh und ungeheure Profite brachte. Die Erfahrung der wachsenden Ausbeutung war die Triebkraft, die die Geschlossenheit der Belegschaft in der Tarifrunde Anfang des Jahres ausmachte, die sich darin ausdrückt, daß über 88 % der Kollegen für die Durchführung des Streiks für 9 % mindestens 140 DM stimmten.

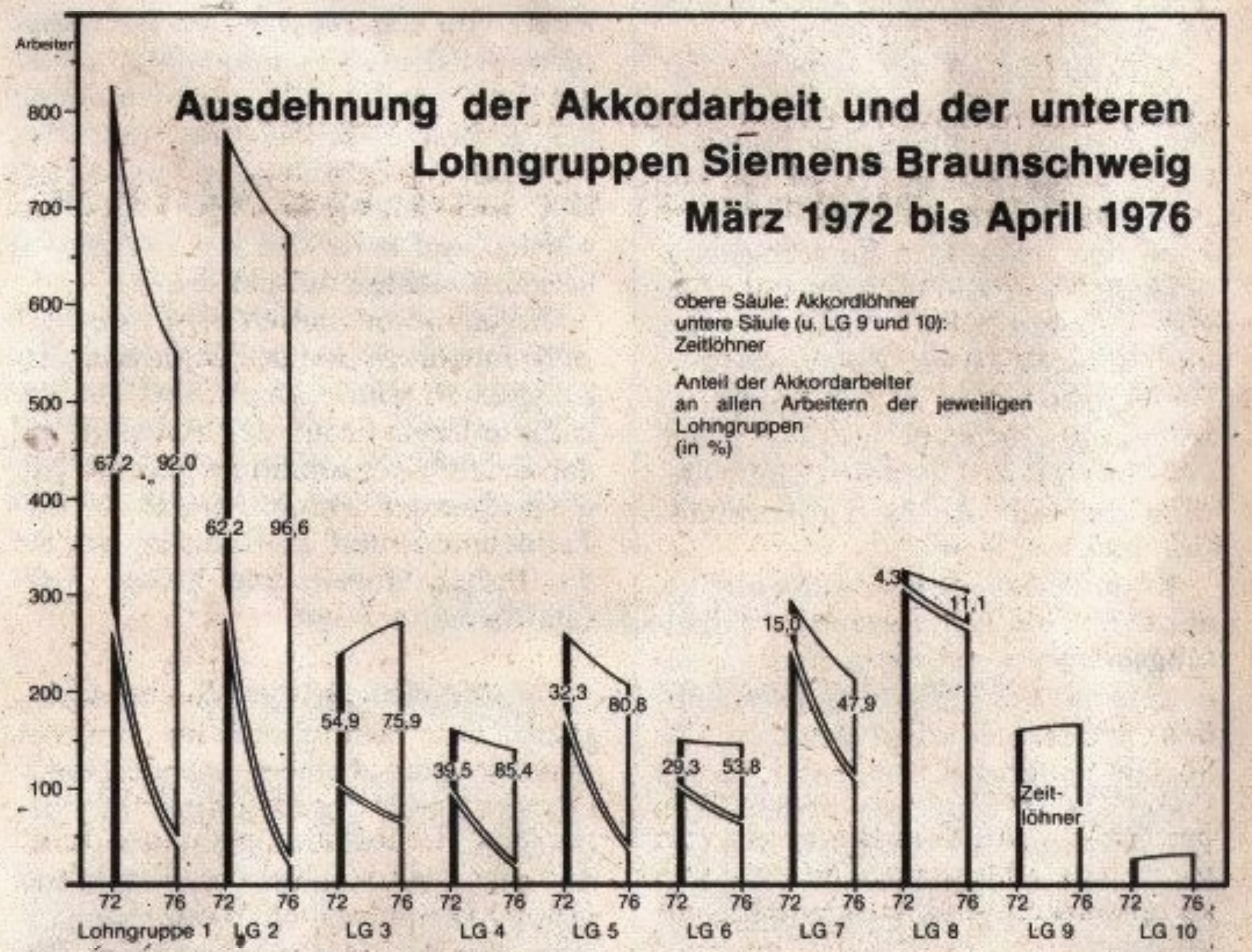
Diese Entschlossenheit und Kampfbereitschaft hatte ihre Wirkung über den Streik hinaus. Nach dem Druckerstreik war erst einmal Ruhe mit den Überstunden, sie wurden die Ausnahme, nicht mehr die Regel.

Aber jetzt nach den Sommerferien ist die „Schnitzelschicht" wieder aufgetaucht.

Wollen wollte von den Kollegen keiner, aber müssen mußten alle, weil sie im Urlaub „über ihre Verhältnisse gelebt haben". Dabei hat kein einziger Kollege eine kostspielige oder luxuriöse Urlaubsreise gemacht. Aber bei allen ist das Gleiche, daß die Kohlen alle sind. Vor 14 Tagen wurde widerwillig und murrend für eine Woche wieder „Schnitzelschicht" geschafft.

Das zeigt, daß die Kapitalisten dabei sind, die in der letzten Tarifrunde entstandene Pattsituation zu ihren Gunsten zu verändern. Das kann auch gar nicht anders sein, weil sie nur das Streben nach Höchstprofit kennen. Der Erhalt der menschlichen Arbeitskraft schert sie weniger, darüber kann auch kein „Gratis-Jägerschnitzel" hinwegtäuschen.

Das zeigt aber nicht, daß ihnen das auf jeden Fall gelingen wird. Der vorhandene Unmut muß zusammengefaßt werden. Kern & Birner ist kein Einzelfall, ähnliches wird im Moment aus vielen Betrieben berichtet. – (g., Frankfurt)




Das Schaubild zeigt die Verschiebung zwischen Zeitlohn und Akkordlohn in den einzelnen Lohngruppen bei Siemens Braunschweig zwischen 1972 und 1976. In den durchbrochenen Säulen ist jeweils der obere Teil die Anzahl der Akkordlöhner, der untere Teile die Anzahl der Zeitlöhner. Die Prozentangaben im oberen Teil zeigen die Entwicklung des Anteils der Akkordarbeiter für die einzelnen Lohngruppen. Es zeigt, wie die Kapitalisten in den unteren und mittleren Lohngruppen das Akkordsystem so ausgedehnt haben, daß nur noch ein winziger Bruchteil der Arbeiterinnen und Arbeiter in den unteren Lohngruppen für Zeitlohn arbeitet. Der Zweck der Kapitalisten ist dabei, durch das Akkordsystem die Arbeiter in Konkurrenz untereinander zu treiben und diese Konkurrenz zu einem Mittel der verstärkten Auspressung von Mehrarbeit zu machen. Grundlage für die Durchsetzung des Akkordsystems sind die niedrigen Stundenlöhne im Zeitlohn, so daß die Einführung der Akkordarbeit kurzfristig als Lohnverbesserung erscheint. Mit Hilfe des Akkordsystems und der Verschärfung der Konkurrenz unter den Arbeitern gelingt es den Kapitalisten jedoch alsbald, sowohl die Löhne zu senken als die Arbeitsleistung bis ins Unerträgliche zu steigern. Der Kampf dagegen entwickelt sich auf der Linie der Forderungen: ausreichender Zeitlohn für den Normalarbeitstag, Streichung der unteren Lohngruppen, Verbot der Akkordarbeit.

Das Schaubild stammt aus einer Untersuchung der Lohnstruktur bei Siemens Braunschweig durch die dortige Betriebszelle. Die ganze Untersuchung wird in „Kommunismus und Klassenkampf" Nr. 5 veröffentlicht, das nächste Woche erscheint.

*Die Lehrer in Hessen bereiten den Streik vor*

# Aktionen gegen Zwei-Drittel-Stellen und Arbeitszeitverlängerung

Seit die hessischen Lehrer, vertreten durch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Urabstimmung und Streik gegen Arbeitszeitverlängerung und Zweidrittel-Stellen beschlossen haben, regen sich verstärkt die Stimmen der „öffentlichen Meinung". So heißt es zum Beispiel in der „Frankfurter Rundschau" vom 15.9.: „Wohlbestallte Beamte mit Pensionsansprüchen und sonstigen sozialen Sicherungen, von denen andere Arbeitnehmer, auch die mit vergleichbarer Ausbildung, nur träumen können, treffen also Streikvorbereitungen." Wir erinnern uns, wie dieselbe bürgerliche Presse gegen Streikvorbereitungen für 135 DM Lohnerhöhung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten Anfang des Jahres gehetzt hat. Herausgekommen sind lumpige 5 Prozent, die die Masse der Arbeiter und Angestellten und kleinen Beamten 85 Mark, für die Regierungsdirektoren, Ministerialbeamten und aufwärts aber 300 Mark und mehr. Für die letzteren Bereicherungen aus der Staatskasse, für die Masse direkter Lohnabbau.

Die Bourgeoisie betreibt das Geschäft der Spaltung der Arbeiterbewegung. Für die Hetze gegen die Lehrerbewegung gilt dasselbe. Denn wogegen organisieren die hessischen Lehrer ihren Streik? Zum einen gegen die Einrichtung von Zweidrittel-Stellen mit vertraglich festgelegter Entlassung nach drei Jahren. Wir berichteten in der KVZ Nr. 34/76 bereits, daß diese Lehrer nicht zwei Drittel, sondern nahezu 90 von Hundert der Arbeit eines Vollehrers bewältigen müssen. Sie beziehen dafür ein Gehalt, das nicht zwei Drittel, sondern allerhöchstens etwas über 50 Prozent von dem eines Lehrers entspricht. Ein Beispiel dazu: ein allein verdienender Lehrer, 27 Jahre, verheiratet, ein Kind, erhält als angestellter Lehrer zwei Drittel von BAT II A, also zwei Drittel von 2907,16 Mark, macht 1938,11 Mark. Davon gehen ab: 114,08 Mark gesetzliche Krankenversicherung, 175,50 Mark Rentenversicherung, 29,25 Mark Arbeitslosenversicherung und rund 220 Mark Steuern. Bleiben 1399,28 Mark netto. Eine dreiköpfige Familie muß davon ernährt werden.

Die zweite Maßnahme des Dienstherrn, gegen die sich die Lehrer in ihrem Streik wenden, ist die Streichung von 18000 Anrechnungsstunden. Älteren Lehrern, die bisher eine Unterrichtsstunde weniger halten mußten, wird diese gestrichen. Die Hälfte der Unterrichtsermäßigung für Koordinationsstunden, um mit anderen Lehrern den Unterricht aufeinander abzustimmen, für die Führung der naturwissenschaftlichen Sammlung, der Schulbüchereien usw. wird gestrichen. Ebenso die Entlastungsstunden für Schulleitungsfunktionen. Zum Beispiel an einer Grundschule in Frankfurt mit 350 Schülern und acht Lehrkräften wurden so acht Anrechnungsstunden gekürzt. Für die Lehrer bedeutet das, Verlängerung der Arbeitszeit oder Mehrarbeit, um den Unterricht vorbereiten und durchführen zu können.

Die arbeitslosen Lehrer werden als Manövriermasse vom Dienstherrn eingesetzt, um die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrer durchzusetzen. In einer Erklärung des Arbeitslosenausschusses der GEW Frankfurt heißt es: „Vielen ohne Hoffnung auf Anstellung im Schuldienst wird die Pistole auf die Brust gesetzt. Entweder sie entscheiden sich binnen zwei Tagen für eine angebotene Zweidrittel-BAT-Stelle, oder sie warten noch Jahre auf eine Anstellung." Um dies dem Dienstherrn aus der Hand zu schlagen, erhebt die GEW Hessen die Forderung: Anerkennung als Arbeitslose und Arbeitslosengeld für arbeitslose Lehrer (Beschluß der Landesvertreterversammlung 1976). Man sieht recht gut, was man von der Fürsorgepflicht des Staates für die Beamten zu halten hat. Die Lehrer haben den Kampf gegen die Rationalisierung, verstärkte Arbeitshetze und Arbeitszeitverlängerung aufgenommen.

Nachdem die GEW Hessen die Urabstimmung für Streik beim Hauptvorstand beantragt hat, haben die Belegschaften den Kampf verstärkt. Die Mitgliederversammlung GEW Darmstadt hat eine Protestfahrt durch die Stadt beschlossen. An vielen Schulen sind Personalversammlungen, Pausenversammlungen bis in die Unterrichtszeit hinein, Schulversammlungen mit Eltern und Schülern, Stände in der Stadt beschlossen oder werden vorbereitet. So an der Ernst-Reuter-Schule und Konrad-Helmig-Schule in Frankfurt, der Gesamtschule Oberroden und anderen. Bevor Schulleitungen die Entlastungsstunden streichen wollen, wie an der Ernst-Reuter-Schule Dietzenbach und der Freiherr-vom-Stein-Schule Dudenhofen, wurde durch Konferenzbeschluß dies abgelehnt. Die Entschlossenheit, den Dienstherrn durch Streik zur Zurücknahme seiner Maßnahmen zu zwingen, wächst. – (w., Frankfurt)

GEW-Hessen. Infratest-Umfrage

# Die Staatsfraktion in der GEW will die Urabstimmung verhindern

Der Bundesvorstand der GEW, der jetzt über den Antrag des hessischen Landesverbandes auf Urabstimmung und Streik beschließen soll, hat auf seiner letzten Sitzung zuallererst dazu beschlossen: „Die Entscheidung über den Antrag des Landesverbandes Hessen wird bis zum 23.10.76 ausgesetzt, damit die Ergebnisse der Infra-Test-Untersuchung in die Beratungen mit einbezogen werden können." (GEW-Informationen vom 13.9.1976). Mit einer „Repräsentativumfrage" wollte der GEW-Hauptausschuß in Hessen dokumentieren, daß keine weitergehende Streikbereitschaft existiert. Das Manöver gelang nicht, ca. 70% stimmte mit für Streik.

Mit einer neuen Umfrage – diesmal durch das Münchner Institut Infra-Test – verfolgt die sozialdemokratische Staatsfraktion zwei Ziele: Zum einen soll die Beschlußfassung über den Streikantrag verschoben und auf Grundlage geheimer Ergebnisse behandelt werden. Zum anderen versucht die Staatsfraktion durch diese Art „Konfliktforschung" Ansatzpunkte zu finden, um die Lehrer wieder an den Dienstherrn binden zu können und die Streikfront zu spalten.

Folgerichtig sind auch im Infra-Test die Fragen zur Streikbereitschaft von völlig untergeordneter Bedeutung.

Neben einigen anfänglichen Fragen zur schulischen Versorgung und Schulsituation, die der Befragte mit „mangelhaft", „befriedigend", „gut" usw. beantworten soll, wird die Frage, ob sich „die Schulbedingungen verschlechtert oder verbessert" haben und die Frage „Fühlen Sie sich überlastet?" gestellt.

Für die Antwort auf diese Fragen brauchten die Sozialdemokraten keine 86000 DM rausschmeißen, hätten sie nur die zahlreichen Stellungnahmen der Mitglieder gelesen.

Die Methoden der Befragungsinstitute sind bekannt. Wer z.B. Befrager rauswirft, weil er für den Streik und gegen die Befragung ist, wird als „keine Meinung" verzeichnet. Sie schustern die Ergebnisse zurecht, wie sie sie brauchen.

Wenn der GEW-Infra-Test zum Kern der Sache anlangt, kann man sehen, wo es die Staatsfraktion in der GEW drückt. Ihr Hauptanliegen hätten sie in der Frage: „Wie hälst Du es mit der SPD?" zusammenfassen können!

Welches Bundesland hat die beste Bildungspolitik? Ist Hessen besser oder schlechter als andere Bundesländer? Ist Hessen besser als die CDU-regierten Länder? Welche Partei setzt sich am besten für die Bildungspolitik ein? Setzt sich die Bundesregierung bzw. die Landesregierung für die Bildungspolitik ein? Setzt sich der Kultusminister Krollmann für die Bildungspolitik ein? usw. usf.

Dann geht es auch schon im Test weiter auf den Kern der Befragung zu: „Wie schätzen Sie den Einfluß der GEW auf die Landesregierung ein?" „Wie schätzen Sie das Verhältnis zwischen der GEW und der SPD" bzw. „das Verhältnis zwischen dem DGB und der SPD ein?"

Am Ende des Tests wird nochmals nach der Parteizugehörigkeit bzw. der politischen Einstellung des Befragten gefragt: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären, welche Partei würden Sie dann wählen?"

Mit den beiden Fragen: Soll man die Bildungspolitik „ständig radikal in Frage stellen?" und „Sollen sich die Lehrer mit allen fortschrittlichen Kräften zusammenschließen?" sollen eventuell radikal gesinnte Lehrer durch den Test aufgespürt werden.

Die ganze Umfrage ist im großen und ganzen darauf ausgerichtet, die politische Gesinnung und Einstellung der befragten Lehrer zu ermitteln. Diese Umfrage erhält dadurch eine besondere Bedeutung, daß dasselbe Münchner Institut Infra-Test im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn, die von Maihofer finanziert wird, Mitglieder von linken Organisationen ermittelt (Stern Nr. 33).

So ziemlich am Ende nähert sich die Umfrage auf eine merkwürdige Art und Weise der Streikfrage. Davor müssen die Befragten unwissend eine ganze Reihe staatlicher Maßnahmen nach Wichtigkeitsgrad einteilen: Integrierte Gesamtschule, 12 Stunden Berufsschulunterricht, 10. Schuljahr, Arbeitszeitverkürzung, Zurücknahme der Streichung der Entlastungsstunden usw.

Erst danach sollen die befragten Lehrer die drei wichtigsten Forderungen heraussuchen aus diesem Katalog und die Frage beantworten: „Würden Sie sich für diese (3) Forderungen an einem Streik beteiligen?" und „Wie stehen Sie zum Streik für Lehrer?"

Auf diese Frage haben die Mitglieder schon in zahlreichen Resolutionen geantwortet. Eine klare Antwort, wie der Landes- und Bundesvorstand zu dieser Frage steht, haben die Mitglieder bis zum heutigen Tag nicht erhalten.

Die hessischen Lehrer haben die Urabstimmung als das einzige Mittel zur Ermittlung der Streikbereitschaft gefordert. Die Urabstimmung und den Streik werden die Lehrer aber nur gegen die Staatsfraktion in der Gewerkschaft durchsetzen können. – (r., GUV Offenbach)

GEW-Landesvertreterversammlung Bremen

# „Wir sind hier in der Gewerkschaft und nicht in der Behörde!"

Die Auseinandersetzungen zwischen dem staatlichen Dienstherrn und den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst haben sich verschärft. Die Lohnabhängigen schließen sich gegen die Angriffe der imperialistischen Bourgeoisie auf die Beschäftigten zusammen. Diese Verschärfung zeigte sich auch auf der Landesvertreterversammlung der GEW in Bremen am 16.9. Besonders ging es den Vertretern der Staatsfraktion darum, ihren sozialdemokratischen Auftraggebern in der Regierung gerecht zu werden und die weitere Umwandlung der GEW von einem Bildungsverein zu einer klassenbewußten und kampfstarken Einheitsgewerkschaft aufzuhalten. Dies ist ihnen nur sehr knapp gelungen. Im Rechenschaftsbericht sollte die GEW noch einmal auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse festgelegt werden. „Würde es sie nicht geben, müßte man sie heute beschließen, um sie morgen schon zu praktizieren." Denn es gebe neben dem Landesverband Berlin noch eine ganze Reihe von Bezirken, die gegen die sozialdemokratische Linie des Bundesvorstandes sind.

Einem vom Bezirk Nord eingebrachten Dringlichkeitsantrag nach einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung und Rücknahme des Ausschlusses des Westberliner Landesverbandes wurde die Dringlichkeit knapp mit 48 gegen 45 Stimmen abgesprochen. Zugespitzt hat sich die Auseinandersetzung auch beim Kampf gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und die Lehrerarbeitslosigkeit. Die Staatsfraktion verlangte: Es sei nicht Aufgabe der GEW, sich für die Interessen der Lehrer als Lohnabhängige im öffentlichen Dienst einzusetzen. „Wir werden als GEW nicht ernstgenommen, wenn wir wahllos die Einstellung aller Lehrer fordern."

Sie konnte sich noch durchsetzen, als für die Einstellung aller Lehrer und gegen jede Form von zusätzlicher Arbeit eingetreten und als Mittel dafür eine Urabstimmung und Streik verlangt wurde. So die Betriebsgruppe Gesamtschule West.

Lautstarke Empörung erntete die Staatsfraktion, als bei einer Solidaritätsresolution für den Kampf der Kollegen an der Gesamtschule West Behördenvertreter auftraten und sagten: „Kollegen sollten sich nicht anmaßen, Stundenausfall für die Schüler anzusetzen." Oder ein Schulrat meinte: „Wir müssen das Problem lösen, wie das Defizit verteilt werden kann." Ein Kollege sprang daraufhin auf und stellte lautstark klar: „Wir sind hier in der Gewerkschaft und nicht in der Behörde."

In der knappen Niederlage des Dringlichkeitsantrages liegt gleichzeitig ein großer Erfolg. Obwohl es vor der Landesvertreterversammlung kaum einen offenen Kampf unter den Lehrern gegen den Ausschluß des Westberliner Landesverbandes und für eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung gegeben hat, haben beinahe 50 Prozent der Delegierten für die Behandlung des Antrags gestimmt.

Daran wird jetzt gut anzuknüpfen sein, denn der Zusammenschluß der Kollegen ist nötiger als zuvor. Das zeigen gerade die Angriffe des Bremer Senats auf die Arbeitskraft der Lehrer. Der Kampf für eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung und zur Rücknahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und des Ausschlusses des Landesverbandes ist keineswegs mit der Landesvertreterversammlung beendet. – (n., Bremen)

## *GEW-Beschlüsse: Für eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung!*

**Zahlreiche GEW-Gremien fordern: Rücknahme des Ausschlusses des GEW-Landesverbandes Westberlin! Außerordentliche Bundesvertreterversammlung! Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!**

**Emden.** Fachgruppe Grund- und Hauptschulen.

**Köln.** Betriebsgruppe der Gesamtschule Höhenhaus. Der Koordinationsausschuß der Vertrauensleute an Gesamtschulen hat allen Betriebsruppen empfohlen, Briefe an den Hauptvorstand mit diesen Forderungen zu schreiben.

**Wiesbaden.** AjLE Wiesbaden.

**Oldenburg.** GEW-Betriebsgruppe der Studienreferendare Oldenburg am Studienseminar für Handelslehranstalten und Gymnasien.

**Wilhelmshaven.** GEW-Fachgruppe Gymnasium des Unterbezirks Wilhelmshaven.

**Norden.** Kreismitgliederversammlung Norden. Der Besthluß soll in der Bezirksversammlung Aurich eingebracht werden.

**Essen.** GEW-Mitglieder des Bezirksseminars Essen für das Lehramt an Gymnasien

**Segeberg.** Der AjLE Kreis Segeberg am 21.9.76.

**Freiburg.** Die GEW Fachgruppe Gymnasien, des GEW-Kreises Freiburg. Die GEW Fachgruppe gewerbliche Schulen Kreis Freiburg

**Westberlin.** Für eine außerordentliche Bundesvertreterversammlung haben sich mehrheitlich ausgesprochen die GEW-Betriebsgruppe der 6. Oberhauptschule und der 5. Oberrealschule, Spandau, und der 10. Grundschule, Kreuzberg.

**Göttingen/Universitätskliniken: Die Angriffe gegen die klassenbewußte Politik der ÖTV werden zurückgeschlagen.** Die gegenwärtig anstehenden Personalratswahlen an den Uni-Kliniken und die bevorstehenden Kämpfe insbesondere in der Tarifrunde im öffentlichen Dienst bereiten dem staatlichen Dienstherrn Kopfzerbrechen. Will er seine Ziele - Lohnabbau, Rationalisierung und politische Entrechtung – gegen die Lohnabhängigen im Staatsdienst durchsetzen, muß er versuchen, auszuwetzen, was er an Niederlagen durch die Lohnabhängigen an der Klinik beispielsweise in der letzten Tarifrunde einstecken mußte, was die Belegschaft an Einheit und Kraft gewonnen hat. Die Positionen des Ausgleichs mit dem Dienstherrn haben in den Gewerkschaften des öffentichen Dienstes an Einfluß verloren. Der Göttinger Oberstadtdirektor Busch, der sich bisher in der ÖTV herumtreibt, beklagte sich, er habe früher an Entscheidungsprozessen mitwirken können, „jetzt nicht mehr", und drohte seinen Parteifreunden in der ÖTV-Führung mit seinem Austritt. Diese haben nicht lange mit dem Angriff gegen den klassenbewußten Zusammenschluß der Belegschaft gewartet, die Hauptabteilung Gesundheit aufgelöst und wollen jetzt nach drei Auschlußverfahren in den Uni-Instituten 12 klassenbewußte Gewerkschafter, davon 8 Vertrauensleute, der Göttinger Uni-Kliniken ausschließen. In einer Mitteilung an die Dienstaufsicht legten sie ihr die Entlassung der Kollegen warm ans Herz. Der Versuch der Sozialdemokraten, in einer „Mitgliederversammlung", zu der nur ausgewählte ÖTV-Mitglieder eingeladen worden waren, unter sich zu bleiben und Listen für die Personalratswahl auszuhandeln, scheiterte. Als ungebetene Gewerkschaftsmitglieder Diskussion über die Vorbereitung der Tarifrunde und die Ausschlußverfahren forderten, flüchteten die Sozialdemokraten und erklärten die Sitzung für aufgelöst. Auf der folgenden Mitgliederversammlung ließen sie sich erst gar nicht blicken. Die über 70 Mitglieder nutzten sie dagegen, um sich zusammenschließen und den Kampf einzuleiten. Sie forderten ohne Gegenstimme die Rücknahme der Ausschlußverfahren und die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und verlangten vom Hauptvorstand sofort das Material zur Vorbereitung der Tarifrunde. Bei zwei Gegenstimmen wurde die Bildung von Einheitslisten auf Grundlage eines gewerkschaftlichen Programms für die Personalratswahlen beschlossen: schlechte Zeiten für den Dienstherrn und seine sozialdemokratische Agentur in den Gewerkschaften.

**Frankfurt / Gegen Bespitzelungsgesetz.** Auf der Mitgliederversammlung der ÖTV-Betriebsgruppe Universität Kernbereich Frankfurt am 21.9.1976 wurde einstimmig die Erklärung des Personalrates gegen die Meldepflicht von politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeiten (siehe KVZ Nr. 35) unterstützt. Es wurde festgelegt, daß die Vertrauensleute auf Abteilungsebene offene Versammlungen dazu durchführen und dort diese Erklärung mit den Kollegen diskutieren. Außerdem wurde beschlossen, in der nächsten Zeit eine ÖTV-Versammlung zu den umfassenden Angriffen auf die gewerkschaftlichen und politischen Rechte der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst durchzuführen, um dort weitere Schritte gegen diese Maßnahmen des staatlichen Dienstherrn festzulegen.

**Raunheimer Gesamtschule. Gegen Bespitzelungsgesetz.** Die Personalversammlung hat eine Resolution verabschiedet und gegen die Beamtenrechtsänderung protestiert, durch die gewerkschaftliche und politische Tätigkeiten der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst meldepflichtig sind.

**Wiesbaden. Gegen die Änderung des hessischen Beamtengesetzes zur Meldepflicht über Nebentätigkeiten.** Auf einer ÖTV-Betriebsgruppenversammlung im Sozialamt Wiesbaden haben die Lohnabhängigen eine Resolution verabschiedet, in der sich die Betriebsgruppe gegen die Änderungen des hessischen Beamtengesetzes, das die Meldepflicht für alle gewerkschaftlichen und politischen „Nebentätigkeiten" vorschreibt, ausgesprochen und gewerkschaftliche und politische Freiheit im öffentlichen Dienst gefordert.

**Hessen.** Für etwa insgesamt 1200 Lehrer in Hessen gibt es seit 1.8.1976 im Regierungsbezirk Darmstadt Zwei-Drittel-Stellen. 235 Lehrer wurden nicht eingestellt. Keine einzige Planstelle wurde im Bereich der Grund-, Haupt- und Realschulen und Gymnasien besetzt. Alle neueingestellten Lehrer haben Zwei-Drittel-Verträge. Kultusminister Krollmann hat erklärt, daß auch 1977 nur noch auf Grundlage der Zwei-Drittel-Stellen Lehrer eingestellt werden sollen. Die Zwei-Drittel-Verträge sind auf drei Jahre befristet. Auszug aus einem Zwei-Drittel-BAT-Vertrag: „Es besteht Einvernehmen darüber, daß die Einstellung ausschließlich zur Deckung eines vorübergehenden Unterrichtsbedarfs im Rahmen des Sonderprogramms für geburtenstarke Jahrgänge erfolgt." Das sind die Auswirkungen der Programme der hessischen Landesregierung zur kapitalistischen Rationalisierung, Lohnraub und Entrechtung gegen die Masse der hessischen Lehrer.

*IG Chemie-Jugend Merck Darmstadt:*

# Die Unterstützung der PLO trifft die Bourgeoisie

**Darmstadt.** Die IG Chemie Jugendgruppe bei Merck Darmstadt hat 800 DM an die PLO gespendet (wir berichteten darüber in der KVZ Nr. 35). Ebenso hat die IG Chemie Jugendgruppe über einen Brief an die IG-Chemie-Zeitung „Gewerkschaftspost" beraten, der sich gegen einen Artikel des Vertreters der Botschafts Israels in der BRD wandte, in dem die PLO als Verbrecherorganisation bezeichnet wurde. In diesem Brief wurde die Gewerkschaftsführung aufgefordert, die Beziehungen zur israelischen Gewerkschaft Histradut abzubrechen. Die Histradut ist eine gelbe Gewerkschaft, die über die Kranken- und Rentenversicherung zur Zwangsanstalt gemacht wird und die Bestimmungen in ihrem Statut enthält, die es nicht-jüdischen Arbeitern verbieten, Mitglieder dieser Organisation zu werden.

Über diesen Brief, der in der Jugendgruppe diskutiert wurde, konnte Einheit erzielt werden, insbesondere über den Abbruch der Beziehungen zu der Histradut.

Die Tatsache, daß Mitglieder der Gewerkschaft, Arbeiter und Angestellte in der BRD, sich mit den Arbeitern im Nahen Osten und mit dem kämpfenden Volk von Palästina zusammenschließen und ihren Kampf unterstützen, ist ein Schlag gegen den Imperialismus. So haben sofort das „Darmstädter Echo" und die „Bild"-Zeitung über diese „Ungeheuerlichkeit" berichtet. Die Gewerkschaftsführung der IG Chemie hat daraufhin die Jugendgruppensitzungen aufgehoben und Ausschlußantrag gegen acht Mitglieder der IG Chemie gestellt. Nach diesen Angriffen auf die Jugendgruppe setzten sich die Revisionisten ab und zogen ihr Einverständnis zu diesem Leserbrief zurück. Aber die Hälfte der Jugendgruppen-Mitglieder nahm den Kampf auf.

Die Einheit der Belegschaft zur Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes ist nicht leicht herzustellen, weil die Wahrheit über die Ziele des palästinensischen Volkes nicht weit verbreitet ist. Der Leserbrief wurde in zahlreichen Abteilungen verbreitet. Elf Arbeiter und Angestellte haben den Brief mit ihrer Unterschrift unterstützt. Auf der Betriebsversammlung, die am Dienstag letzter Woche stattfand, konnte der sozialdemokratische Betriebsrat nur durch Mikrofonabdrehen verhindern, daß die Notwendigkeit der Unterstützung des Kampfes des palästinensischen Volkes erklärt wurde. Die Sozialdemokraten haben Angst, daß in der Belegschaft die Diskussion über diese Frage geführt wird.

Das Darmstädter Nahostkomitee hat in der letzten Woche die Aufklärungsarbeit vor dem Werk in Angriff genommen. Die Informationen durch die Zeitung des Nahostkomitees konnten zur Auseinandersetzung unter der Belegschaft gut genutzt werden. Der Vertreter der PLO beim Büro der Arabischen Liga in Bonn hat sich in einer Erklärung an die Gewerkschaft gewandt, worin er die Ziele der PLO erläutert. Diese Erklärung wurde in der Belegschaft durch ein Flugblatt der Zelle des KBW verbreitet „in dem sie zu den Bestrebungen der Kapitalisten, weltweit die Ausbeutung zu organisieren und die Reichtümer der unterdrückten Völker an sich zu reißen, Stellung genommen hat und daraus die Schlußfolgerung zieht, daß die Unterstützung dieses Kampfes der Völker eine gerechte Sache und eine Aufgabe der Gewerkschaftsorganisation ist. – (Merck-Zelle/Red.)

## *Leserbrief an die „gewerkschaftspost"*

Kolleginnen und Kollegen,
in der „gewerkschaftspost" Nr. 8 vom August 1976 ist ein Gastkommentar vom Sozialattaché der israelischen Botschaft, David Frankfurter, abgedruckt, unter dem Titel: Kampf dem Terror!

Dieser Artikel ist nicht nur ein übler Hetzartikel gegen die UNO und ihre Institutionen, sondern insbesondere gegen den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes und die Solidarität der Völker der Welt mit diesem gerechten Kampf.

Der Staat Israel wird als „Verwirklichung der nationalen Befreiungsbewegung des jüdischen Volkes" dargestellt, was eine schlichte Lüge ist. Der Staat Israel ist nicht durch den „Befreiungskampf des jüdischen Volkes" gegen seine Unterdrücker entstanden, sondern 1948, als noch die Großmächte wie die USA und Großbritannien in der UNO über die Mehrheit verfügten, durch Beschluß der UNO gegründet worden. Diese Gründung des Staates Israel erfolgte keineswegs im Niemandsland, sondern in Palästina.

Schon vor dieser „offiziellen" Gründung des Staates Israel begann die Kolonisierung Palästinas durch die Zionisten. Theodor Herzl, der noch heute von den Zionisten als ihr wichtigster Theoretiker anerkannt wird, schrieb in seinem Buch „Der Judenstaat": „Die Zionisten müssen sich zunächst in zureichender Weise den Grundbesitz der arabischen Bevölkerung beschaffen. Die Einheimischen, insbesondere die Armen, sollen unbemerkt über die Grenze in die Nachbarländer transportiert werden . . . "

Dieser „unbemerkte Transport" war nur möglich, indem von paramilitärischen Organisationen der Zionisten wie „Irgun" oder „Stern" Massaker unter der arabischen Bevölkerung durchgeführt wurden wie 1948 das Massaker von Deir Yassin, wo die gesamte Bevölkerung dieses Dorfes mit mehr als 350 Personen zusammengetrieben und erschossen wurde wie Vieh.

Der ehemalige israelische Ministerpräsident Isaak Rabin hat sich dazu folgendermaßen geäußert: „Indem wir keinen Stein auf dem anderen lassen und alle Einwohner verjagen . . . , wird es kein einziges Dorf geben, in das die Araber zurückkehren können." Allein bis 1948 mußten auf diese Art und Weise mehr als 800000 Palästinenser ihre Heimat verlassen, zu denen 1967 weitere 750000 kamen, als Israel weitere palästinensische Gebiete eroberte. Sie leben heute in Flüchtlingslagern im Libanon, Jordanien und Syrien und haben sich zum größten Teil in Befreiungsorganisationen zusammengeschlossen, deren Dachorganisation die PLO ist, die von dem Gastkommentator der „gewerkschaftspost" „Verbrecherorganisation" genannt wird.

Wenn der Herr Frankfurter tatsächlich einer wäre, „der die berechtigten nationalen Befreiungsbewegungen gegen Unterdrückung und Kolonialismus" unterstützt, warum unterstützt er dann nicht die Forderung des palästinensischen Volkes und seiner Organisation, der PLO, nach einem demokratischen Palästina, in dem Juden und Araber gleichberechtigt leben können, wie es vor der „Gründung" des Staates Israel der Fall war.

Das Gegenteil ist bei Herrn Frankfurter der Fall: er ist ein ausgesprochener Feind der Unabhängigkeit der Völker und Nationen. Während er die israelische Aggression gegen den Staat Uganda als „Rettungsaktion" bezeichnet, schreckt er nicht davor zurück, die Verfolgung der Juden durch den Hitler-Faschismus mit dem gerechten Kampf des palästinensischen Volkes zu vergleichen.

Mit einem hat er allerdings recht, nämlich, daß die Welt schon jahrelang von Terror heimgesucht wird. Allerdings läuft die Befreiung von diesem Terror in eine andere Richtung, als Herr Frankfurter sie haben will. Die Völker der Welt und ihre weltweite Solidarität machen dem Terror ein Ende, wie der Sieg der Völker von Vietnam, Laos und Kambodscha beispielhaft gezeigt hat.

Eines muß noch gesagt werden: Herr Frankfurter war früher der Leiter des Referats für deutschsprachige Länder des israelischen Gewerkschaftsbundes Histadrut. Seit Jahren kämpft die westdeutsche Solidaritätsbewegung auch innerhalb des DGB für den Abbruch der Beziehungen mit dieser Gewerkschaft, und zwar aus folgenden Gründen:

Die Histadrut ist keine Gewerkschaft, in der sich die Arbeiter und Angestellten freiwillig zum gemeinsamen Kampf für ihre Interessen zusammenschließen. Sie ist eine staatliche Institution, jeder muß in ihr Mitglied werden, da sie die einzige Renten- und Krankenversicherung besitzt. Wird ein Arbeiter etwa wegen eines „illegalen" Streiks ausgeschlossen, verliert er jeden Anspruch auf Rente und Versicherung.

Es kann nicht im Interesse der Mitglieder des DGB sein, freundschaftliche Beziehungen zu einem solchen Unterdrükkungsapparat zu haben – sie müssen abgebrochen werden.

## Bürgerliche Parteien: Schiß um Einfluß in der Jugend

Aus Anlaß des Ausschlusses von Helga Rosenbaum (Mitglied des ZK des KBW) aus dem Gemeinderat Heidelberg führte SPD-Stadtrat Brosi aus: „Diese Entscheidung ist zugleich eine Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß die politischen Voraussetzungen verändert werden, die dafür verantwortlich waren, daß in demokratischer Wahl gegen die Demokratie gewählt wurde – denn Frau Rosenbaum hat von Anfang an gesagt, wofür sie steht. Wir müssen gemeinsam dafür sorgen, daß der Zulauf unfertiger Jugendlicher zu dieser politischen Richtung nicht mehr stattfindet."

Manchmal kommt die Wahrheit raus. Ganz offensichtlich gehen die bürgerlichen Parteien im Gemeinderat Heidelberg davon aus, daß die Tätigkeit der Genossin Rosenbaum im Gemeinderat dazu dient, den selbständigen Zusammenschluß der Jugend zu fördern. In der Tat, die Genossin hat kein Hehl daraus gemacht, daß ihre Tätigkeit einzig und allein dazu dient, das Parlament zur Tribüne des Klassenkampfes zu nutzen, die Machenschaften der bürgerlichen Politiker vor den Volksmassen zu entlarven, um vorwärts zu kommen im Kampf für die Beseitigung der Ausbeuterordnung, der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates durch die soziale Revolution des Proletariats. Der Genosse, der als nächster auf der Liste steht, wird es genauso machen.

Von wegen „unfertig"! Für die Vernutzung als billige Arbeitskraft in den Produktionsstätten der Fabriken sind selbst Fünfzehnjährige nicht zu unfertig, genauso wenig wie dafür, mit 15 arbeitslos auf der Straße zu stehen oder, wenn sie gegen die Schulunterdrückung Stellung nehmen, den Polizeiknüppel zu spüren. Aber die Jugend lernt schnell. Die parlamentarischen Vertreter der herrschenden Klasse wissen das nur zu gut. Wo sind ihnen nicht während des Wahlkampfes überall junge Arbeiter, Schüler und Studenten gegenübergetreten und haben die Verhältnisse, unter denen sie arbeiten und lernen müssen, haben Parlamentarismus und das kapitalistische System angegriffen und sind für den Sozialismus eingetreten. So mancher bürgerliche Politiker hat ein Farbei am Kopf gehabt. Vor allem sind die Bürgerlichen aufgeschreckt, wenn Lehrlinge in den Betrieben Kampfaktionen durchführen, die Gewerkschaftsjugend zu Tausenden demonstriert gegen Jugendarbeitslosigkeit und schlechte Berufsausbildung, wenn Schulstreiks durchgeführt werden. Und beim Kampf gegen die staatliche Ausplünderung durch die Erhöhung der Fahrpreise für Bus und Bahn in Heidelberg sind junge Arbeiter, Schüler und Studenten der bewaffneten Staatsmacht gegnübergetreten. Und jetzt unterstützen Gewerkschaftsjugendliche in Darmstadt den Kampf der Völker der Welt gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus und unterstützen die PLO durch Geldspenden.

Karl Liebknecht hat der deutschen Arbeiterklasse zugerufen: „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft." Die Jugend wird nur im Klassenkampf gewonnen. Das ist auch der Bourgeoisie bewußt. Sie kämpft mit dem Mittel der Unterdrückung um die Jugend. Rebellion ist auf keinen Fall gerechtfertigt, das ist die einheitliche Auffassung der Vertreter des Privateigentums, der bürgerlichen Parteien. Vertrauen auf die bestehende Ordnung, auf den Staat, der sie „stützt", und auf die Parteien, die sie „tragen", das muß den Jugendlichen eingetrichtert werden. Da die Jugend nicht willig ist, gebraucht die Bourgeoisie die Gewalt des Notensystems, die Gewalt des kapitalistischen Lehrherrn und des Polizeiknüppels. Im Kampf gegen die Unterdrückung und durch Überzeugung gewinnen die Kommunisten die Jugend. Das füchtet die Bourgeoisie. Das hat der Sozialdemokrat herausgelassen. – (j.k.)

*Gelsenkirchen:*

# Arbeiter organisieren Kampf gegen Lehrerentlassung

Die Lehrerin Frau Mels an der Hauptschule an der Hans-Böckler-Allee in Gelsenkirchen soll aus dem Schuldienst entlassen werden, weil sie den KBW unterstützt. Die Eltern der Klasse 7a sind sehr zufrieden mit der Arbeit der Lehrerin Mels und fordern: Frau Mels muß bleiben, sonst schicken wir unsere Kinder nicht mehr zur Schule.

Auf einer Versammlung von 130 Schülern, Eltern und Lehrerkollegen wird der Beschluß der Eltern der Klasse 7a begrüßt und die Abschaffung des Beamtenrechts und des KPD-Verbots fast einstimmig gefordert. Die Vertreter der Schulbehörde weigern sich, zu dem Verfahren gegen Frau Mels vor den Eltern Stellung zu nehmen.



Die Schüler fordern: Politische und gewerkschaftliche Freiheiten auch für Lehrer!

Stattdessen wird die Lehrerin vom Dienst suspendiert. Polizei wird in die Schule geschickt, um den „Schulfrieden" aufrechtzuerhalten und Frau Mels aus dem Unterricht zu holen. Die Behörde droht den Eltern 1000 Mark Geldstrafe an, falls sich ihre Kinder an dem Streik beteiligen. Die Schulleitung droht mit schlechten Noten. Trotzdem demonstrieren am 14. September über 30 Schüler zum Schulamt. Auf Schildern fordern sie: „Wir kneifen nicht vor Staat und Gesetz: Politische und gewerkschaftliche Freiheiten auch für Lehrer!"

Ein Schweißer von Grillo-Funke, dessen Kind an der Schule ist, nimmt sich frei und leitet die Demonstration. In seiner Abteilung haben 15 Arbeiter die Forderungen der Eltern unterschrieben. In den Betrieben und im ganzen Stadtteil stößt die Maßnahme der Behörden auf heftigen Widerstand. Ein Arbeiter von Küppersbusch fordert seinen Sohn auf, sich an der Demonstration zu beteiligen. Er sagt: „1973 haben sich bei uns auch nicht alle am Streik beteiligt und doch war der Streik damals richtig." Mehr als 60 Arbeiter, Angestellte und Schüler haben jetzt eine Erklärung unterschrieben, die plakatiert wird und in der es heißt:

*„Wer nicht reich ist, kann mit der Ausbildung nicht zufrieden sein. Daher brauchen wir gerade solche Lehrer, die auf unserer Seite stehen. Einen Schulfrieden, bei dem wir uns aus den Schulangelegenheiten raushalten sollen, wollen wir nicht."*

*Lernmittelkosten:*

# Erster Schultag – großer Zahltag

Gymnasium Walldorf – Beginn des neuen Schuljahres: Blätter werden ausgeteilt, welche Bücher wir benötigen. Diese mußten wir dann in eine Liste eintragen und konnten uns dann vom Buchhändler A. aus Walldorf, der im Sekretariat einen Raum bekam, die Bücher abholen. Das Geld mußten die Schüler dann auch noch selbst einsammeln, damit der Buchhändler, der in Walldorf ein Monopol hat, nicht so viel Arbeit hat beim Geschäft des Jahres.

Bei diesem gemeinsamen Geschäft zwischen Schulleitung und Buchhändler wurde abgemacht, daß 7 % Rabatt an die Stadt und 3 % an die Schule vom Umsatz abgezwackt werden. Dazu muß man sich die Preise der Bücher ansehen:

| | |
|---|---|
| Gesamtpreis der Bücher: | 235 DM |
| Zuschuß von der Schule: | 94 DM |
| Eigenkostenanteil: | 141 DM |

(Davon mußten 73 DM sofort und auf einen Schlag gezahlt werden.)

In dem Preis sind noch nicht einmal Erdkunde- und Geschichtsbücher inbegriffen. Es gebe keine geeigneten, hieß es.

Um den Schein der Lernmittelfreiheit aufrechtzuerhalten, gibt es noch ein Leihsystem, an dem sich aber höchstens 2 bis 3 aus meiner Klasse beteiligen. In diese Bücher darf nicht reingeschrieben werden und man kann sie nicht später zum Nachschlagen verwenden, weil man sie am Ende des Schuljahres wieder abgeben muß.

Jetzt haben wir mitgeteilt bekommen, daß wir uns für das Fach Französisch noch andere Bücher möglichst bald anzuschaffen hätten:

| | |
|---|---|
| 1 franz. Lexikon | ca. 28 DM |
| 1 Grammatik | ca. 10 bis 15 DM |
| 1 Aufbauwortschatz | ca. 10 DM |
| 1 Grammatikübungsheft | ca. 10 DM |

„Vielleicht könnt ihr sie euch zu Weihnachten schenken lassen", wurde uns vorgeschlagen.

In diesen Rechnungen sind noch nicht die Kosten für Hefte, Schreibsachen, Turn- und Malzeug usw. aufgeführt.

Für die Reichen ist dies alles kein Problem. Für die, die von ihrem Lohn leben und ihre Kinder aufziehen müssen, wird es immer schwieriger, ihr Kind noch auf die Schule zu schicken.

Auf der letzten Elternversammlung kamen die Lernmittelkosten zur Sprache. Der Schulleiter wurde zur Bezahlung der Bücher befragt. Er verwies auf die Fachlehrerin, die erklärte, daß man für die Abitursarbeit z.B. das Französisch-Lexikon brauche und daß die Stadt für je 10 Schüler nur ein Lexikon stellen könne. Der Rektor behauptete dazu, daß das Lexikon eigentlich gar kein Lernmittel sei, weil man es ja nur für sich braucht. Er verschwand dann aus der Versammlung, um nicht weiter Rede und Antwort stehen zu müssen. – (KBW-Sympathisantengruppe Sandhausen)

### Kapitalisten setzen Kürzung des Berufsschulunterrichts durch

**Eschborn.** Auf Einspruch der örtlichen Kapitalisten, insbesondere der Kfz.-Betriebe und der Kreishandwerkerschaft, wurde der Berufsschulunterricht an den beruflichen Schulen des Main-Taunus-Kreises in Hofheim auf 9 Stunden gekürzt. Gegen die vorgesehenen 10 Stunden der Kfz.-Handwerker, die mit einmal 6, einmal 4 Stunden gegeben werden sollten, hatten die örtlichen Kapitalisten Sturm gelaufen und mit Kündigung der Lehrlinge gedroht, weil sie diese nach sechsstündiger Berufsschulzeit an dem Tag in ihren Betrieben nicht mehr ausbeuten dürfen. Der Unterricht wurde auf neun Stunden gekürzt und diese auf zwei Tage von fünf bzw. vier Stunden verteilt. Die Lehrlinge stehen anschließend den Kapitalisten zur freien Verfügung. Ähnlich in den anderen Branchen. – Eine Klasse der Schule hat einstimmig ein Schülervertretungsprogramm beschlossen, in dem unter anderem gefordert wird, die Ausbildung aus der Verfügungsgewalt der Kapitalisten herauszunehmen und allen Jugendlichen eine einheitliche, obligatorische Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr

§ 218

## „Sache gelaufen"?

„Alte Emotionen neu entfacht: Wird der Streit um die Abtreibungsreform wieder auf die Straße getragen?" – fragt die „Süddeutsche Zeitung" Ende August.

Am 16. Februar, 4 Tage nach der Verabschiedung des neuen § 218 hatte die Zeitschrift „Arbeiterkampf" prophezeit: „Nachdem mit dem 12. Februar die Diskussion um den § 218 und seine „Neuregelung" erst einmal abgeschlossen ist, wird es zukünftig zweifellos zunächst schwer werden, gegen das Abtreibungsverbot zu mobilisieren. Für viele ist die Sache erst einmal gelaufen." Für wen kann das Abtreibungsverbot erst einmal gelaufen sein? Nur für die Redaktion des „Arbeiterkampf"! Der „Arbeiterkampf" kann die Schlagzeile der „Bild": „Abtreibung frei" nur für bare Münze genommen haben, und die Beratungsstellen, mit denen die Frauen und Familien des Volkes in die Klauen des imperialistischen Staatsapparates gerissen werden sollen, als tatsächliche Hilfe begriffen haben, wie es die Sozialliberalen behaupten. Oder die Redaktion des „Arbeiterkampf" ist der Ansicht, daß der Zwang zur Abtreibung besiegt ist, weil der Kapitalismus allen eine ausreichende Lebensgrundlage garantieren könne. In allem ist das Gegenteil der Fall. Die kapitalistische Krise und die Verelendung großer Teile der lohnabhängigen Massen macht für immer mehr Familien die Abtreibung zum Zwang. Die Bourgeoisie hat das gut erkannt und kämpft um die Durchsetzung des Strafgesetzes. Kardinal Höffner ruft auf, man sollte „alle Kräfte darauf konzentrieren, die vorgeschriebene Beratung flächendeckend einzurichten". Die Bundesregierung ist dabei: „Als außerordentlich wirkungsvoll im Hinblick auf den Ausbau der Beratungsdienste, ... hat sich ein ... bisher mit 9 Millionen DM gefördertes Modellprogramm erwiesen." Ein ausgemachter Reaktionär fordert es, die Regierung des imperialistischen Staatsapparates führt es aus, und die Redaktion des „Arbeiterkampf" hat gesagt, jetzt sei für viele die Sache erst einmal gelaufen. Die Beratungsstellen, das Herzstück des sozialliberalreaktionären Machwerks, wurden nicht laufen gelassen, sondern angegriffen. In vielen Städten haben die Komitees gegen § 218 Aktionen gegen diese neuen Polizeidienststellen" durchgeführt. Diese Aktionen und die Erfahrungen von Frauen mit diesen Beratungsdiensten haben sich in Windeseile unter den Volksmassen verbreitet.

Die gerade neu geschmiedete Waffe der Bourgeoisie war, kaum eingesetzt, schon wieder stumpf. Die Bourgeoisie schmiedet heftig daran, sie wieder scharf zu bekommen. Zu Hauf erscheinen Artikel in der bürgerlichen Presse, fast täglich strahlt der staatliche Rundfunk Sendungen dazu aus; Anwaltsvereine, Richterbünde, Ärztekammern und die Kirche fordern die scharfe Anwendung; Polizei und Gerichte werden tätig. Von Ruhe um den § 218 nach seiner „Neuregelung" kann nur sprechen, wer von der grenzenlosen Naivität der Redaktion des „Arbeiterkampf" beseelt ist. Weder die Bourgeoisie, noch die Volksmassen lassen den § 218 ruhen. Die Kommunistische Volkszeitung hat am 26. Februar 1976 geschrieben: „Es ist unbedingt richtig, sofort klar zu machen, daß die Massen die Aufrechterhaltung des § 218 nicht hinnehmen werden." Die Widersprüche, die zur Abtreibung zwingen, verschärfen sich, also verschärft sich auch der Kampf gegen den § 218. Das hat die kurze Existenz des neuen § 218 bereits bewiesen. Diejenigen, die diese Widersprüche verkleistern und abstumpfen wollen, sind wieder einmal vom Lauf der Geschichte widerlegt worden.

*Podiumsdiskussion in Wyhl*

## Hohngelächter für SPD-, CDU- und FDP-Kandidaten

In der Volkshochschule Wyhler Wald führten die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen mit den Bundestagskandidaten der bürgerlichen Parteien eine Podiumsdiskussion mit 400 Teilnehmern durch. Burger (CDU) wurde gefragt, ob er die gegenwärtige zulässige Strahlenbelastung von 30 Millirem für erträglich halte. (Millirem ist die Maßeinheit für Strahlenbelastung). Er antwortete, daß sie erträglich sei, was in jeder Propagandabroschüre der Kernkraftwerkskapitalisten steht. Daraufhin wurde er gefragt, ob er wisse, was ein Millirem sei. Das fand der Kandidat provokativ und er drohte, den Saal zu verlassen. Trotz des Beifalls für diese Ankündigung ist er geblieben. Abraham (FDP) wurde gefragt, was mit einem Kernkraftwerk im Falle höherer Gewalt (Erdbeben o.ä.) passieren würde. Der Kandidat antwortete, daß der Fall höherer Gewalt nicht vorkommen dürfe und dagegen vorgehe. Die Leute im Saal haben sich gebogen vor Lachen. Das Gelächter wurde noch größer, als Abraham sich herauswinden wollte mit dem Hinweis, er habe das aus Amerika. So wurden die Kandidaten viereinhalb Stunden befragt und jede Antwort machte klarer, daß die Kaiserstühler Bevölkerung das Kernkraftwerk verhindern wird, und zwar gegen die bürgerlichen Politiker. Das Regierungspräsidium in Freiburg erklärte das Kernkraftwerk inzwischen für ungefährlich, weil für den Betrieb nur 48 Liter Wasser pro Sekunde gebraucht würden. In Wirklichkeit ist es so, daß das Kernkraftwerk nur zum Teil durch Rheinwasser gekühlt werden kann und insbesondere im Herbst, wo der Rhein wenig Wasser führt, nur 48 Liter pro Sekunde für den Betrieb notwendig sind, sondern bei einer Verlustenergie von 2600 Megawatt 1400 Liter pro Sekunde notwendig sind. Der Hauptanteil des Wassers würde dann dem Grundwasser entnommen. Das würde die Landwirtschaft am Kaiserstuhl ruinieren und durch die Erhöhung der Gefahr von Nebelbildung würde die Qualität der landwirtschaftlichen Produkte, insbesondere der Reben, sich verschlechtern. Bei Erhöhung der Feuchtigkeit der Luft würden zusätzlich die Kosten für Spritzmittel gegen Schädlingsbefall zunehmen, weil feuchte Luft ein Tummelplatz für Insekten und andere Schädlinge ist. Die Antworten der bürgerlichen Politiker machten deutlich, daß sie von den Interessen der Bevölkerung keine Ahnung haben und daß es sich um Lumpenexistenzen handelt, die die Interessen der Kernkraftwerkskapitalisten vertreten. Die Pläne des Landesregierung, das Kernkraftwerk zu bauen, müssen mit der erneuten Platzbesetzung verhindert werden. – (r., Emmendingen)

### Lutterloh

Am 18.9.1976 fand in Lutterloh durch die Initiativen gegen die Atommülldeponie und Wiederaufbereitungsanlage eine Versammlung von 3500 Gegnern der Atommülldeponie und der Wiederaufbereitungsanlage am geplanten Bohrloch statt. Der hochaktive Müll, der bis zu 100000 Jahren bewacht werden muß, soll in Salzstöcken gelagert werden, obwohl noch nicht einmal erforscht worden ist, wie sich der Atommüll in diesen Salzstöcken verhalten wird. Wie gefährlich die Wiederaufbereitungsanlage ist, zeigen die Planungen der Kapitalisten selber auf: „Bis 30 Kilometer im Umkreis rings um die Anlage eine maximale Bevölkerungsdichte von 60 Einwohnern/qkm, ferner dürfen in diesem Bereich nicht zuviele Betriebe betrieben werden." (VDI-Nachrichten, 27.2.) Die 3500 sangen: „Mori, Morei, Moruschkaka, dat Ding kommt nich her, dor sett wi uns tau Wehr!"

**Der Vertrauensleutekörper der Firma Teldix,** eines Metallbetriebs in Heidelberg, macht am 7.10. eine Diskussionsveranstaltung zum Thema § 218. Eine Vertreterin der IG Metall wird ein Referat halten.

Im Betrieb haben die Arbeiter und Angestellten schon oft über diesen Paragrafen gesprochen. „Die Neufassung ist ein großer Betrug!" Es wurden im letzten Jahr 50 Unterschriften unter die Forderungen „Weg mit dem § 218!", „Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts!", „Das Volk selber soll entscheiden!", „Volksentscheid gegen den § 218!" gesammelt. Das Stadtteilkomitee Wieblingen des Komitees gegen den § 218 hatte den Vertrauensleutekörper in einem offenen Brief zu der Veranstaltung aufgefordert, diese durchzuführen. Es gab ein heftiges Ringen um diese Veranstaltung im Vertrauensleutekörper. Die Reformisten, vertreten durch das Ortsverwaltungsmitglied Fischer, erklärten die Möglichkeiten des Kampfes für „ausgeschöpft". Fischer wollte die Zustimmung der SPD-Gewerkschaftsführung zum Strafgesetz 218 als verbindlich für den Vertrauensleutekörper festlegen, doch dazu ist der Widerstand gegen die Unterdrückung durch das Abtreibungsverbot zu groß im Betrieb.

**Freiburg.** Der Fernmeldehandwerkerin Ulrike Küstler wurde ein Strafbefehl über 1000 DM zugestellt, weil sie bei der Ankunft der Demonstration gegen den § 218 in Bonn am 21.9.75 „einem Amtsträger ... mit Gewalt Widerstand geleistet und mittels eines gefährlichen Werkzeuges körperlich mißhandelt zu haben. Gemeinsam mit anderen Demonstranten widersetzten sie sich der Sicherstellung (von Transparenten), indem sie den Beamten die Latten zu entreißen suchten. Dabei schlugen sie nach dem Zeugen (Polizist) und traten ihn mit dem beschuhten Fuß gegen die Beine." Gegen diesen Strafbefehl wurde Widerspruch eingelegt, wonach die Staatsanwaltschaft Bonn die Hauptverhandlung eröffnete und wegen der „Bedeutung und des Umfangs" der Sache den Fall vom Amtsgericht an das Schöffengericht übergeben hat. Das Schöffengericht Bonn hat 4 Verhandlungen am 5., 7., 12. und 14. Oktober festgelegt, um außerdem dem Schüler Peter Werner Schütz aus Frankfurt, den Studenten Gerd Traue aus Heidelberg, Lukas Milde aus Berlin, Herbert Johann Sczerba aus Köln und dem Starkstromelektriker Alfred Spöri aus Freiburg den Prozeß wegen Widerstandsleistung, Körperverletzung und Beleidigung bei der Demonstration gegen den § 218 in Bonn den Prozeß zu machen. Am Prozeßtag werden nicht die Gegner des § 218, sondern muß das Schandgesetz selber unter Anklage stehen.

zung und Beleidigung bei der Demonstration gegen den § 218 in Bonn den Prozeß zu machen. Am Prozeßtag werden nicht die Gegner des § 218, sondern muß das Schandgesetz selber unter Anklage stehen.

Kampf gegen Ausschluß von H. Rosenbaum aus dem Gemeinderat

Der Gemeinderat – Organ der Unterdrückung und Aus-

Am letzten Donnerstag haben die 39 bürgerlichen Gemeinderäte einstim-

tern, Zundel und Fraktionssprecher der bürgerlichen Parteien besprechen mit

gelehnt. Helga Rosenbaum wird für den Punkt ihres Ausschlusses für be-

## Kampf gegen Ausschluß von H. Rosenbaum aus dem Gemeinderat

**Der Gemeinderat – Organ der Unterdrückung und Ausplünderung des Volkes**

**19.6.75:** Der Gemeinderat beschließt unter Ausschluß von Stadträtin Rosenbaum: Die Müllgebühren sollen um 5 % steigen (einstimmig), Abwassergebühren von 0,96 auf 1,05 DM pro Kubikmeter (31 : 2 : 2). Die Peterstaler Grundschule wird aufgelöst und in die Steinbachschule verlegt. Dadurch entsteht für die Schulkinder ein Schulweg von 3 km (einstimmig).

**26.6.75:** Unter Ausschluß von Helga Rosenbaum beschließt der Stadtrat die Erhöhung der HSB-Tarife um 25 %. (23 : 5 : 10)

**18.9.75:** Der Gemeinderat beschließt eine neue Polizeiverordnung. Wer z.B. eine Parkbank „zweckentfremdet", d.h. also z.B. darauf liegt, oder wer auf städtischem Rasen Ball spielt, macht sich strafbar und wird von Zundels Polizei verfolgt. (32 : 9)

**1.10.75:** Nachtragshaushalt 1975 – steigende Steuerlasten und Gebühren für die Arbeiterklasse und das Volk – Erleichterungen und Vergünstigungen für die Kapitalisten (32 : 1). Bebauungsplan für Sanierungsgebiet I in der Altstadt (Fahrtgasse/Sofienstraße). Ein Komplex gut erhaltener Bauten soll abgerissen und durch moderne und luxuriöse Geschäfte und Appartements ersetzt werden (32 : 1).

**30.10.75:** Die Gebühren für Kurse in Jugendfreizeitstätten, Eintrittspreise für Film- und Tanzveranstaltungen in städtischen Jugendhäusern werden erhöht aus „pädagogischen Gründen" (32 : 1).

**18.12.75:** Der Gemeinderat beschließt den Haushalt 1976: Der Lohn- und Einkommenssteuerbetrag der Werktätigen wächst bis 1979 danach mehr als fünfmal so schnell wie die Summe, die die gewerblichen Kapitalisten aufzubringen haben. Strom, Gas, Wasser, Kindergärten, Altenheime, Sterbegeld – alles soll teurer werden. Eine Versammlung auf dem Rathausplatz beauftragt Helga Rosenbaum, diesen Haushalt abzulehnen. (39 : 1)

**29.1.76:** Der Gemeinderat beschließt „Probezeit" für die geplante Klinikmüllverbrennungsanlage im Neuenheimer Feld. Sie wird zu einer unerträglichen Verschlechterung der Luftverhältnisse in Neuenheim führen. Sie hatte frühzeitig interne Informationen und Pläne aus den geheimen Gemeinderatsausschüssen unter den Betroffenen in Neuenheim verbreitet. (23 : 12)

**16.9.76:** Helga Rosenbaum wird aus dem Gemeinderat ausgeschlossen (einstimmig), die Abwässergebühren werden auf 1,20 DM pro Kubikmeter ernöht (einstimmig).

**Am letzten Donnerstag haben die 39 bürgerlichen Gemeinderäte einstimmig den Ausschluß der kommunistischen Stadträtin Helga Rosenbaum aus dem Heidelberger Gemeinderat beschlossen. Auf der Straße demonstrierten 400 Menschen in strömendem Regen gegen diesen Ausschluß.**

Nach einer öffentlichen Versammlung in der Woche davor, die zur Demonstration am Donnerstag aufgerufen hat, wird in der ganzen Stadt und auch im Umland der Protest gegen den geplanten Ausschluß der kommunistischen Stadträtin laut, werden Plakate mit der Erklärung Helga Rosenbaums (siehe KVZ Nr. 36) und dem Aufruf zur Demonstration aufgehängt. Die Teilnehmer des KVZ-Leserkreises von Teroson geben eine Erklärung ab: „(...) Wir erklären, daß wir gegen diesen Ausschluß sind, ihn nicht hinnehmen, sondern den Protest dagegen in unserem Betrieb und da, wo wir wohnen, mit organisieren."

3 Krankenschwesterschülerinnen an der Universitätsklinik schreiben einen Leserbrief an die Zeitungen und fordern die Zurücknahme des Ausschlußverfahrens.

Arbeiter und Angestellte einer Abteilung am Max-Planck-Institut für Kernphysik haben über den Ausschluß diskutiert. Einer sagt: „Die hat sich ja auch so aufgeführt, heißt es in der Presse." „Das ist doch nicht der Grund! Weil sie immer gegen die Pläne der anderen gegen die Bevölkerung aufgetreten ist, darum soll sie raus", ein anderer. Sie beschließen, auf die nächste Gemeinderatssitzung zu gehen, weil sie dem Gerede der bürgerlichen Presse nicht mehr trauen.

Ab Montag werden in Betrieben, Stadtteilen, Schulen und an der Universität Unterschriften gesammelt. Das Vorhaben des bürgerlichen Stadtparlaments stößt auf breite Ablehnung: 900 Unterschriften wurden bis zum Wochenende gegen den Ausschluß gesammelt. Ein Ehepaar aus dem Stadtteil Boxberg sagt: „Wenn Zundel ihr (Helga Rosenbaum) vorwirft, sie habe sich nicht an die Geheimhaltungspflichten gehalten, so muß man doch sagen: Wenn sie ihr Maul gehalten hätte, hätte sie ihr Amt abgeben müssen, denn dann hätte sie ja gegen den Auftrag ihrer Wähler verstoßen. Wenn die Schweigepflicht der Bevölkerung schadet, muß man sie brechen."

Die Bourgeoisie versucht in dieser Zeit, den Widerstand, der sich bildet, zu zersetzen und einzuschüchtern, Zundel und Fraktionssprecher der bürgerlichen Parteien besprechen mit Ministerpräsident Filbinger, das Polizeiaufgebot in der Stadt zu verstärken.

Der Oberbürgermeister fordert erneut das Verbot des KBW. Am 17.9. wurde die Lehrerin H. Wintermantel aus dem Schuldienst suspendiert, weil sie die Kandidatur des KBW zu den Landtagswahlen und die Resolution gegen den Ausschluß Helga Rosenbaums unterschrieben hat. Die bürgerliche Presse hetzt täglich. Die Kundgebung am Tag der Gemeinderatssitzung, wo der Ausschluß „verhandelt" wird, läßt er auf dem Rathausplatz verbieten.

Im Gemeinderat fordert Helga Rosenbaum den Abbruch der Sitzung wegen festgestellter Manipulation der Öffentlichkeit: Es war bekannt geworden, daß in mindestens einem öffentlichen Amt die Beschäftigten aufgefordert wurden, sich in Listen zur Ausgabe von Platzkarten in der Gemeinderatssitzung einzutragen. Der Antrag wird abgelehnt. Helga Rosenbaum wird für den Punkt ihres Ausschlusses für befangen erklärt. Nach einer Erklärung, in der sie feststellt, daß die Entscheidung über ihren Ausschluß nicht im Gemeinderat fallen wird, dort ist die Sache bereits entschieden, sondern im Kampf der Heidelberger Bevölkerung auf der Straße, verläßt Helga Rosenbaum zusammen mit einem Teil der Öffentlichkeit die Sitzung, um an der Demonstration teilzunehmen.

Nach der Kundgebung sammeln sich Agitationstrupps, um in den Straßen der Altstadt und um das Rathaus den unterdessen vom Gemeinderat einstimmig beschlossenen Ausschluß Helga Rosenbaums bekanntzumachen. In den Straßen werden Reden gehalten, in Häusern und Wirtschaften in kurzer Zeit eine Anzahl von Unterschriften gesammelt. Angriffe der Polizei auf die Agitationstrupps werden erfolgreich zurückgeschlagen.

– (d., Heidelberg)



**Freiburg.** Zu 7 Monaten Gefängnis auf drei Jahre Bewährung wurde der Student U. Wolf verurteilt, weil er Steine auf Polizisten geworfen haben soll. Zweieinhalb Jahre hatten die Bewohner der Freiau gegen den Abriß ihrer Wohnungen gekämpft. Die Stadt hatte die Häuser mit den stadtnahen und billigen Wohnungen aufgekauft, die Arbeiterbevölkerung daraus vertrieben, für den Übergang Studenten reingelassen und mit Tausenden von Polizisten gegen den heftigen Widerstand der Bewohner die Häuser abreißen lassen. Nachdem beim Abriß bereits 66 Arbeiter und Angestellte der Firma Herder ihre Solidarität mit dem Kampf der Bewohner in einer Erklärung ausgedrückt hatten, wurde im Gerichtssaal die Erklärung verlesen: „(...) Wir, Kolleginnen und Kollegen der Firma Herder, meinen auch heute noch, daß der Widerstand gegen den Abriß der Freiau gerecht war; darum fordern wir: Sofortige Einstellung aller Freiau-Prozesse!" Am Samstag wurden an allen Wahlkampfständen der bürgerlichen Parteien Erklärungen gegen das Urteil verlesen. Insgesamt wurden bis zu 2000 Menschen in die Aktion einbezogen, die Polizei konnte gegen die Demonstration nichts ausrichten.

**München.** Das Komitee gegen den § 218 führte ein Gespräch mit der Frau eines Druckarbeiters. Sie war schon zweimal zur Abtreibung gezwungen worden. Der Arzt hatte jeweils gemeint, ein Kind kann sie schon durchbringen. Selbstmord „zieht erst dann, wenn die Pulsadern aufgeschnitten sind". Für die Fahrt in die Abtreibungsklinik nach Holland mußte die Familie einen Kredit aufnehmen. Mit Zuschlägen für Schicht- und Sonntagsarbeit verdient der Drucker 1500 bis 1800 DM. Miete: 322,–, Strom/Gas: 60,–, Heizöl jährlich 400,–, Essen, Waschmittel: 800,–, Kindergarten für ein Kind: 150,– DM. Ein Auto ist unerläßlich, weil der Mann Schichtarbeiter ist. Dieser Lohn erlaubt kein drittes Kind. Als die Frau erneut schwanger wurde, ergab die „Beratung" mit der Ärztin, daß keine legale Abtreibung möglich sei. Aus Verzweiflung wollte die Frau eine Sterilisation durchführen, die jedoch erst ab 35 Jahre möglich ist. Die Frau wurde wieder zur Abtreibung nach Holland gezwungen.

**Wohngeldkürzungen durch das neue Wohngeldgesetz** kündigte Wohnungsbauminister Ravens auf einer Pressekonferenz am 6. September unter dem Mantel der Gleichbehandlung von Arbeitern und Rentnern in Bonn an. Die Wohngeldreform soll am 1. Januar 1978 in Kraft treten. „Dabei geht es wohl vor allem darum, daß zur Zeit Rentner begünstigt sind. Ihnen ist nämlich ebenso wie den Arbeitnehmern gestattet, bei der Berechnung der für Wohngeld zulässigen Einkommensobergrenze von ihrem Einkommen 30 % abzuziehen." (Frankfurter Rundschau, 7. September) Diese „Ungerechtigkeit" will Ravens mit seinem neuen Gesetz beseitigen, mit der frechen Begründung, die Rentner würden keine Steuern zahlen.

In den vergangenen Jahren bestand die „Reform" der Sozialdemokraten darin, den Freibetrag von 15 % über 20 % (1971) auf 30 % (1974) anzuheben. Dieser Freibetrag soll jetzt für die Rentner als Fortführung der „Reform" gestrichen werden. Diese machen jedoch 1974 allein 67 % der Wohngeldempfänger aus. Das Programm der Reaktion liegt klar: „Steigende Wohnkosten sollten nicht voll durch das Wohngeld aufgefangen werden, sondern sich in steigenden, selbstzutragenden Kosten niederschlagen." (Wohngeld- und Mietbericht 1975) Im mittelfristigen Finanzplan vom 10. September 1975 hat die Bundesregierung folgende Entwicklung des Wohngeldes festgelegt: 1976 – 800 Millionen, 1977 – 755 Millionen, 1978 – 730 Millionen und 1979 – 690 Millionen DM. Wenn Ravens auf seiner Pressekonferenz von 300 Millionen DM Mehrkosten durch das neue Gesetz spricht, so hat er dabei die Mehrausgaben für die Amtmänner und Regierungsräte im Auge, die die wachsende Unterdrükkung durch die neuen Regelungen durchsetzen müssen.

*Auseinandersetzung um AStA-Politik*

# Programm der Klassenversöhnung verworfen

**Göttingen. Die Konferenz der Fachschaftsräte an der Universität Göttingen hat am Mittwoch, dem 15.9. entschieden, daß das Programm der Versöhnung mit dem bürgerlichen Staat nicht mehr geduldet wird. Dieses Programm propagieren die Studenten der SPD, des Kommunistischen Bundes (Nord) und der FDP, die bisher in Göttingen zusammen den AStA an der Universität gestellt haben.**

Wie berichtet in KVZ Nr. 36 und 37, haben die SPD-Studenten im AStA ihren Rücktritt angekündigt, um das Scheitern ihrer Politik zu vertuschen. Gleichzeitig versuchen sie mit diesem Rücktritt, ein Manöver in Gang zu setzen, um ihr sozialdemokratisches Programm gegenüber der Studentenbewegung zu retten. Dafür benutzen sie die Studenten vom Kommunistischen Bund (Nord). Die treten dafür ein, daß die bisherigen Sozialdemokraten im AStA gegen andere ausgewechselt werden, um die Verkommenheit des Programms zu verbergen und die Politik des Ausgleichs mit der Reaktion auf dieser Grundlage fortzusetzen.

Diese Politik, die von den Revolutionären entschieden bekämpft wird, haben die Sozialdemokraten und ihr Tanzbär, der Kommunistische Bund (Nord), so formuliert: „Es gilt (für die Studentenmassen, der Verfasser) an den im Grundgesetz postulierten demokratischen Rechten anzuknüpfen." (AStA-Programm)

Folgender Antrag wurde auf der Konferenz der Fachschaftsräte in der letzten Woche bei Anwesenheit von 14 der 18 Fachschaftsräte verabschiedet:

„Das alte AStA-Programm wird abgelehnt, weil
– es die Studenten auf das Grundgesetz festlegt
– es die Linie der Jungsozialisten enthält und kein Kampfprogramm ist
– es den Jusos zu große Möglichkeiten läßt und zu vage ist
– wir eine klare Entscheidung brauchen, auf welcher Basis der nächste AStA arbeitet."

Der Antrag wurde gestellt vom Vertreter des Fachschaftsrats Philosophie. Er erhielt 7 Ja-Stimmen und 3 Gegenstimmen. 4 Fachschaftsräte enthielten sich der Stimme.

Der Antrag konnte sich stützen auf die Erfahrungen der Fachschaftsräte und der Studentenbewegung in ihrem Kampf gegen die Ausplünderung und Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat. So haben zum Beispiel die Psychologie-Studenten über 40 Tage einen Streik gegen Prüfungsverschärfungen geführt. Ebenso sind die PH-Studenten in den Streik gegen Verschärfung der Unterdrückung durch die Prüfungen getreten, und an den Unikliniken haben sich die größtenteils studentischen Sitzwachen gegen Lohnkürzung und Auspressung von Mehrarbeit zum Streik entschlossen. Diese Erfahrungen waren in vier schriftlichen Anträgen auf vorhergehenden Konferenzen festgehalten und debattiert worden. Die Sozialdemokraten versuchen den Gegensatz der Interessen der Studentenmassen zum bürgerlichen Staatsapparat zu verwischen und die Klärung der Aufgaben der Studentenbewegung zu verhindern.

Obwohl die Jusos ganz und gar gegen den Antrag waren, hielten sie sich zurück, was gegenwärtig auch für sie ratsam war. Sie ließen die Opportunisten vom KB-Nord vor: Die traten gegen eine Befassung des Antrags des Fachschaftsrates Philosophie an. Dazu hatten sie folgende Begründungen:

1. „Das AStA-Programm ist nicht diskutiert." Das war blöde und wurde abgelehnt, denn die Erfahrungen mit der versöhnlerischen Politik dieses AStA im Kampf gegen die Reaktion sind bekannt, und sie sind schmerzlich.
2. „Der Antrag des Fachschaftsrats Philosophie ist nicht genauer begründet worden." Er wurde genauer begründet: Entweder die Studentenbewegung schließt sich im Kampf um ihre Interessen gegen den bürgerlichen Staat zusammen oder verkauft ihre Interessen an die Reaktion auf das Konto Grundgesetz.
3. „Der neue AStA muß positive Elemente aus dem alten Programm übernehmen. Selbstverständlich muß der politische Bezug zum Grundgesetz erhalten sein." Das war die letzte Begründung. Sie zeigt, worum es den KB-Nord-Studenten geht: eine Plattform zu finden, um sich mit dem Professorenpack zu verbrüdern, sich mit den Regierungsbeamten zu arrangieren und sich auf eine Beamtenkarriere vorzubereiten. Den Kampf der Studentenmassen gegen die Reaktion empfinden sie dabei als Störung, die bürgerliche Verfassung und die Freundschaft zu den Sozialdemokraten indessen als Garanten, um sich am Rockzipfel der herrschenden Klasse einzurichten.

Das AStA-Programm wurde abgelehnt, ebenso fand sich keiner bereit, ein Wort der Verteidigung für die Rechenschaftsberichte der beiden AStA-Fraktionen zu verlieren. Allerdings enthielt sich bei der letzten Abstimmung darüber die große Mehrheit der Fachschaftsräte. Die Ablehnung des Programms der Versöhnung durch die Mehrheit der Fachschaftsräte ist ein Schritt voran im Kampf für den Zusammenschluß der Studentenbewegung gegen die Reaktion und einen AStA, der diesen Zusammenschluß bedingungslos und konsequent unterstützt. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Neuwahlen erzwungen werden gegen die bürgerlichen Politiker, die gegenwärtig den AStA in der Hand haben und ihn auch weiterhin für ihre Versöhnungspolitik gegenüber der herrschenden Klasse zu mißbrauchen trachten. – (a.s., KSB Göttingen)

**Göttingen. Weiterer Angriff auf die Verfaßte Studentenschaft.** Vor einiger Zeit hat das Hildesheimer Verwaltungsgericht auf Klage eines Göttinger CDU-Studenten erklärt, daß es keine Rechtsgrundlage gäbe für die Erhebung der Beiträge der Studenten für die Arbeit des AStA. Die Satzung der Studentenschaft erachten diese Reaktionäre sowieso für einen Dreck, auf dem sie glauben herumtrampeln zu können, wie sie wollen. Kultusministerium und Rektorat wollen sich die Gelegenheit zu weiterem Angriff auf die Verfaßte Studentenschaft nicht entgehen lassen: Der Rektor hat Berufung eingelegt, „weil ihn das Wissenschaftsministerium darum gebeten habe. Das Ministerium wolle dadurch Zeit gewinnen, um einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, der die beanstandete Gesetzeslücke stopfen solle". (Göttinger Stadtanzeiger) Die Sozialdemokraten im AStA wußten nichts anderes zu sagen als „Koordinierung des Problems" mit den anderen niedersächsischen ASten. Die Fachschaftsrätekonferenz hat jetzt beschlossen: Geklärt werden muß, ob der Rektor die Gelder der Verfaßten Studentenschaft verweigert. Wir fordern von ihm die Zusicherung der Gelder für die Vertretungsorgane. Eine Erklärung der Fachschaftsräte und die Erklärung des Rektors werden diese Woche veröffentlicht. Ist bis zum 18.10.1976 nicht klar entschieden und die Auszahlung der Beiträge der Studenten gesichert, wird die Studentenbewegung durch Aktionen wie ein Go-in ins Rektorat dafür sorgen, daß sich die Reaktionäre bei diesem Angriff gehörig die Finger verbrennen.

**Göttingen. Sechs Wochen lang haben die Psychologiestudenten gegen die Einführung einer neuen Diplomprüfungsordnung gestreikt.**
Das Professorenpack versucht jetzt einen Gegenschlag und will wegen des Streiks keine Studienbescheinigungen für die BAFöG-Vergabe ausstellen. Elf Studenten sollen bisher für das nächste Semester kein BAFöG erhalten. Die Auseinandersetzung am Psychologischen Seminar ist eine Kampfaufgabe für die gesamte Studentenbewegung. Der Fachschaftsrat Historiker hat dazu erklärt: „Im nächsten Semester soll die Zwischenprüfung Alte Geschichte nicht mehr so stattfinden wie bisher. Die Professoren werden unseren Kampf durch den BAFöG-Entzug spalten wollen. Ein Schlag wäre es auch für unseren Kampf, würden die Psychologiestudenten ihr Geld nicht bekommen." Dies ist auch die Meinung der meisten Fachschaftsräte. 20 Psychologiestudenten haben letzte Woche das Professorenpack aufgesucht und klargestellt: Die Studenten nehmen die Erpressung nicht hin. Entweder werden die Bescheinigungen sofort herausgegeben, oder [illegible] für die Professoren Ertel, Bredenkamp und Duhm, wenn das nächste Semester [illegible]. Diese Woche ist Vollversammlung am Psychologischen Seminar, auf der die Revolutionäre vorschlagen, daß die Vorlesungen dieser Professoren von den Studenten besetzt werden, bis das Formblatt 9, das für den BAFöG-Antrag nötig ist, von ihnen unterschrieben ist.

**Erhebung des Studentenwerks zu den materiellen Studienbedingungen enthüllt Pläne der Reaktion.** Mit einer repräsentativen Umfrage hat sich das Deutsche Studentenwerk (DSW) an die Studenten aller westdeutschen Hochschulen gewandt. Jeder hundertste Student soll befragt werden. Auftraggeber ist neben dem DSW das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Die Fragen verraten das Interesse und die reaktionären Absichten der Regierung. Nachdem man säuberlich hat vermerken sollen, was man für Kleider, Fahrtkosten, Ernährung, Theater, Tabak, Beiträge für Parteien usw. ausgegeben hat, wird frech gefragt: „Wenn ich meine monatlichen Ausgaben einschränken würde, würde ich es in folgender Reihenfolge ( . . . ) tun." Das beabsichtigte Ergebnis kann man sich leicht vorstellen.

Weiter will das Ministerium herauskriegen, in welchem Umfang die Studienkosten noch weiter auf die lohnabhängigen Eltern der Masse der Studenten abgewälzt werden können: es sollen alle Einkünfte und Quellen angegeben werden für den Lebensunterhalt. Die Taktik der Regierung, um den Kampf der Studenten gegen die Verschärfung ihrer materiellen Abhängigkeit zu spalten und zu unterdrücken, kommt gegen Ende der Befragung vollständig ans Licht: „Wie hoch müßten ( . . . ) Ihre monatlichen Ausgaben sein, damit Sie ohne Schwierigkeiten auskommen könnten? ( . . . ) Würden Sie, um diese Summe zu erreichen, zusätzlich zinsgünstige Darlehen aufnehmen, die erst nach dem Examen zurückgezahlt werden müssen?" Es ist klar, wohin die Sache gehen soll: Die bisherige „individuelle Förderung" soll Zug um Zug weiter ausgebaut werden in eine „individuelle Schuldknechtschaft" der Studentenmassen gegenüber der Regierung. Vom VDS-Vorstand, der in den Beschlußorganen des DSW vertreten ist, hat man dazu bisher nichts gehört. Stattdessen hielten es die Reformisten und Revisionisten in diesem Vorstand für richtig, ein schmieriges Ablenkungsmanöver zu inszenieren: sie gerieten in große Erregung über die „Streichung der Sozialhilfe für bedürftige Studenten" und leiteten dagegen mit großem Trommelrühren eine Verfassungsbeschwerde ein.

**Mannheim. Arbeitsvermittlung der Studenten.** Der AStA der Fachhochschule für Technik (FHT) hat sich auf dem Mannheimer Arbeitsamt Auskunft über die Arbeitsvermittlung der Studenten verschafft. Nach den Angaben des Arbeitsamtes hat die Zahl der von Januar bis August 1976 vermittelten Studenten gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr um 7,3 Prozent zugenommen und beträgt jetzt 1450. Das ist die Zahl für die vom Arbeitsamt erfaßten Studenten, also keineswegs alle Studenten, die arbeiten müssen, um sich über Wasser zu halten. „Es ist egal, was für eine Arbeit es ist. Ich nehme
egal, was für eine Arbeit es ist. Ich nehme
alles, Hauptsache, ich kann überhaupt etwas Geld verdienen", wird auf dem Arbeitsamt die meist geäußerte Meinung der Studenten zitiert. Über den Gebrauch der Studenten als Lohndrücker und die Hoffnung, Streikbrecher unter ihnen zu finden, reiben sich die Kapitalisten die Hände. Das wird ihnen bald vergehen.

**Tübingen. Landes-ASten-Konferenz Baden-Württemberg einberufen.** Für Dienstag, den 28. September, ist nach Tübingen die Landes-ASten-Konferenz einberufen. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Aktionen gegen den Ersatzgelderlaß, das Vorgehen gegen die Ankündigung der Landesregierung, die Verfaßte Studentenschaft aus dem Hochschulgesetz zu streichen und die Festlegung von Arbeitsschwerpunkten im Wintersemester.

**Marburg. Kampf um das politische Mandat spitzt sich zu.** Während die Bourgeoisie über ein Verfahren des Verwaltungsgerichts in Kassel versucht, einen erneuten Vorstoß zur Unterdrückung des politischen Mandats an der Marburger Universität einzuleiten, suchen Revisionisten und Reformisten fieberhaft nach einem Ausgleich mit der Bourgeoisie auf Kosten der Rechte der Studenten. Von der hessischen Landes-ASten-Konferenz ließen sie eine Aufforderung beschließen, daß jetzt ein „neuer" AStA gebildet werden solle, in dem neben den bisherigen Gruppen MSB Spartakus/SHB auch die Jusos und der LHV vertreten sein sollen. Diese „AStA-Neubildung" wurde ausgegeben als „schlauer Trick" gegenüber der Reaktion: Einen neuen AStA könne das Gericht nicht belangen für seinen Vorgänger. Schon dies ist finster. Es ist aber nicht die ganze Wahrheit, sondern nur ein Zipfel davon, der die Absichten ahnen läßt: Die SPD/FDP/DKP-Koalition im AStA soll gebildet werden, um die Kapitulation vor der Bourgeoisie und die Unterwerfung unter ihr Gerichtsurteil abzusichern gegenüber der Studentenbewegung an der Marburger Universität. „Hochschulpolitische Aufhänger" sollen gesucht werden, um „das politische Mandat zu gebrauchen", verkündete ein Juso in der vergangenen Woche. Und ein Vertreter der DKP-Studenten bekräftigte: „Das macht der AStA schon seit zwei Jahren, sonst hätte er schon 50000 DM anstatt 20000 DM Geldstrafen bekommen." Zusammen versuchen Reformisten und Revisionisten, die Studentenbewegung zu entwaffnen, untereinander liegen sie sich in den Haaren über die Führung des AStA. Die „AStA-Neubildung" platzte Anfang der Woche, nachdem die Jusos „paritätische Außenvertretung" gefordert hatten. Mit solchen bürgerlichen Karrieristen in den Vertretungsorganen kann man sich gegenüber der Reaktion nicht behaupten. Weder im Marburger AStA noch in den VDS kann man sie dulden.

*Verringerung der Fächer im zentralen NC-Verfahren*

# Erleichterung für den Kapitalistennachwuchs

**Der Verwaltungsausschuß der Dortmunder Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen, in dem die Länderregierungen und die Bundesregierung vertreten sind, hat am Freitag vergangener Woche folgende Beschlüsse zur Änderung der Zulassungsordnung für das Hochschulstudium gefaßt: Für 13 der bisher 41 Studiengänge mit bundesweitem Numerus Clausus wird das zentrale Numerus-Clausus-Verfahren ab Sommersemester 1977 aufgehoben. In weiteren 8 Studienfächern soll von der Zentralstelle für die Vergabe der Studienplätze ebenfalls kein Studienbewerber mehr abgelehnt werden, sondern sollen die Studienanfänger lediglich verteilt werden auf die verschiedenen Hochschulen. Für drei Fächer schließlich will der Verwaltungsausschuß am 7.Oktober entscheiden, ob sie wie die ersten 13 Fächer ganz aus dem zentralen Vergabeverfahren herausgenommen oder im Ortsverteilungsverfahren der Vergabestelle behalten werden.**

Für 24 der 41 Fächer ist damit die zentrale Beschränkung des Zugangs zum Studium aufgehoben. Bereits jetzt ist klar, daß von den einzelnen Hochschulen für diese Fächer der Numerus Clausus Schritt für Schritt wieder eingeführt wird. Es handelt sich also um eine Maßnahme, dem Bourgeois-Nachwuchs im Falle schlechter Noten den Hochschulzugang durch Professorenkorruption zu sichern. Mehr ist nicht dran. Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses der herrschenden Klasse, Bundeskanzler Schmidt, hatte eigens im Juni die „Öffnung der Hochschulen" und die „Erleichterung des Zugangs" für einen zentralen Punkt im Wahlprogramm der Sozialdemokraten erklärt. Die CDU/CSU hat darauf reagiert mit der Feststellung, daß der Antrag, auf dessen Grundlage jetzt diese Beschlüsse des Verwaltungsausschusses gefaßt wurden, bereits im März des Jahres gestellt worden ist, und zwar von dem jetzigen bayerischen Kultusminister und im Falle des CDU-Wahlsiegs künftigen Bundesbildungsminister Maier.

Diese Einigkeit der bürgerlichen Parteien über die Zulassungsordnung zu den Hochschulen hat manchem notorischen Klassenversöhnler und Juso in die Suppe gespuckt bei dem Versuch, über das Auftreten der SPD gegen den Numerus Clausus das Vertrauen in die SPD wieder herzustellen und die Risse zwischen den Studentenmassen und dem bürgerlichen Staatsapparat zu kitten. Die Jusos sind darüber jetzt sprachlos.

Schon die Begründung dieser Politik durch den sozialdemokratischen Minister Rohde ist gegenüber den Lohnabhängigen eine Ausgeburt der Heuchelei und der Scheinheiligkeit:

„Die Politik der Öffnung der Hochschulen zielt auf einen Abbau der Zulassungsbewirtschaftung . . . Die gegenwärtige Auswahl der Studienbewerber nach Zehntelnoten und unverantwortlich langen Wartezeiten sowie kleinliche und reglementierende Verfahren bei der Ermittlung von Ausbildungskapazitäten sind keine Antwort auf die Fragen der Bildungspolitik."

Die tägliche und millionefache Unterdrückung, die das Prüfungs- und Notensystem der herrschenden Klasse für die Jugend der arbeitenden Klassen bedeutet, stört die Sozialdemokraten vom Schlage Schmidt und Rohde und ihresgleichen in den Länderregierungen nicht – sie wird von ihnen betrieben. Was sie stört, ist die Tatsache, daß bei der „gegenwärtigen Auswahl" der Nachwuchs der Kapitalisten in Mitleidenschaft gezogen ist. Für den Nachwuchs der Lohnabhängigen, der die Berechtigung zum Studium erworben hat, bedeuten „Zehntelnoten und unverantwortlich lange Wartezeiten", daß er entweder ein anderes Fach studiert oder seine Hoffnungen auf den Hochschulabschluß gleich begräbt. Für den Nachwuchs der Kapitalisten dagegen bedeuten „Zehntelnoten und unverantwortlich lange Wartezeiten" Unsicherheit, ob ihr Nachwuchs durch das entsprechende Studium befähigt wird zur Übernahme der Ausbeutergeschäfte und zum Antritt der Erbschaft.

Daß es diese Besorgnis der Kapitalisten über die Ausbildung ihres Nachwuchses ist, was die bürgerlichen Politiker treibt, beweisen folgende Angaben der Regierung:

„Die 41 Studiengänge, die bisher im zentralen Numerus-Clausus-Verfahren waren, umfassen 45 %, also fast die Hälfte des Angebots an Ausbildungsplätzen für Studienanfänger. Für die Ermittlung einer groben Zahl über die Größe des Nachwuchses, den die herrschende Klasse jährlich in die Ausbildung an den Hochschulen eintreten lassen muß, nehmen wir als Anhaltspunkt die Verteilung der Nettoeinkommen. In der Statistik des Bundesamtes wird als höchste Einkommensgruppe im Jahre 1974 geführt die Anzahl der Erwerbstätigen mit einem Nettoeinkommen von über 2200 DM monatlich. Die Anzahl der „Selbständigen, Beamten und Angestellten", deren ‚Einkommen' diesen Betrag im Jahre 1974 überschritten hat, betrug danach 6 % aller Erwerbstätigen. Wir rechnen, daß die Kapitalisten samt ihrem Anhang an Fabrikdirektoren, Geschäftsführern und höheren Aufsichtsbeamten im Staatsapparat zwei Drittel bis die Hälfte davon ausmachen. Dies nehmen wir als Quote für die Schätzung des Anteils ihres Nachwuchses an den 860000 Jugendlichen im Alter von 18 bis 19 Jahren im Jahre 1974. Um diesem Nachwuchs der Kapitalisten samt ihres Anhangs die Ausbildung an der Hochschule zu sichern, müssen also ungefähr 30000 Studienplätze im ersten Semester verfügbar sein. Das ist jeder vierte Studienplatz, an dem in diesem Jahre 1974 ein Student seine Ausbildung im ersten Semester begonnen hat.

Diese Schätzung ist sicher grob. Sie genügt jedoch für einen Eindruck darüber, in welchem Umfang „die gegenwärtige Auswahl" der Studienbewerber unerträglich geworden ist für die Kapitalisten und die Ausbildung ihres Nachwuchses.

Darin besteht der Grund für die Reduzierung der Fächer im zentralen Numerus-Clausus-Verfahren. Für den Nachwuchs der Kapitalisten und ihres Anhangs wird damit tatsächlich der Zugang zu den Hochschulen „erleichtert" und werden die Hochschulen „geöffnet". Während diese Politik den Nachwuchs der Kapitalistenklasse fördert, bedeutet sie die Ankündigung schärferer Unterdrückung für die Studentenmassen:

„Die Bundesregierung hat wiederholt mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß durch Bauen allein die Probleme nicht bewältigt werden können . . . Für die Verwirklichung der notwendigen Strukturmaßnahmen sind in erster Linie die Länder zuständig. Sie müssen die überregionalen Studienreformkommissionen einsetzen sowie die im Hochschulrahmengesetz und in den Rahmenplänen vorgesehenen Maßnahmen zur Steigerung der Aufnahmekapazität vorantreiben."

„Die im Hochschulrahmengesetz vorgesehenen Maßnahmen", das sind die Verschärfung der Prüfungen, die dem Nachwuchs der Kapitalisten bescheinigen sollen, daß er es versteht, die Ziele seiner Klasse zu verfolgen, und die gegenüber den Studenten aus den besitzlosen Klassen ein Zwangsmittel sind, um sie zur Vertretung der Interessen der Kapitalisten zu zwingen oder zum Verlassen der Hochschulen; das ist das Ordnungsrecht, mit dem die bürgerliche Staatsmacht den unumschränkten Einsatz ihres Gewaltapparates gegen die Studentenmassen rechtliche Form gibt; und das sind schließlich Maßnahmen wie die Ersetzung des Numerus-Clausus-Verfahrens in den gegenwärtig noch durch die Zentralstelle reglementierten Fächern durch ein „besonderes Auswahlverfahren" in Gestalt von Tests, Prüfungsarbeiten usw., mit dem die herrschende Klasse sicherstellen will, daß ihr Nachwuchs an der Hochschule ausgebildet wird, um ihr Erbe anzutreten, und daß aus den besitfzlosen Klassen diejenigen ausgewählt werden, von denen sie am ehesten Unterwerfung unter das Interesse der Kapitalisten erwartet.

Die Bourgeoisie greift zu diesen Änderungen der Zulassungsordnung und Verschärfungen der Unterdrückung der Studentenmassen, während sich gleichzeitig die materielle Abhängigkeit der Studenten aus den besitzlosen Klassen infolge der vorne und hinten unzureichenden Studienförderung täglich verschärft. Es ist vollständig klar, wen diese Studienbedingungen fördern und wen diese Studienbedingungen unterdrücken. Nur ein einfältiger Bourgeoisbeamter kann da dem frommen Wunsch nachhängen, die Studentenmassen möchten aufgrund der Beschlüsse der Regierungsvertreter im Verwaltungsausschuß der Zentralstelle in der Verfechtung ihrer Interessen durch Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat nachlassen. – (h.j.)

*Soldaten berichten aus dem Manöver „Großer Bär"*

# Der „schnelle, weiträumige Angriff"

Der „Große Bär" war das größte Manöver in Norddeutschland seit 10 Jahren. Der Oberbefehl über die 62 300 Soldaten lag bei der Bundeswehrgeneralität. Außer etwa 50 000 Bundeswehrsoldaten nahmen die 3. US-Brigade, die 41. niederländische Panzerbrigade und die 7. britische Brigade an dem Manöver teil. Wie schon bei der „Großen Rochade" im letzten Jahr haben beide Seiten, „Rot" und „Blau", Übungsziele der Bundeswehr und der NATO verfolgt:

„. . . das alles wurde geübt. Und zwar auf beiden Seiten, auf denen nach den Grundsätzen der NATO und der Bundeswehr geführt wurde. Der Gedanke, die Partei rot nach den taktischen Grundsätzen der Warschauer-Pakt-Staaten angreifen zu lassen, kam gar nicht erst auf, denn das hätte in der Übung bestenfalls nur einen Gewinn für die blaue Partei, den Verteidiger, bedeutet." (Weser Kurier, 11. September)

Bezeichnend ist, daß die neuen Musterbrigaden des Heeres, die die „Verteidigungsbereitschaft" der BRD erhöhen sollen, an der Seite des roten Angreifers teilgenommen haben, dessen Angriff vom Dortmund-Ems-Kanal südlich des Teutoburger Waldes durch einen schnellen, tiefen Vorstoß in die nördliche Flanke von Blau über Ems, Weser und Aller erfolgte und erst mit Mühe in der Lüneburger Heide verlangsamt werden konnte.

Auch sonst spricht vieles dafür, daß der roten Seite der wichtigere Übungsauftrag zukam. Die Heimatschutztruppe (Heimatschutzkommando 15) wurde vor allem auf der roten Seite eingesetzt. Rot hatte zwei Divisionen in einem Gefechtsstreifen, in dem Blau nur über eine Division verfügte. Von den beiden nicht voneinander zu trennenden Übungszielen, „schneller, weiträumiger Angriff über Wasserlinien und ebenes Gelände hinweg" und „weiträumige Verteidigung", mißt der westdeutsche Imperialismus also dem schnellen, weiträumigen Angriff die größere Bedeutung zu. Daß das eine handfeste politische Drohung gegenüber aller Welt ist, hat Minister Leber selbst gesagt. Der Inhalt dieser Drohung ist unmißverständlich, weil mit Blitzangriff gedroht wird.

Erprobt wurde auch planmäßig die ideologische Kriegführung. PSV-Einheiten (Psychologische Verteidigung) und die gesamte bürgerliche Presse waren dabei die Hauptakteure. Es begann mit einem Großeinsatz des in letzter Zeit an Wirkung verlierenden Geschützes der Militärseelsorge: Vor Manöverbeginn wurden allein 35 große Feldgottesdienste • zelebriert. Der Kommandeur der 7. Panzergrenadierdivision, General Dr. von Senger und Etterlin, und ein britischer Brigadier lasen dabei aus der Bibel.

Das war der Auftakt für ein ideologisches Trommelfeuer aus allen Rohren, das zwei Ziele verfolgte: erstens die übende Truppe unter Gefechtsbedingungen systematisch zu beeinflussen und zweitens die Bevölkerung insbesondere im Übungsraum angesichts dieses imperialistischen Großmanövers, der enormen Manöverschäden und mindestens 13 Toten zu täuschen und ruhig zu halten. Für die Soldaten gab es die Feldzeitung „Bärenkurier", eine Mischung aus z.T. übelsten Durchhalteappellen („Volles Rohr heißt die Devise"), Aufmunterung (Manövergirl) und Manöverwitzen als psychologische Aufrüstung. Gedruckt wurde das vom PSV Btl 2 (Bataillon für Psychologische Verteidigung). PSV-Kompanien waren auch mit Lautsprecherwagen und Flugblättern im Einsatz gegenüber der Zivilbevölkerung im Manövergebiet. Erfolge haben sie dabei nicht erzielen können, denn die Truppen wurden keineswegs, wie in der bürgerlichen Presse behauptet, von den kleinen Bauern mit offenen Armen empfangen, wie nachstehende Korrespondenz zeigt. Der ebenfalls in der bürgerlichen Presse hervorgehobene „Einsatzwille" der Soldaten bleibt leere Behauptung der Offiziere. Das drücken die Korrespondenzen ebenso aus.

Im „Bärenkurier" hatte dieses Bild die Unterschrift „PSV verteilt seine Flugblätter". (PSV-Einheiten sind Propagandaeinheiten, die unter der Bezeichnung laufen: Psychologische Verteidigung)

### „Panzer und Offiziere machen aus unseren Äckern einen Schweinestall"

Im Raum Osnabrück haben die Bauern bereits Erfahrung mit übenden Bundeswehrtruppen. Nachdem die 3. Batterie des Panzerartilleriebataillons 315 mit ihren schweren Haubitzen nachmittags in einem Feld Stellung bezogen hatte, fanden die Soldaten am nächsten Morgen ein Schild vor ihren Panzern mit der Aufschrift: „Panzer und Offiziere machen aus unseren Äckern einen Schweinestall!" Man sieht, daß die Bauern durchaus unterscheiden zwischen den einfachen Soldaten und den Offizieren, die für die Zerstörung der Felder verantwortlich sind. Keineswegs begrüßen die Landwirte die Bundeswehr mit offenen Armen, wie es die Feldpostille „Bärenkurier" gerne glauben machen wollte. In einem Gespräch fragt mich ein Bauer, wie es denn heute mit den Bestrafungen in der „Wehrmacht" aussehe, mit denen er damals sehr schlechte Erfahrungen gemacht habe. Ich erzählte ihm einige Beispiele, worauf er laut schimpfte und meinte, die Herren Offiziere würden sich wohl noch immer so sicher in ihrem Sattel fühlen wie vor 30 Jahren.

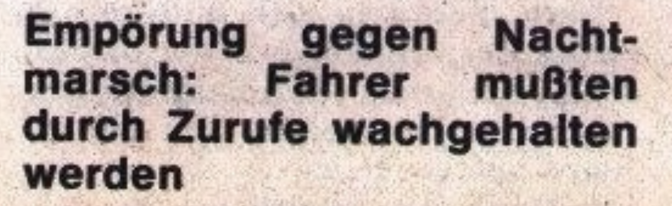
### Tiefer Widerwille der Reserveübenden

Im Gegensatz zu allen offiziellen Verlautbarungen über den Einsatzwillen der Reserveübenden zeigten in unserer Einheit, der 3. Batterie des Panzerartilleriebataillons 325, die Reservisten ihren tiefen Widerwillen und ihre Ablehnung gegen die Bundeswehr und ihr Manöver „Großer Bär".

Während der Übung war ein großer Teil dieser Kameraden als Wache eingesetzt. Die Empörung über diese stupide Beschäftigung fand in reichlichem Alkoholgenuß ihren Ausdruck, trotz absoluten Alkoholverbots. Einige der Reservisten sollten wegen übermäßigen Alkoholgenusses im Dienst nach Beendigung der Übung Disziplinarmaßnahmen erhalten.

In dieser Situation erinnerten sich die Kameraden jedoch daran, daß es während der Übung vorgekommen war, daß der stellvertretende Batterieoffizier so betrunken gewesen war, daß er sich neben seinem Panzer vom überschüssigen Alkohol entledigen mußte, und daß sie den Batterieoffizier zusammen mit Feldwebel- und Unteroffiziersdienstgraden beim Frühschoppen im Dorfkrug überrascht hatten.

Angesichts dieser Widersprüche wagte man es dann doch nicht mehr, Diszis zu verteilen.



### Empörung gegen Nachtmarsch: Fahrer mußten durch Zurufe wachgehalten werden

Im Tagesbefehl des Generalmajors Evert vom Freitag, dem 17. September, hieß es, daß das Manöver ein großer Erfolg gewesen sei, in dem alle Soldaten großen Einsatzwillen und höchste Leistungen gezeigt hätten. Wörtlich: „Jeder, der an der Übung teilgenommen hat, kann mit Stolz darauf zurückblicken." Wie weit der Einsatzwille der Soldaten tatsächlich geht, läßt sich an folgendem verdeutlichen:

Während der Übung führte unsere Einheit (3. PzArtBtl 325) einen über fünf Stunden dauernden Nachtmarsch durch ohne Pause. Die Fahrer mußten zum Teil durch ständige Zurufe wachgehalten werden.

Nach diesem Marsch sagte der Vertrauensmann zum Batterieoffizier, daß das eine unverantwortliche Überforderung gewesen sei. Batteriechef Hauptmann Schanz hatte hiervon Nachricht erhalten und beeilte sich in einer Belehrung vor der gesamten Batterie, den Marsch als einen Ausbildungsauftrag zu bezeichnen. Er verlangte, daß jeder bereit sein müßte, eine Leistung bis an den Rand seiner Kräfte zu erbringen.

Hatte man sonst nur müdes Lächeln für solche Worte übrig, so war dieses Mal die Empörung groß, denn was Hauptmann Schanz verlangte, war nichts anderes, als für die Zwecke der Übung „Großer Bär" sein eigenes und fremdes Leben aufs Spiel zu setzen. (x., SRK Bremen)



VOLLES ROHR heißt die Devise bei Rot und Blau gleichermaßen. Bär(belchen) warnt: „Wehe dem, der in die Schußlinie gerät!" (aus „Bärenkurier")

*Veranstaltung der „Gesellschaft für Wehrkunde"*

# Die Lage im südlichen Afrika – Ausrichtung des Offizierskorps

**Die westdeutsche Bourgeoisie richtet derzeit in Zusammenarbeit mit Agenten des südafrikanischen Kolonialregimes ihre militärische Führung aus und bereitet sie direkt vor auf ein militärisches Eingreifen des Imperialismus im südlichen Afrika gegen den Befreiungskampf des Volkes von Azania.**

**Bremen.** Am Dienstag, den 14.9.76, fand im Bremer Kreiswehrersatzamt in der Falkenstraße eine Versammlung der „Gesellschaft für Wehrkunde" (Sektion Bremen) statt. Eingeladen war Dr. Albert Verbeet, Leiter der Deutsch-Südafrikanischen Gesellschaft (Bonn- Bad Godesberg) zu dem Thema: „Südafrika – gestern – heute – morgen." Zur Erläuterung stand noch im Mitteilungsblatt der Bremer Reservisten, dem „Fadenkreuz": „Afrika und Südafrika, ein Kontinent, jedoch zwei grundverschiedene Welten. Ein hochaktuelles Thema vor brisantem Hintergrund." Eingeladen waren auch alle Reservisten der Landesgruppe Bremen sowie deren Freunde und Bekannte.

Gekommen war auch ein Mitglied des Bremer Soldaten- und Reservistenkomitees. Man konnte sich schon einiges erwarten von dieser illustren Gesellschaft von Militaristen und Bourgeois.

Aufgescheucht durch die wuchtigen Kämpfe der Völker des südlichen Afrika gegen Kolonialismus, Rassismus und Imperialismus fanden sich ca. 100 Reaktionäre zusammen, um die Lage zu beraten. Meist ältere auch aus der Bremer Umgebung.

Es begann mit einer Einleitung durch die Gesellschaft für Wehrkunde, die sich bedankte für das Erscheinen und bei den anwesenden Offizieren, daß das Bremer Standortkommando, wie schon so oft, die 400 Einladungen gedruckt und verschickt hatte. Die Offiziere, zwei Oberstleutnante der Luftwaffe und ein Major des Heeres, die natürlich in Uniform gekommen waren, fühlten sich geschmeichelt.

Die Aufgabe der „Gesellschaft für Wehrkunde" sei es, den „Wehrgedanken zu stärken", und unter der Zustimmung der Anwesenden wurde vertraulich hinzugefügt: „Wenn man sich nicht wehrt, dann ist der Besitz nicht mehr sicher." Dann kam der Dr. Verbeet. Er stellte sich vor als Kenner der Sachlage, denn er sei immerhin schon öfter unten gewesen. Schon 1 Million km hätte er bei seinen Vorträgen in 25 Jahren zurückgelegt. Er mache es nicht wegen des Geldes, das brauche er nicht, er hätte sich anderweitig abgesichert, er besitze einige Betriebe. Damit war Dr. Verbeet aufgenommen in der Gesellschaft als einer von ihnen. Immerhin saßen hier Leute herum, die schon unter Hitler 18 000 Mark Einkommenssteuer zu bezahlen hatten und damit herumprahlten.

Dann legte Verbeet los. Er brachte die Legende von der weißen Besiedelung Südafrikas als einem öden, wilden Land vor 300 Jahren und begründetete Kolonialismus und Rassismus gegen die schwarze Bevölkerung.

In Südafrika leben 4 Millionen Weiße von 5 Millionen in ganz Afrika. Sie kamen in ein unzivilisiertes Land und erreichten, daß sich die in Kämpfen selbst zerfleischenden Stämme beruhigten, indem sie von den Weißen beherrscht worden sind. Dies komme allen zugute. Der Lebensstandard der „Schwarzen" sei heute in Südafrika der höchste für die „Schwarzen" in ganz Afrika.

Doch die „Schwarzen" seien so dumm, sie könnten damit gar nichts anfangen, sie träumten ja auch den ganzen Tag in den blauen Himmel hinein und müßten zur Arbeit angehalten werden. Dies sei die Aufgabe der Weißen. Zwar gäbe es eine Rassentrennung, die hier und da angekreidet würde, doch die „schwarze" Bevolkerung kümmere sich sowieso nicht um Politik, sie seien im Grunde alle sehr zufrieden. Man könne es vergleichen mit einem Zebra mit schwarzen und weißen Streifen, aber doch als ein Ganzes, was sich gegenseitig ergänzen würde.

Er zeigte dann zwei Filme, in denen Propaganda gemacht wurde für die „Bantustan-Politik" des Vorster-Regimes. Das ist die Politik des „Spalte und Herrsche" zur Aufrechterhaltung der weißen Siedlerherrschaft und der Herrschaft des Imperialismus über das Volk von Azania und das südliche Afrika. Diese Politik der „getrennten Entwicklung" und der „Bantustans" – wie sie von dem Kolonialregime bezeichnet wird – bezweckt seit jeher, die afrikanischen Massen von ihrem Land zu vertreiben, sie zu unterdrücken und auszubeuten. Mit der Gründung der Bantustans wurde und wird bezweckt, Keile in das Volk von Azania zu treiben, die nationale Einheit des Volkes von Azania zu beseitigen.

Nach den Filmen fragte ich, ob nicht darüber diskutiert würde.

Völlig überrascht sahen mich alle an, was sollte da noch unklar sein? Hatte doch der Film vom Aufstieg einiger Schwarzer als Agenten des Vorster-Regimes zu millionenschweren Kaufleuten und Staatsvertretern berichtet. Verbeet meinte in einem Schlußwort, Südafrika brauche Zeit, um die Homeland-Politik zu entwickeln. Die Zeit sei aber knapp. Kissinger hin, Kissinger her.

Die rote Walze der Weltrevolution kriecht beharrlich in Afrika von Nord nach Süd. Sogar Farmen werden niedergebrannt, ein Aufschrei des Entsetzens im Versammlungsraum, über 60 Terroranschläge in allerletzter Zeit. Wenn die USA nicht aufwachen würden und hier einen Riegel vorschieben, dann „Gute Nacht Freiheit".

Er kam richtig in Rage, der Bonner Betriebsbesitzer, die Zuschauer wachten auf, so schlimm hätten sie es sich nicht vorgestellt, und auch die anwesenden Offiziere klatschten Beifall.

Verbeet sagte, das christliche Abendland, die BRD und ganz Europa werden in Südafrika verteidigt. Man solle doch an die vielen wertvollen Rohstoffe denken, die man bisher da unten rausgeholt habe, soll man das den Russen überlassen? Diese Offenheit begrüßten alle.

Was konnte man machen? Hier war nicht viel zu machen. Trotzdem wollte ich ihre Freude stören.

Ich fragte Verbeet, was er denn über den gerade begonnenen Generalstreik in Johannisburg hält, von der Reaktion des Polizeiregimes Vorsters, über 900 „Schwarze" einzusperren. Ob er selber glauben würde, die Schwarzen würden sich über ihre Unterdrückung und Ausplünderung durch fremde Mächte freuen? Das Gegenteil sei der Fall, sie erheben sich und das ist richtig und gerecht.

Man war verwirrt, schrie durcheinander, schnitt mir das Wort ab, und ein Reservist sprang schnell in die Lücke und zitierte einen Brief vom 30.8.76 aus Südafrika, von seinem Schwager, einem Offizier der Luftwaffe und wohlhabenden Kaufmann, der schreibe ihm genau das, was Herr Verbeet eben sagte, sein Schwager wüßte nicht mehr, wie es noch weitergehen soll in Südafrika, es müsse etwas geschehen.

Diese Versammlung, die dann sofort beendet wurde, diente zur Ausrichtung. Sie diente zur Vorbereitung der militärischen Intervention in Südafrika, dann, wenn das Vorster-Regime sich nicht mehr halten kann. (d., Soldaten- u. Reservistenkomitee Bremen)

## *Soldaten einer Stabskompanie kämpfen um die Einheit*

**Köln.** Zur Vorbereitung der Vertrauensmannwahlen in der Stabskompanie Luftwaffenführungsdienstkommando haben Soldaten Unterschriften gesammelt für eine Wahlplattform. Darin wird unter anderem gefordert, daß der Vertrauensmann das Recht bekommt, Aushänge zu machen, daß regelmäßige Mannschaftsversammlungen durchgeführt werden können, daß Dienstausgleich gewährt wird für alle Zusatzdienste, daß das Revier- und Stubenreinigen während der Dienstzeit durchgeführt wird und das morgendliche Antreten entfällt.

Eine Stabskompanie ist ein Gebilde, in der die Mannschaften und Unteroffiziere, die in militärischen Behörden und Stäben Büroarbeit machen, militärisch zusammengefaßt sind. Die Wehrpflichtigen in einer Stabskompanie haben es ein ganzes Stück besser als ihre Kollegen in den Kampfeinheiten. Regelmäßiger Dienst, meist gleitende Arbeitszeit, kaum oder gar keine Übungen usw.

Dennoch drängt auch dort die Situation die Soldaten zum Zusammenschluß und zum Kampf gegen Schikane und Entrechtung.

In der Stabskompanie Luftwaffenführungsdienstkommando haben die meisten Soldaten gleitende Arbeitszeit, d.h. sie können zwischen 7 Uhr und 8.30 Uhr ihren Dienst beginnen. Diese eigentlich angenehme Regelung wird von der Kompanie unterlaufen, indem sie um 6 Uhr die Soldaten wekken und sie um 6.30 Uhr zur Feststellung der Vollzähligkeit antreten läßt. So kommt es, daß die Soldaten in der Regel um 7 Uhr ihren Dienst beginnen. Da mit Pausen neun Stunden gearbeitet wird, könnten sie eigentlich schon um 16 Uhr ihren Dienst beenden. Das ist aber oft nicht möglich auf Grund der Zusatzdienste (Telefondienst, Papierdienst). So häufen sich dann die Überstunden, die nicht ausgeglichen werden können, weil dieses „Abgleiten" nur außerhalb der Kernarbeitszeit von 8.30 bis 16 Uhr erlaubt ist. Der andere Punkt ist, daß das wöchentliche Revierreinigen außerhalb der Dienstzeit liegt und die Soldaten deshalb von 6 Uhr bis abends um 19.30 Uhr Dienst haben.

Die Vertrauensmannwahlen haben inzwischen stattgefunden. Gewählt wurde ein Flieger, der unter den Mannschaften bekannt ist als jemand, der sich nicht alles gefallen läßt und den Mund aufreißt, – (r., Soldaten- und Reservistenkomitee Köln)

**Türkei: Politische Streikbewegung gegen das Demirel-Regime.** Seit Juli 1976 befinden sich Hunderttausende Arbeiter in der Türkei im Streik. Diese Streiks richten sich gegen die am 12.3.1972 durch das faschistische Militärregime eingerichteten Sondergerichte. Diese Sondergerichte waren zeitlich begrenzt bis zum 14. Oktober 1976. Die Demirel-Regierung will sie über diesen Zeitpunkt hinaus verlängern. Diese Sondergerichte sind bei den Volksmassen verhaßt. Seit der Einsetzung im Jahre 1972 wurden über zwei Millionen vor die Sondergerichte gezerrt. 230000 türkische Patrioten wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, davon 30 zu lebenslänglichen Haftstrafen, 3 Todesurteile wurden vollstreckt, etwa 20 sollen in der nächsten Zeit noch vollstreckt werden. 30 Patrioten wurden in den Gefängnissen ohne Urteil festgehalten und zu Tode gefoltert. Die Bewegung gegen das Fortbestehen der Sondergerichte ist breit. Alle Großbetriebe werden seit Juli bestreikt. In Istanbul streiken 95000, in Ankara 70000, in Izmir 40000 Arbeiter. Viele Angestellte beteiligen sich an dem Streik. Die Hochschulen werden im neuen Semester fast vollständig bestreikt. Protestaktionen weiten sich bis aufs Land aus. In großen Demonstrationen, die in den Städten immer wieder organisiert werden, wird gefordert: „Weg mit der Demirel-Regierung!" – (x., Darmstadt)

**Streik auf Grönland.** Seit Donnerstag, dem 16. September, streiken sämtliche Piloten auf Grönland. Durch den Streik werden alle Transportverbindungen auf Grönland lahmgelegt, denn das Flugzeug ist das wichtigste Transportmittel.

**Italienische Eisenbahner streikten.** Freitagabend, 17. September, begannen die italienischen Eisenbahner auf den wichtigsten Nord-Süd-Strecken einen vierundzwanzigstündigen Streik. Die Eisenbahner verliehen mit der Aktion der Forderung Nachdruck, daß solche Beschäftigte der Eisenbahn, die aus dem Süden stammen und deren Familien dort wohnen, zurückversetzt werden in ihre Heimat. Durch die Aktion sei der Zugverkehr vollständig lahmgelegt worden, am Brenner-Paß sei es zu „chaotischen Szenen" gekommen. (Süddeutsche Zeitung, 20. September)

**Streik in Süditalien.** In der süditalienischen Provinz Cosenza fand am 10. September ein vierundzwanzigstündiger Generalstreik statt als Protestaktion gegen Entlassungen in Textilfabriken der Region und Betriebsschließungen. Die Arbeitslosigkeit in Italien lag im Februar 1976 bei 7,1 Prozent, in Süditalien noch beträchtlich höher. (Neue Zürcher Zeitung, 8. September 1976, Außenhandelsnachrichten, Beilage Italien)

nachrichten, Beilage Italien)

**Am 15. September hat der Internationale Währungsfonds (IWF) die dritte Goldauktion seit Anfang Juni durchgeführt.** Bei der ersten Versteigerung wurde das Gold für 126 Dollar je Unze abgegeben, dann für 122 Dollar. Diesmal gab der Fonds das Gold für einen untersten Preis von 108,76 Dollar ab. Zu diesem Preis hatte der größte, namentlich nicht genannte Bieter ein Kaufgebot über 11,7 Millionen Dollar (rund 30 Millionen DM) gemacht. Insgesamt 14 Bieter haben den Goldschatz für 54 Millionen Dollar an sich gebracht, allesamt die größten Banken der USA, Großbritanniens, der Schweiz sowie die Dresdner Bank und die Deutsche Bank. Systematisch haben die Finanzbougeois der Imperialisten den Goldpreis seit Jahresanfang von 145 Dollar auf 102 Dollar gedrückt, um billig an das Gold zu kommen. Gierig rangeln sie darum, aber es soll billig sein. Für die letzte Auktion lagen Gebote für fast die vierfache der zum Verkauf stehenden Menge vor. Mit dem sinkenden Goldpreis wird auch das Gold entwertet, das die Entwicklungsländer als Sicherheit bei Krediten verpfänden müssen. Jetzt müssen sie noch mehr verpfänden, und den Imperialisten eröffnen sich verstärkte Methoden der Erpressung. „Ein Goldpreis unter 100 Dollar würde die Bundesbank nicht beunruhigen", erklärte Bundesbankpräsident Klasen nach der letzten Sitzung des Zentralbankrates am 9. September und kündigte damit an, daß die Imperialisten den Preis noch weiter drücken wollen.



# USA: 170 000 Ford-Arbeiter im Streik

**Seit dem 14. September streiken rund 170000 der 700000 Automobilarbeiter in den USA. Der Streik erstreckt sich auf die Betriebe des Ford-Konzerns.**

Er wird von den Ford-Arbeitern in 22 Bundesstaaten der USA getragen. Mit dem Streik, zu dem die Automobilarbeitergewerkschaft UAW aufgerufen hat, kämpfen die Ford-Arbeiter um höhere Löhne und gegen Entlassungen. Sie fordern Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Weiter wollen sie durchsetzen, daß die Mittel für den Fonds gegen Arbeitslosigkeit und die Betriebsrenten erhöht werden.

Hinsichtlich der Verkürzung der Arbeitszeit hat der Konzern ein Angebot vorgelegt. Er bietet 5 Tage mehr Urlaub an. Dabei verlangen die Ford-Kapitalisten, daß Fehlzeiten an Montagen oder Freitagen auf den Urlaub und zwar doppelt angerechnet werden. Die Arbeiter und die UAW lehnen das ab. Die UAW fordert 12 Tage mehr Urlaub.

Der neue Tarifvertrag, um den es geht, wird auf 3 Jahre abgeschlossen. Er wird auf die beiden anderen Konzerne der amerikanischen Automobilindustrie, Chrysler und General Motors, angewendet. Zur Durchsetzung neuer Tarifverträge verfolgt die Gewerkschaft eine Schwerpunkttaktik. Noch nie wurde die Kraft aller Auto-Arbeiter entwickelt. Vor 3 Jahren haben die Chrysler-Arbeiter allein den neuen Vertrag erkämpfen müssen. Sie streikten 9 Tage. Davor im Jahre 1970 waren es die Arbeiter von General Motors, die 66 Tage streiken mußten, um einen neuen Vertrag durchzusetzen. Ebenfalls 66 Tage dauerte der Streik der Ford-Arbeiter im Jahr 1967.

Nach Berichten der bürgerlichen Presse „sei nicht mit einer Wiederaufnahme der Arbeit vor Anfang Oktober zu rechnen. Ford soll zur Zeit 490000 Autos auf Lager haben, davon etwa 150000 1977-er Modelle, die bei normalem Absatzrythmus für zwei Wochen reichen dürften". (Neue Zürcher Zeitung, 17. September)



Streikende Fordarbeiter

Wie jedem anderen kapitalistischen Blutsauger auch, geht es Ford um den Höchstprofit. Im ersten Halbjahr 1976 preßten die Ford-Kapitalisten 770 Millionen Dollar (1925 Millionen DM) aus ihren Arbeitern heraus. Bis Ende 1976 wollen sie über 1 Milliarde Dollar Profit sehen (entspricht 2,5 Milliarden DM). So haben sie einen Großangriff auf die Existenz der Ford-Arbeiter gestartet. Ford bot 3 % für den dreijährigen Vertrag an, mit dem Kommentar: Lohnerhöhungen müssen an die Produktivität gebunden sein.

Dagegen stellte die Automobilarbeitergewerkschaft fest, daß die Produktivität ungeheuer gestiegen sei. 100000 Arbeiter seien entlassen worden. Die Intensität der Arbeit habe sich für die restlichen Arbeiter ganz enorm verschärft.

## Lehrerstreik

Am 8. September, dem ersten Schultag des neuen Schuljahres in den USA, traten Tausende von Lehrern in den Streik. Buffalo im Staat New York, Parmo im Staat Ohio, Manchester im Staat New Hampshire und weitere 24 Schulbezirke im Staat Pennsylvenia waren Zentren des Streiks. Die Lehrer forderten eine Erhöhung ihrer Löhne.

## Schulbusfahrer streiken

Am ersten Schultag in San Franzisko sind die Fahrer der Schulbusse in den Streik getreten. 160 der 190 Fahrer hatten am Abend zuvor für Streik gestimmt. Sie leiteten diesen Kampfschritt jetzt ein, weil die seit über 2 Monaten geführten Verhandlungen mit der „Associated Charted Bus Company" ergebnislos gelieben waren. Erst am 29. August hatte die Firma ihr erstes Angebot vorgelegt: 5,26 Dollar (13,10 DM) für die Stunde. Das war für die Fahrer eine Provokation. Sie bekommen zur Zeit in der Stunde 5 Dollar. Auf das Jahr umgerechnet bringt das aber nur einen Monatslohn von 1250 DM. Da ihre Arbeit vom Schuljahr abhängig ist, können sie nur an 160 Tagen im Jahr arbeiten. Ihre Forderung ist deshalb: Erhöhung der Stundenlöhne auf 7,46 Dollar. Die bürgerliche Presse versucht, die Eltern der Kinder gegen die Busfahrer aufzuhetzen. Die Busfahrer propagieren in der Stadt ihren Streik und ihre Kampfziele. – (h., zur Zeit San Francisco, USA)

*Sozialimperialistische Ausplünderung der Mongolei*

# „Gemeinsame Erschließung" und Monopolisierung der Beute

Die sozialimperialistische Supermacht verstärkt seit langem ihre Ausplünderung der Naturreichtümer der Mongolei. Zur Monopolisierung der Buntmetallvorkommen hat sie eine „Mongolisch-Sowjetische Aktiengesellschaft für Buntmetalle" gegründet. Der Direktor dieser Gesellschaft, die ein imperialistischer Konzern ist so wie die imperialistischen Konzerne der Supermacht USA und der anderen imperialistischen Mächte, ist der „Bevollmächtigte" des sowjetischen Ministeriums für Buntmetallindustrie. Er wurde zugleich Mitglied des mongolischen Ministeriums für Brennstoff- und Energieindustrie und für Geologie. Darüber berichtete die „Peking Rundschau" in ihrer Ausgabe Nr. 31 im vergangenen Jahr.

Diese Aktiengesellschaft hat in der mongolischen Provinz Kentei die Kontrolle und Verwaltung des Berkhi-Flußspatbergwerks übernommen. Bereits Anfang der sechziger Jahre war in einem Abkommen mit der Mongolei festgelegt worden, daß innerhalb von zehn Jahren der in der Mongolei geförderte Flußspat ausschließlich in die Sowjetunion exportiert werden muß. Ein auf dieser Grundlage geschlossenes sowjetisch-mongolisches Handelsabkommen sichert der Sowjetunion jedes Jahr eine Lieferung von mindestens 100 000 Tonnen. Der Flußspatertrag der Mongolei im Jahr 1973 betrug zum Beispiel 96 300 Tonnen. Das bedeutete, daß der gesamte Ertrag von der Sowjetunion an sich gerissen wurde. Der Anteil des mongolischen Flußspats an dem Gesamtimport dieses Buntmetalls in die Sowjetunion beträgt rund 50 Prozent. Die Sozialimperialisten wollen den mongolischen Anteil an ihrem Flußspat-Import weiter steigern. In ihren Zeitungen heißt es: Die sogenannte Mongolisch-Sowjetische Aktiengesellschaft für Buntmetalle „sehe sich in künftigen Jahren vor die Aufgabe gestellt, die jährliche Flußspatförderung auf 200 000 bis 300 000 Tonnen zu erhöhen". Die Sowjetunion forderte von der Mongolei die Lieferung von 800 000 Tonnen Flußspat in den Jahren von 1973 bis 1978.

Zur Gründung solcher sogenannter Gemeinschaftsunternehmen wie die Aktiengesellschaft für Buntmetalle haben die Sozialimperialisten die Mongolei nach ihrem Beitritt zum RGW im Jahre 1962 gezwungen. (Peking Rundschau Nr. 12/1975) Im Namen der „gemeinsamen Erschließung" forderte damals die Sowjetunion einige andere RGW-Mitgliedsstaaten auf, sich an der geologischen Erschließung der Mongolei zu beteiligen. Der Kreml ließ sogar in Ulan Bator, der Hauptstadt der Mongolei, das Hauptquartier der ständigen Geologischen Kommission des RGW einrichten. Sobald abbauwürdige Mineralien gefunden wurden, drängte die Sowjetunion die anderen zur Seite und beutet die Vorkommen allein aus. Zum Beispiel werden die Kupfer- und Molybdänvorkommen in Erdenedin in der Provinz Bulgan und das Goldvorkommen in Tolgoit, in der Provinz Selenge, die in den sechziger Jahren von Geologen der Tschechoslowakei und der DDR entdeckt wurden, heute von der Sowjetunion monopolisiert. Als das Kupfer- und Molybdän-Bergwerk von Erdenedin-Obo den Betrieb aufnahm, erhielt es den Namen „Sowjetisch-Mongolisches Gemeinschaftsunternehmen". Der eingesetzte Verwaltungsdirektor kommt genau wie bei der „Aktiengesellschaft für Buntmetalle" aus Moskau.

Die Kapitalinvestitionen und Kredite für den Bergbau in der Mongolei hat die Sowjetunion beständig verstärkt. Im laufenden Planjahrfünft ist festgelegt, die Ausgaben für geologische Aufschließungsarbeiten in der Mongolei um 70 bis 80 Prozent zu erhöhen. Im Volkswirtschaftsplan der Mongolei für das Jahr 1974 lag die Planziffer für geologische Erkundungen um 36 Prozent höher als zuvor und der Ausstoß an Mineralprodukten stieg um 30 Prozent, während die wichtigsten übrigen Produktionsziffern niedriger lagen als im Jahr zuvor.

Um diese verstärkte Ausplünderung der Naturreichtümer der Mongolei zu verdecken, betreibt die Sowjetunion seit Beginn dieses Jahres die Einrichtung einer sogenannten internationalen geologischen Erkundungsgruppe zur Untersuchung der Mineralvorkommen in der Mongolei unter Teilnahme der RGW-Länder. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS erklärte am 27. Mai, die im „Komplexprogramm für die wirtschaftliche Integration" des RGW der Mongolei gestellte „Hauptaufgabe" sei es, „die Möglichkeiten für die Erschließung von Mineralvorkommen wie Kokskohle, Kupfer, Wolfram, Molybdän und Zink zu untersuchen". „Die für die Tätigkeit dieser Gruppe notwendigen Kosten werden von den teilnehmenden Ländern zu gleichen Teilen und ohne Rückerstattung getragen." Man hat gesehen, wozu die Sowjetunion diese Unternehmungen unter dem Aushängeschild der „gemeinsamen Erschließung" laufen läßt. Sie läßt sich Forschung und Ausrüstung und Arbeitskräfte von den Teilnehmerländern finanzieren und sichert sich den Löwenanteil.

Derzeit haben 13 sowjetische Ministerien und Organisationen ihre „Repräsentanten" in verschiedenen mongolischen Ministerien und Organisationen. In Verträgen und Abkommen hat die Mongolei den sowjetischen Sozialimperialisten das alleinige Ankaufsrecht zu Preisen, die weit unter Weltmarktniveau liegen, zusichern müssen. Die Mongolei mußte u.a. vollständig darauf verzichten, eine eigene Energiewirtschaft zu entwickeln. Sie muß ihren gesamten Energiebedarf und die entsprechende Ausrüstung aus der Sowjetunion beziehen. Ohne Energielieferungen können die mongolischen Industriebetriebe nicht arbeiten, und ohne entsprechende Ersatzteillieferungen ebenfalls nicht.

Bei 40 000 Produkten ist die Mongolei inzwischen vollständig abhängig von der Sowjetunion. Die sowjetischen Sozialimperialisten hätten die Mongolei in ein koloniales Anhängsel der sowjetischen kapitalistischen Wirtschaft umgewandelt, stellt die albanische Nachrichtenagentur ATA fest. Das ist das Ziel dieser Art von „Wirtschaftsintegration". Die Souveränität und die Interessen anderer Länder mit Füßen treten, das meinen die Sowjetrevisionisten damit. (Informationen aus: Peking Rundschau Nr. 12 und 31/1975 und Albanische Nachrichtenagentur ATA vom 16. August 1976) (g.j.)

# Dänemark: Lohnstopp durchbrochen

Nach 13 Wochen Streik haben die 1250 Porzellanarbeiter ihren Streik beendet (vgl. KVZ Nr. 36). Bei der Abstimmung über das Verhandlungsergebnis mit den Porzellankapitalisten haben 684 Arbeiter für Annahme, 295 für Fortsetzung des Streiks und 37 mit Enthaltung gestimmt. Das Ergebnis bringt eine Erhöhung der Stundenlöhne für die Masse der Facharbeiterinnen auf 30,50 Kronen. Der alte Stundenlohn lag zwischen 18 und 26 Kronen. Ebenso wurde der Lehrlingslohn erhöht. Ferner stellt der Vertrag frei, ob man in Zukunft Akkord oder als Zeitlöhner arbeiten will. Die Betriebsratsvorsitzende erklärte unter anderem, der Kampf sei lang und zäh gewesen. Er sei teuer gekommen, besonders durch die Geldstrafe, die die Klassenjustiz gegen die streikende Belegschaft verhängt habe. „Aber dieser Streik hat auch gezeigt: Wenn wir wollen, sind wir stark." Die Betriebsratsvorsitzende hob besonders die Unterstützung durch andere Betriebe hervor. Sie stellte fest: „Der Kampf hat uns zusammengeschweißt!" Durch den Streik hat der einzelne Arbeiter einen Lohnausfall erlitten von 15000 bis 20000 Kronen. Streikunterstützung hat die Gewerkschaft der Porzellanarbeiter nicht geleistet. So mußten die Arbeiterinnen und Arbeiter ihren Lebensunterhalt während des Streiks mit Spenden und Geldern bestreiten, die sie für bemalte Teller und andere von ihnen auf Veranstaltungen hergestellte Gegenstände erhielten. Die Gewerkschaft der Porzellanarbeiter hatte den Streik nicht unterstützt. Sie hat es mit der sozialdemokratischen Regierung gehalten und die Interessen der Arbeiter den Interessen der Kapitalisten untergeordnet. Die Regierung hatte Ende März nach den Tarifverhandlungen einen Lohnstopp für die folgenden zwei Jahre verhängt. Der Streik der Porzellanarbeiter ist ein Erfolg gegen diese Lohnstopp-Politik. (d)

*Generalstreik im Baskenland – Bauerndemonstration in Valencia*

# Spanien: Die Arbeiterklasse und die Bauern kämpfen gegen das faschistische Regime

**Am Dienstag, dem 19. September, demonstrierten in der spanischen Hauptstadt Madrid 50 000 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten für Senkung der Brot- und Lebensmittelpreise und gegen die Erschießungen durch die Guardia Civil. Während einer Kundgebung gedachte die Demonstration der Toten im Baskenland. Von großen Teilen der Demonstration wurden Transparente mitgeführt und Parolen gerufen, in denen sie die Forderung nach Herstellung der spanischen Republik erhoben. Die Demonstration in Madrid, die von den Nachbarschaftskomitees durchgeführt wurde und erlaubt war, bildete eine Unterstützung für den Generalstreik im Baskenland, zu dem ein breites Aktionsbündnis von Fabrikkomitees, gewerkschaftlichen und oppositionellen Organisationen im Baskenland aufgerufen hatte.**

Die Aktion richtete sich gegen den Polizeiterror des faschistischen spanischen Regimes. Die Guardia Civil hatte bei einem Einsatz in Fuenterrabia, einer Vorstadt von San Sebastian, einen zweiundzwanzigjährigen Basken erschossen. Der Generalstreik wurde in allen vier baskischen Provinzen breit befolgt. In der Provinz Guipuzcoa, deren Hauptstadt San Sebastian ist, beteiligten sich über 200 000 Arbeiter und Angestellte und damit die „gesamte Arbeitskraft" dieser Provinz. (Neue Zürcher Zeitung, 16. September) In der Provinz Vizcaya mit Bilbao als Hauptstadt, streikten mehr als Hunderttausend. Zentren des Streiks waren hier die Werften und Metallbetriebe der Vorstädte Sestao und Basauri. Dort führten die Arbeiter machtvolle Demonstrationen an mehreren Tagen durch. Gegen den Einsatz der Polizei setzten sie sich zur Wehr und schützten sich dagegen durch Barrikaden. Verluste von mindestens 115 Millionen DM habe der Streik den Kapitalisten gebracht, beklagte sich der Unternehmerverband. (Süddeutsche Zeitung, 18./19. September) Während des Streiks sind im ganzen Baskenland die Zeitungen nicht erschienen, und die kleinen Ladenbesitzer hielten aus Solidarität ihre Geschäfte geschlossen. In Irun nahmen mehrere Tausend Arbeiter und andere Werktätige an einer Stadtratssitzung teil. Sie zwangen den Rat zu einer einstimmig beschlossenen Protesterklärung gegen das Vorgehen der Polizei. Außerdem forderte der Rat von der spanischen Regierung, endlich die baskische Fahne zuzulassen. Insgesamt haben inzwischen 200 Bürgermeister im Baskenland ihren Rücktritt erklärt, und 23 Kommunalparlamente haben so wie der Stadtrat von Irun Protesterklärungen gegen die Regierung beschlossen. Im folgenden ein Bericht über die Kämpfe der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten in Fuenterrabia, wo der zweiundzwanzigjährige Baske erschossen wurde.

habe der Streik den Kapitalisten ge- de.

## 30 000 Bauern demonstrieren in Valencia

Am 10. September fand in Valencia eine Demonstration der Bauern (kleine und mittlere Bauern, es gibt in dieser Gegend keine Großgrundbesitzer, d.V.) statt. Die UTECO (Unión Territorial de Cooperativas del campo –Territoriale Union der Landkooperativen), deren Aufgabe es ist, die Preise der Landprodukte zu regulieren, hatte dazu aufgerufen. Die Uteco, in der größere Bauern, die in Verbindung zu den Banken stehen, das Sagen haben, wurde durch den Druck des anderen Teils ihrer Mitglieder, der kleineren Bauern, zu dieser Demonstration gezwungen.

Die Bauern hatten eine Plattform mit folgenden Forderungen zusammengestellt:

– Der Staat soll zusichern, daß die ganze Ernte verkauft wird und daß alle Ausgaben bezahlt werden können und der Bauer ein Minimum an Verdienst hat. In anderen Worten, der Staat soll sich verpflichten, die Ernte zu kaufen, wenn keine anderen Abnehmer zu finden sind. Diese Garantie soll für *alle* Güter der Landwirtschaft gegeben werden und nicht nur für einige, wie bis jetzt.
– Versicherungen, die Schäden, verursacht durch Hagel, Frost und Krankheiten (der Pflanzen), bezahlen.
– Gewerkschaft der Bauern.
– Direkte Kontrolle über den Verkauf.
– Regulierung der Ölimporte durch die Regierung. Schluß mit der Spekulation der Großgrundbesitzer. Diese Forderung wurde in Andalusien, Jaen, aufgestellt.
– Eintritt in die EWG.
– Export in die Ostblockländer.
– Autonomiestatut des Landes Valencia.

Dem Demonstrationszug war, wie üblich bei legalen Demonstrationen, ein Weg von 500 Metern vorgeschrieben, und dazu noch in einer ziemlich unbewohnten Gegend. Nach der Kundgebung beschlossen die Bauern, zur Plaza del Caudillo (Zentrum) zu marschieren, obwohl das „illegal" war, damit die übrigen Teile der Bevölkerung ihre Forderungen noch kennenlernen können. Die Guardia Civil ging mit Tränengas und Gummischüssen gegen die Demonstranten vor. Die Bauern aber griffen sich die nächstbesten Stühle der Bourgeois-Cafés der Plaza und gingen damit auf die Polizisten los.

Während in anderen Regionen Spaniens die Forderung nach Agrarreform schon fest verankert ist, steht die Bewegung in Valencia am Anfang (Valencia: kleiner , privater Grundbesitz, Andalucia: Heer von Landarbeitern ohne Besitz). Allerdings verstehen es die Großgrundbesitzer, z.B. bei der Demonstration in Jaen, in diese Bewegung Verwirrung hineinzutragen, indem sie versuchen, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen. Da auch sie an höheren Preisen für die Agrarprodukte interessiert sind, haben sie in mehreren Fällen diese Demonstrationen der Bauern in erster Reihe angeführt. So gelang es ihnen, die Forderungen in bestimmten Teilen des Landes in Grenzen zu halten und Verwirrung zu stiften. Das gleiche versuchen die Revisionisten von der PCE mit ihrer Forderung nach Exporten in die UdSSR. Spanien soll damit zum Getreidelieferanten der sozialimperialistischen Sowjetunion werden, die ihre Landwirtschaft ruiniert hat.

Es ist die Aufgabe der Kommunisten, eine regelmäßige politische Arbeit unter den Bauern in Angriff zu nehmen. Diese Aufgabe wird in letzter Zeit verstärkt von der ORT (Organisación Revolutionaria des trabajadores – Revolutionäre Arbeiterorganisation) ausgegangen, die in den Dörfern der einzelnen Provinzen Diskussionsrunden und Vorträge über die Entwicklung der Landwirtschaft seit den zwanziger Jahren und die aktuelle Situation der Bauern abhält. – (m., Valencia)

## Der Kampf der Volksmassen in Fuenterrabia

Mittwoch Nacht starb der zweiundzwanzigjährige Jesús Maria Zabala durch die Schüsse der Guardia Civil in Fuenterrabia. In Fuenterrabia, einer Vorstandt San Sebastiáns, wurde am Mittwoch ein traditionelles Fest gefeiert in Erinnerung an den Sieg über die französischen Truppen des Fürsten Condé vor dreihundert Jahren. Tausende von Menschen trugen Anstecker mit der Ikurrina (baskische Flagge).

Gegen Abend wurde auf einem zentralen Platz des Ortes eine riesige Ikurrina gehißt, ohne daß die Polizei eingriff. Um neun Uhr abends sammelten sich Hunderte von Arbeitern, Angestellten, Schülern und Studenten zu einer Demonstration mit den Parolen „Freiheit für Pertur!" und „Vollständige Amnestie!". Die Demonstration löste sich nach der vorgeschriebenen Zeit wieder auf.

Die Polizei war während dieser Ereignisse in Seitenstraßen aufgestellt, bereit zum Eingreifen. Eine Frau in sehr angetrunkenem Zustand provozierte eine Konfrontation mit der Polizei, die sofort mit Tränengasbomben und Gummischußwaffen gegen die Herumstehenden vorging. Um sich vor den Angriffen der Polizei zu schützen, bauten einige Hundert eine Barrikade aus Metallstangen auf. Der Polizei gelang es aber, von hinten in die Straße einzudringen, in der sich die Menge verschanzt hatte. Es kam zu einem „Nahkampfgefecht" zwischen Demonstranten und Polizei, wobei ein Polizist zwei Schüsse gegen Jesús Maria Zabala abgab, die ihn in die Brust trafen. Er starb auf dem Weg zum Krankenhaus.

Zumindest zwei weitere Personen, die neben ihm standen, wurden schwer verletzt, einer verlor ein Auge. Weitere 12 Personen wurden nicht so schwer verletzt. Aus Protest gegen das Vorgehen der Polizei schlossen sämtliche Bars und Geschäfte in Fuenterrabia. Die halbe Stadt versammelte sich vor der Klinik, um Nachricht über die Verletzten zu erhalten.

Während dieser Vorkommnisse fand in einem Hotel der Stadt ein Festessen für den Gouverneur der Provinz und den Stadtrat statt. Die Bewohner von Fuenterrabia versammelten sich vor dem Hotel und wollten vom Gouverneur eine Erklärung. Dieser empfing vier von ihnen. Als er gefragt wurde, ob er es richtig finde, eine Demonstration mit Schußwaffen „aufzulösen", erklärte er, gerade deshalb habe er die „Brigadas Antidisturbias" (Brigaden gegen Unruhen) nach Fuenterrabia kommen lassen.

Am Donnerstag hingen von den Balkonen in Fuenterrabia schwarze Bänder als Zeichen der Trauer. An der Stelle, an der Jesús Maria Zabala gestorben war, wurde ein Sarg mit einer Ikurrina aufgestellt, um den sich viele Menschen versammelten.

Währenddessen fand eine außerordentliche Gemeinderatssitzung statt, in der die Bürgermeisterin Iridoy ihren Rücktritt erklärte aus Protest gegen das Vorgehen der Polizei. Einige Stadträte fanden das richtig, andere nicht. Es entspann sich eine Diskussion zwischen den anwesenden Mitgliedern des Nachbarschaftskomitees und den Stadträten, deren Resultat war, daß alle Stadträte gemeinsam ihren Rücktritt erklärten und zur Demonstration, die für Donnerstag Abend angesagt war, aufriefen.

Daraufhin verbot die „Gobierno Civil" (Zivilregierung) die Demonstration und „besetzte" die ganze Stadt mit Polizei. An der Stelle, an der Jesús Maria am Tage zuvor ermordet worden war, versammelte sich eine große Menschenmenge, gegen die die Polizei mit Gummischußwaffen vorging und etliche Personen verletzte.

Den ganzen Donnerstag waren die Geschäfte, Bars und Fabriken in Fuenterrabia geschlossen. Arbeiter des Unternehmens Astilleros Luzuriaga von Passajes streikten, demonstrierten und schlossen sich später in ihrer Fabrik ein. Sie warfen Gegenstände auf die Polizisten, die die Fabrik umstellt hatten. Die Polizei ging wieder mit Gummischußwaffen gegen die Arbeiter vor, wodurch drei Arbeiter verletzt wurden. Es wird erwartet, daß sich der Streik heute (Freitag) auf die ganze Provinz Guipuzcoa ausdehnt. Ebenso streikten gestern die Arbeiter der Fabriken Lesaca y Vera de Bidasoa, die zum Unternehmen Laminaciones de Lesaca gehören, in der Jesús Maria gearbeitet hatte.

Nach der Ermordung des Jugendlichen in Almeria vor zwei Wochen, der beim Malen einer Parole von der Polizei erschossen wurde, nach der Ermordung der Hausfrau Begona Menchaga, die im Juli bei einer Demonstration für Amnestie in Santurce von der Guardia Civil erschossen wurde, und vielen anderen, die in den letzten Wochen unter den Angriffen der Polizei gelitten haben, beweist dieses neue Todesopfer, daß trotz aller Versprechungen in bezug auf Demokratie, trotz der lächerlichen Amnestie, die erlassen wurde, trotz der „liberalen" Fassade, die Juan Carlos und die neue Regierung in der Öffentlichkeit aufstellen wollen, das faschistische Regime mit seinen Unterdrückungsinstrumenten nach wie vor besteht und sich für die spanischen Völker seit Francos Tod überhaupt nichts geändert hat.

Die Völker Spaniens wissen, daß ihnen von „oben" nichts geschenkt wird und daß sie sich ihre Rechte und Freiheiten selbst erkämpfen müssen. – (m., Valencia, 10. September)

Tagelöhner! Spanien, Hügel für Hügel, gehört den Hirten;
Den Armen und den Landarbeitern;
Laßt nicht zu, daß der Reiche es auffrißt, Tagelöhner!

Das Bild zeigt den republikanischen Dichter Miguel Hernandez, wie er im Bürgerkrieg diesen Aufruf an die Fortsoldaten richtet. Miguel Hernandez, Schafhirt, starb 1941 mit 31 Jahren im Gefängnis des faschistischen Franco-Regimes. Zunächst zum Tode verurteilt, wurde das Urteil in 30 Jahre Haft umgewandelt. Aus Anlaß des 34. Todestages illustrierten in den Farben der Republik Maler aus ganz Spanien mit der Unterstützung von Tausenden von Menschen an den Häuserwänden von Orihuela, einem Stadtteil von San Isidro, der Geburtsstadt des Dichters, seine Gedichte und Lieder.

## Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft

„1936 besaßen die spanischen Großgrundbesitzer, die kaum 1 Prozent der Bevölkerung ausmachten, fast 55 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche, die mittleren Betriebe 35 Prozent, während die armen und Kleinbauern, die 45 Prozent der Bevölkerung darstellten, kaum 10 Prozent der Nutzfläche besaßen. Diese Zahlen sind noch überzeugender, wenn berücksichtigt wird, daß im Jahre 1931 in den 27 grundbuchamtlich erfaßten Provinzen 0,12 Prozent der Grundbesitzer 33,29 Prozent der Anbauflächen besaßen, während 98,6 Prozent über 35,72 Prozent verfügten. (...)

In unseren Tagen hat sich dieses Bild kaum geändert. Von insgesamt 2 850 495 landwirtschaftlichen Betrieben in Spanien mit einer Gesamtfläche von 43 890 967 ha Nutzfläche entfallen auf die 96,3 % Kleinbetriebe 39,1 % der Nutzfläche (17 159 089 ha), auf die mittleren Betriebe, die 1,7 % der Gesamtzahl darstellen, 8,1 % der Nutzfläche gleich 3 571 380 ha und auf die Großbetriebe, ab 100 ha, die 1,8 % der Gesamtbetriebe ausmachen, 52,8 % der Nutzfläche (23 160 500 ha). Hier ist besonders darauf hinzuweisen, daß bei den Großbetrieben solche mit 1 000 ha und mehr, die 1,6 % der Gesamtbetriebe darstellen, 21,6 % der Nutzfläche liegen (9 446 425 ha).

(Aus: M. Ciager/H. Koob, Ferienland Spanien?, Hamburg 1974, Seite 117 f.)

Diese Konzentration des Bodens in den Händen weniger kommt weiterhin zum Ausdruck durch die Aufstellung der 100 größten Grundbesitzer. Diese Liste zeigt, daß sie „mehr als 1/2 Million Hektar der oft fruchtbarsten Landstriche in ihrem Besitz haben." An erster Stelle dieser Liste der größten Grundbesitzer steht der Duque de Medinacelli mit 74 146 ha. (Ferienland Spanien?, Seite 117)

### „Der Boden dem, der ihn bearbeitet!"

**Besonders verbreitet ist der Großgrundbesitz in Andalusien. Über die Lage der Landarbeiter in diesem Gebiet berichtet der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung" am 27. Februar 1976:**

„Die Großgrundbesitzer – 1,6 Prozent der Betriebe halten 53,6 Prozent des Bodens – wirtschaften nicht intensiv genug und bieten zu wenig Arbeit. (...)

So sind eigentlich weiterhin Zehntausende zur Auswanderung gezwungen. Auf der anderen Seite sind jedoch wegen der Stagnation in den Industrieländern schon mehr als 100 000 Gastarbeiter zurückgekehrt. Die Arbeitslosigkeit daheim wächst bedrohlich und damit auch die soziale Unruhe. (...)

Die Parole ‚Der Boden dem, der ihn bearbeitet', die nebenan in Portugal im Alentejo zur Enteignung und auch wilden Besetzung großer Güter (...) führte, gewinnt nach dem Ende Francos auch in Andalusien an Zündkraft. (...) Doch Tausende von Landarbeitern sympathisieren mit der stalinistisch-maoistisch orientierten Partei der Arbeit (PT), die revolutionär an Enteignung und Kollektivierung denkt.
(...)

Hunderte von Dörfern leiden unter dem Lebensrythmus der Saisonarbeiter: sieben Monate Beschäftigung in den Olivenplantagen oder Weinbergen (für 500 bis 600 Mark pro Monat), fünf Monate Arbeitslosigkeit.

Andalusien hat 500 000 Tagelöhner. Viele von ihnen müssen jedes Jahr zur Weinlese nach Frankreich fahren, um ihre Familien durchbringen zu können."

**Der US-Imperialismus schickt erfahrene Manager der Konterrevolution nach Südafrika.** „Im Sommer 1974 war Deane Hinton als Botschafter in Zaire ernannt worden." Von 1967 bis 1969 hatte er „als Chef der amerikanischen Hilfsmission in Guatemala gearbeitet", „später in der gleichen Position in Chile". „Im Herbst 1974 wurde sein damaliger Chef Nataniel Davis ... von Kissinger zum Leiter der Afrika-Abteilung im Außenministerium ernannt." Bis 1973 war er amerikanischer Botschafter in Chile. „Er war dort seit 1971 tätig gewesen, also genau in der Zeit, in das Regime Allende in seinen Untergang gesteuert wurde." „Im Frühjahr 1975 wurde bekannt, daß die USA William G. Bowdler als neuen Botschafter nach Pretoria entsenden wollten. Bowdler war von 1956 bis 1961 in Kuba tätig" (also genau in der Zeit, als das kubanische Volk das US-Marionettenregime hinwegfegte).

(Aus: E.O. Czempiel, Die Politik der USA im Südlichen Afrika. Politik und Zeitgeschichte 30/76. Vergleiche KVZ Nr. 36/76, Seite 14, wo bereits der Artikel dieses Verfechters imperialistischer Interessen im Südlichen Afrika Verwendung fand.)

**Das Smith-Regime berichtete**, innerhalb von 24 Stunden hätten Befreiungskämpfer fünf rhodesische Soldaten getötet. Vier schwarze Zivilisten, „die das nächtliche Ausgehverbot nicht beachtet hätten", seien im gleichen Zeitraum von den „Sicherheitskräften" des Siedlerregimes erschossen worden. Schließlich teilte das Kolonialregime mit, ein rhodesischer Polizist sei von Zimbabwern vom Motorrad geholt und gesteinigt worden. Zimbabwer, die beschuldigt werden, am Befreiungskampf teilzunehmen oder für die nationale Befreiung einzutreten, sollen in Zukunft mit der Todesstrafe oder lebenslänglicher Haft bestraft werden: „Eine Gesetzesvorlage, die am 8. September im Parlament der rhodesischen Siedler eingebracht wurde, will die Todesstrafe oder lebenslängliche Haft für alle festlegen, die des Terrorismus beschuldigt werden. Schwangere Frauen und Jugendliche unter 16 Jahren sind von der Todesstrafe ausgenommen, aber auch für sie ist die lebenslängliche Haft gleichfalls Anwendung." (The Daily Telegraph, 9. September)

**Münster. Chile-Solidaritätsveranstaltung: „Das Feuer gegen den Imperialismus richten".** Am 16.9. führte die Ortsgruppe des KBW eine Podiumsdiskussion zu den Aufgaben der westdeutschen Solidaritätsbewegung unter dem Thema: „Chile: Das Feuer gegen den Imperialismus richten" durch. 130 Menschen nahmen teil. Von den eingeladenen Organisationen erschien nur das Lateinamerika-Komitee. Der „Initiativkreis Chile", der von den Revisionisten beherrscht wird, kam nicht. Auf der Veranstaltung wurde nachgewiesen, daß die Forderung „keine Umschuldungen" die Anbindung der Solidaritätsbewegung an die Erpressungsmanöver der Imperialisten gegenüber

# Die palästinensischen Massen greifen die Besatzer an

**„Die PLO hat faktisch aufgehört zu existieren", „Wird Arafat abgesetzt?" – das sind die Hoffnungen und die Absichten der imperialistischen Bourgeois, die ihre Presse propagiert. Der Zionistenstaat Israel will die Kämpfe im Libanon ausnutzen, um das besetzte Palästina weiter zu besiedeln, die Unterdrückung zu verschärfen. Er stößt aber auf Widerstand. Die neuen Siedlungspläne werden bekämpft.**

In Hebron (auf dem Westufer des Jordanflusses) hat die palästinensische Jugend die Zionistenpolizei angegriffen. Die Kaufleute in der Stadt haben ihre Läden geschlossen. Im Stadtzentrum wurden Demonstrationen durchgeführt, Flugblätter mit den Zielen des palästinensischen Volkes verteilt, die Polizei mit Steinen beworfen. „Manifestationen Jugendlicher ereigneten sich auch in Nablus. Schulen und Läden blieben dort am Donnerstag geschlossen. Die Schüler protestierten dort gegen israelische Neusiedler im besetzten Territorium sowie gegen König Hussein zum sechsten Jahrestag von dessen Vorgehen gegen die Palästinenser. Es wurden Steine gegen die Sicherheitskräfte geworfen und Autoreifen angezündet." (Neue Zürcher Zeitung, 18. September) In Jerusalem sammelten sich am Freitag ab 13 Uhr Gruppen von Demonstranten; sie rufen laut Parolen gegen die israelischen Besatzer, für die Befreiung Palästinas sowie gegen das Hussein-Regime. „In einer engen Gasse finden sich vier Wachpolizisten von zwei Gruppen von Demonstranten umzingelt, die auf sie Steine und Flaschen niederprasseln lassen." (Le Monde, 19./20. September) Die Besatzerpolizei hat die Waffen gezogen, zwei der Demonstranten verletzt, einer ist jetzt an seinen Schußverletzungen gestorben. „In Ostjerusalem wurden von Jugendlichen an mehreren Stellen Lastwagenreifen entzündet." (Süddeutsche Zeitung, 18./19. September) In Jaffa, direkt bei Tel Aviv gelegen, wurde ein Sprengstoffangriff durchgeführt.

Das palästinensische Volk kämpft für seine nationale Befreiung. Zu diesem Zweck hat es sich in den von den Zionisten besetzten Gebieten die „Palästinensische Nationale Front" geschaffen, die der PLO angehört. Seitdem sie 1973 gegründet wurde, hat sich die Schlagkraft des Kampfes erhöht. In einem Interview erklärt Dr. Hamzeh, führendes Mitglied der PNF:

„Jedoch, seit 1973 im Zusammenhang mit dem Oktoberkrieg, haben wir unseren Willen unter Beweis gestellt, entschlossen der zionistischen Herausforderung entgegenzutreten. Die Demonstrationen und die Streiks, die in den besetzten Gebieten durchgeführt wurden, haben diese Mythen von den „schweigenden Palästinensern" (unter zionistischem Joch) zerstört und die Überzeugungen der zionistischen Gesellschaft erschüttert. Die Erhebung des Volkes im November 1974 war ein entscheidender Wendepunkt. Die ausdrücklichen Ziele der Demonstrationen waren: die Entscheidungen des Rabat-Gipfeltreffens zu unterstützen und besonders die PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Diese Anerkennung wurde einige Wochen später durch die Rede unseres Genossen Yassir Arafat vor den Vereinten Nationen bestätigt. Dieses Ereignis hatte eine große Wirkung in unserem Volk. Schließlich gibt es die einheimische Rebellion, die unser Land während der letzten sechs Monate erschüttert hat. (...) Die Palästinenser im Inland sind nicht ruhig. Sie sprechen mit immer größerer Stärke. (...)

Die Palästinensische Nationale Front ist ein unzertrennlicher Bestandteil der PLO. Deshalb sind die Resolutionen des Nationalrates der PLO zugleich die unseren. Wir befürworten die Errichtung einer nationalen Macht in all jenen Teilen unseres Landes, die befreit werden. Diese nationale Macht begreifen wir als ein vorübergehendes Stadium in der gerechten Lösung der Palästina-Frage. Diese Lösung ist auf den nationalen Rechten des palästinensischen Volkes gegründet. Es würde deshalb falsch sein, unseren Schritt an eine Reihe von Plänen und Initiativen zu binden, die von den jordanischen Staatsbehörden ausgehen. Wir denken zum Beispiel, daß die Frage einer möglichen syrisch-jordanischen Konföderation lediglich Syrien und Jordanien etwas angeht." (Newsfront International 183/76)

„Die Palästinenser als Machtfaktor ausgeschaltet?" Die palästinensischen Arbeiter werden von den israelischen Kapitalisten ausgebeutet, die palästinensischen Bauern ihres Landes und der Früchte ihrer Arbeit beraubt, die palästinensischen Handwerker, Kaufleute mit drastischen Steuern ausgesaugt, das palästinensische Land steht unter zionistischer Besatzung, ein erheblicher Teil des Volkes ist vertrieben. Ein unterdrücktes Volk läßt sich nicht ausschalten. Imperialismus und Zionismus hoffen, über die Angriffe im Libanon das palästinensische Volk niederhalten zu können. Durch den Angriff im Libanon konnten sie über mehr als ein Jahr verhindern, daß der Kampf der Palästinenser vom Libanon aus sich mit dem Kampf der Massen in Palästina gegen den Zionistenstaat verbindet.

Im Libanon finden gegenwärtig Verhandlungen statt. Den Vorsitz führt der Beauftragte der Arabischen Liga, Sabri-al-Kholi. Elias Sarkis, zukünftiger Staatspräsident des Libanon, Yassir Arafat (PLO) und Generalmajor Jamil, Oberbefehlshaber der syrischen Luftwaffe, nehmen an den Verhandlungen teil. Diese haben folgende Punkte zum Gegenstand: „1. Festsetzung von Tag und Zeit für einen Waffenstillstand, 2. Beseitigung aller Befestigungsanlagen und Abzug aller bewaffneten Truppen an den Bürgerkriegsfronten und 3. Aufstellung eines Zeitplans für die Verwirklichung des Kairoer Abkommens von 1969 zwischen dem Libanon und den Palästinensern". (Süddeutsche Zeitung, 18./19. September)

Die PLO verteidigt dieses Abkommen. Erkämpft wurde es 1969, als damals die Armee der libanesischen Kompradorenbourgeoisie die Palästinenserlager angriff und zurückgeschlagen wurde. Was ist der Inhalt dieses Abkommens?

„... das Recht der Lager auf Selbstbestimmung und Autonomie; libanesische Sicherheitskräfte haben nur noch mit Erlaubnis der Palästinenser Zutritt zu den Lagern; das Recht, sich frei zu organisieren und politisch zu betätigen, sich zu bewaffnen und militärisch auszubilden; Bewegungsfreiheit in einer bestimmten Zone im Süden des Libanon entlang der israelischen Grenze und das Recht, in dieser Zone Widerstandsbasen zu errichten."

Die PLO verteidigt notwendige Kampfrechte des palästinensischen Volkes. Sie dienen dem nationalen Befreiungskampf gegen den Besatzerstaat. Die reaktionären christlichen Truppen wollen sie liquidieren. Die PLO muß sich aber auch gegen die Armee des expansionistischen Syrien, einem arabischen Land, verteidigen. Dies ist eine der Windungen des revolutionären Befreiungskampfes, dessen Ziel die Zerschlagung des Zionistenstaates und die Befreiung ganz Palästinas ist. – (hjh)

## 4 Lastwagen für den Befreiungskampf in Zimbabwe



**Kontostand am 20. September: DM 462 843,17**

**ZANU-Spendenkonto: Volksbank Mannheim 106 83 26**

**Weinheim. 3000 DM für die Lastwagen für die ZANU** – das hatte sich die Ortsgruppe des KBW bis zum 3. Oktober als Ziel gesetzt. Dieses Ziel haben wir bereits jetzt übertroffen. Am 13.9. waren insgesamt 3120,70 DM als Spenden eingegangen. Auf dem Weinheimer Straßenmarkt (Einrichtung der Weinheimer Geschäftsbesitzer zur Hebung ihres Umsatzes) trat die Ortsgruppe mit einem Solidaritätsbazar auf und erreichte an diesem Tag 1325 DM an Spendeneinnahmen. Während des Straßenmarktes, der von 50000 Menschen besucht wurde, haben wir Kundgebungen durchgeführt und dabei die große Bedeutung des Freiheitskampfes des Volkes von Zimbabwe für den Klassenkampf in Westdeutschland und für die proletarische Weltrevolution erläutert. Gegenüber unserem Stand hat ein stadtbekannter CDU-Reaktionär seinen Metzgerladen. Er hat mehrmals vergeblich versucht, die Polizei zum Einschreiten gegen unseren Stand zu überreden. Angesichts der vielen Menschen, die um unseren Stand herumstanden, hat die Polizei ein Eingreifen abgelehnt. Es ist gelungen, eine Werbeeinrichtung der Kapitalisten für die Unterstützung des Freiheitskampfes des Volkes von Zimbabwe zu nutzen. Jetzt werden wir alles daransetzen, um bis zum 3. Oktober 4000 DM für die ZANU zu sammeln. – (u)

**Braunschweig.** In der vergangenen Woche wurden u.a. Medikamente, 5 Schreibmaschinen, 1 elektrische Nähmaschine, 1 Plattenspieler sowie 5 Zentner Kleidung nach Bremen abtransportiert zur Verschiffung. Die Gegenstände sind das Ergebnis der Spendensammlung der letzten 4 Wochen zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe. (Nach: Bezirksbeilage Braunschweig zur KVZ Nr. 37)

**Wolfsburg.** Auf dem „Cityfest" am 4.9. führte der Kommunistische Jugendbund einen Bazar zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe durch. In Reden über den Lautsprecherwagen und auf Stellwänden wurde am Beispiel von

**Münster. Chile-Solidaritätsveranstaltung: „Das Feuer gegen den Imperialismus richten".** Am 16.9. führte die Ortsgruppe des KBW eine Podiumsdiskussion zu den Aufgaben der westdeutschen Solidaritätsbewegung unter dem Thema: „Chile: Das Feuer gegen den Imperialismus richten" durch. 130 Menschen nahmen teil. Von den eingeladenen Organisationen erschien nur das Lateinamerika-Komitee. Der „Initiativkreis Chile", der von den Revisionisten beherrscht wird, kam nicht. Auf der Veranstaltung wurde nachgewiesen, daß die Forderung „keine Umschuldungen" die Anbindung der Solidaritätsbewegung an die Erpressungsmanöver der Imperialisten gegenüber Chile bedeutet. Die Vertreter bürgerlichen Linie im Komitee waren außerstande, diese Forderung zu begründen und nahmen schließlich widerspruchslos die Erklärung hin, daß diese Forderung falsch und schädlich ist. Ohne eine weitere inhaltliche Äußerung verschwanden sie schließlich noch vor Ende der Veranstaltung vom Podium. Lebhaft unterstützt wurden dagegen die Forderungen der Länder der Dritten Welt, wie sie auf der UNCTAD IV in Nairobi erhoben wurden. Gegenüber der imperialistischen Ausplünderung wurde dargestellt, wie die sozialistische Volksrepublik China mit den Ländern der Dritten Welt wirtschaftliche Beziehungen des gegenseitigen Vorteils unterhält, was eine wirksame Unterstützung für den Zusammenschluß der Länder der Dritten Welt gegen Imperialismus, neuen und alten Kolonialismus und insbesondere den Hegemonismus der beiden Supermächte ist. Auf der Veranstaltung wurde den revisionistischen Spaltungs- und Verwirrungsmanövern ein heftiger Schlag versetzt, die Solidarität mit dem Kampf der chilenischen Arbeiterklasse und Volksmassen gegen den Imperialismus, für den Sturz der Junta gestärkt. – (hlk, Ortsgruppe Münster)




Zu beziehen über:
**Buchvertrieb Hager GmbH**
Postfach 5129
6800 Mannheim

ist jetzt an seinen Schußverletzungen gestorben. „In Ostjerusalem wurden von Jugendlichen an mehreren Stellen Lastwagenreifen entzündet." (Süddeutsche Zeitung, 18./19. September) In Jaffa, direkt bei Tel Aviv gelegen, wurde ein Sprengstoffangriff durchgeführt.

Das palästinensische Volk kämpft für seine nationale Befreiung. Zu diesem Zweck hat es sich in den von den Zionisten besetzten Gebieten die „Palästinensische Nationale Front" geschaffen, die der PLO angehört. Seit-

„Die Palästinenser als Machtfaktor ausgeschaltet?" Die palästinensischen Arbeiter werden von den israelischen Kapitalisten ausgebeutet, die palästinensischen Bauern ihres Landes und der Früchte ihrer Arbeit beraubt, die palästinensischen Handwerker, Kaufleute mit drastischen Steuern ausgesaugt, das palästinensische Land steht unter zionistischer Besatzung, ein erheblicher Teil des Volkes ist vertrieben. Ein unterdrücktes Volk läßt sich nicht ausschalten. Imperialismus und

Die PLO verteidigt notwendige Kampfrechte des palästinensischen Volkes. Sie dienen dem nationalen Befreiungskampf gegen den Besatzerstaat. Die reaktionären christlichen Truppen wollen sie liquidieren. Die PLO muß sich aber auch gegen die Armee des expansionistischen Syrien, einem arabischen Land, verteidigen. Dies ist eine der Windungen des revolutionären Befreiungskampfes, dessen Ziel die Zerschlagung des Zionistenstaates und die Befreiung ganz Palästinas ist. – (hjh)

# USA sabotiert UNO-Aufnahme Vietnams

**Am 14. September beschloß der UNO-Sicherheitsrat die Behandlung des Antrags der Sozialistischen Republik Vietnam für Aufnahme als Mitglied in die Vereinten Nationen auf November zu verschieben.**

Die Supermacht USA drohte den Antrag Vietnams zu blockieren, wie sie bereits im vergangenen Jahr mit ihrem Veto die Aufnahme der Demokratischen Republik Vietnam und der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams, die von der überwältigenden Mehrheit der UNO-Mitglieder gefordert wurde, verhinderte. Damals versuchte sie als Gegenleistung die Aufnahme des amerikanischen Marionettenregimes in Südkorea zu erpressen. Jetzt, nach der Wiedervereinigung Vietnams, brauchen sie eine neue Begründung. Vietnam müsse zuerst eine vollständige Liste der im US-Krieg gegen Vietnam vermißten Amerikaner vorlegen. Daß eine solche Liste von Vietnam bisher nicht vorgelegt worden sei, sagte der Chefdelegierte des US-Imperialismus im UNO-Sicherheitsrat, Scranton, zeige, die vietnamesische Regierung sei „nicht ernsthaft bemüht um Frieden und Menschlichkeit, was aber für die Mitgliedschaft in der UNO Voraussetzung ist". (Herald Tribune, 15. September)

Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam hat von Anfang an erklärt, daß sie „Verständnis für die betroffenen Verwandten vermißter Amerikaner" habe und nach Möglichkeit zur Aufklärung beitragen werde. Das tut sie auch.

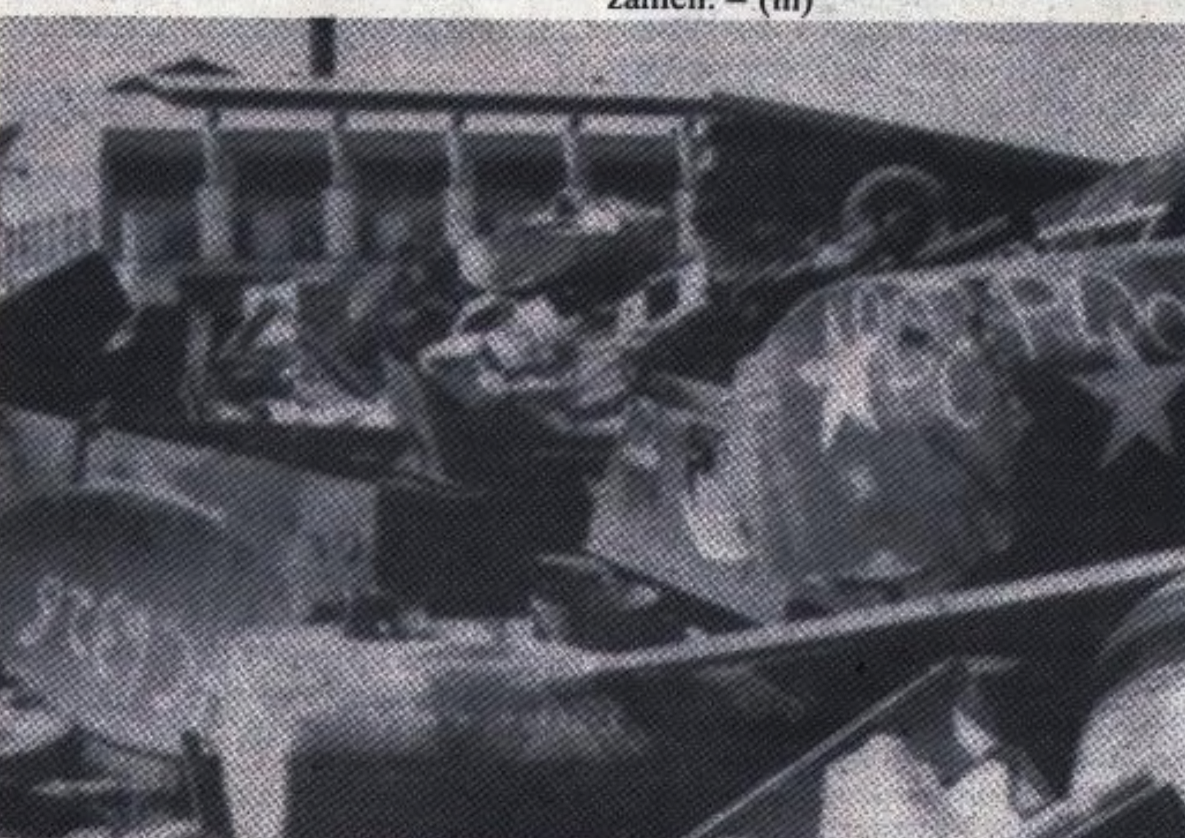
Die US-Imperialisten sind es, die das Streben der Völker nach Befreiung, Unabhängigkeit und Frieden mit Stiefeln treten. Nach wie vor verweigert der US-Imperialismus die Erfüllung des Pariser Friedensabkommens von 1973, das ihn verpflichtet, zur Beseitigung der von ihnen verursachten Schäden und Verwüstungen beizutragen und an Vietnam Wiedergutmachung zu zahlen. – (hl)

## *Nützliche Verwendung*

**Waffen und Gerät des vernichtend besiegten US-Imperialismus finden in Vietnam nach dem Sieg neue Verwendung. Die Arbeiter schmelzen das Metall und stellen daraus Geräte für die Landwirtschaft her. Darüber wird in einem Artikel der Zeitschrift „Vietnam" Nr. 5/1976 berichtet:**

„Die Masse der tödlichen Waffen, die früher von den US-Imperialisten und ihren Handlangern in Südvietnam eingesetzt wurden und die die Volksstreitkräfte zu Schrott verwandelten, wurde zu neuem Leben erweckt. Nach der Befreiung hat die revolutionäre Volksmacht die Produktion in 17 metallverarbeitenden Betrieben übernommen und erneut in Gang gesetzt. (...) Viele Schwierigkeiten mußten dabei gelöst werden. Es fehlte an Material, an Treibstoff, an Gebäuden usw. Der metallverarbeitende Wirtschaftssektor war in der Vergangenheit klein und wenig entwickelt. Die Rohstoffe wurden entweder importiert oder aus Schrott gewonnen. Keine einzige Anlage konnte aus dem reichlich vorhandenen Eisenerz Stahl erzeugen. Mit Hilfe von Leitungskadern, Ausrüstung und Material aus dem Norden wächst die Produktion unter der neuen Regierung beständig. Im nächsten Jahr kann mit gutem Grund eine Steigerung von 300 Prozent erwartet werden. Aus vielen Wracks von US-Panzern, Artilleriegeschützen, Stacheldrahtverhauen werden Pflüge, Wasserpumpen, Dieselmotoren, Lötstäbe, Nägel gemacht. Der mechanische Pflug mit dem Namen ‚Sieg 5', den die Fabrik Vicasa herstellt, wird so produziert. Viele Motoren und Traktoren werden aus Teilen zusammengefügt, die aus dem Norden und dem Süden kommen. Ende 1976 werden es mehr als 1 000 sein, und in den kommenden fünf Jahren wird die Produktion auf mehrere Zehntausend steigen.

Um den ganzen landwirtschaftlichen Bedarf zu decken, ist das natürlich noch unzureichend – aber angesichts der Tatsache, daß die Produktion landwirtschaftlicher Maschinen in Südvietnam vom Nullpunkt beginnt, ist es ein vielversprechender Anfang."



Übereste von US-Panzern und Waffen: Eine riesige Materialquelle für die metallverarbeitende Industrie

**Braunschweig.** In der vergangenen Woche wurden u.a. Medikamente, 5 Schreibmaschinen, 1 elektrische Nähmaschine, 1 Plattenspieler sowie 5 Zentner Kleidung nach Bremen abtransportiert zur Verschiffung. Die Gegenstände sind das Ergebnis der Spendensammlung der letzten 4 Wochen zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe. (Nach: Bezirksbeilage Braunschweig zur KVZ Nr. 37)

**Wolfsburg.** Auf dem „Cityfest" am 4.9. führte der Kommunistische Jugendbund einen Bazar zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe durch. In Reden über den Lautsprecherwagen und auf Stellwänden wurde am Beispiel von VW das Interesse der Imperialisten an der Ausbeutung der Länder der Dritten Welt offengelegt, wozu die Imperialisten durch Herauspressung von Höchstprofiten aus der Arbeiterklasse Westdeutschlands überhaupt nur in der Lage sind. Enthüllt wurde, daß der Produktionsleiter von VW Südafrika auf einem Rundgang im Werk Wolfsburg sagte, daß die Schwarzen bei ihm einfach erschossen würden, wenn sie meuterten. Die Äußerung des CDU-Abgeordneten Lagerdorff: „Südafrika ist eines der freiesten Länder der Welt" wurde anhand der Verhältnisse in Südafrika entlarvt als die Freiheit zu schrankenloser Ausbeutung und Unterdrückung, wofür die CDU ist. 150,01 DM erbrachte der Verkauf von gespendeten Gegenständen des Bazars. (Aus: Bezirksbeilage Braunschweig zur KVZ Nr. 37)

**Kiel.** Auf der 4. Wahlkundgebung des KBW am 11. September wurden über 1200 DM für den Befreiungskampf in Zimbabwe gesammelt.

**Dortmund.** Bisher wurden 3015,36 DM zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe gesammelt. Allein am 10. September wurden während einer Veranstaltung 1853,90 DM gespendet. 50 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten nahmen an dieser Veranstaltung teil, in deren Verlauf unter anderem mit einem Dia-Vortrag über die Lage und die Ziele im nationalen Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe informiert wurde.

**Heidelberg.** 40 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten nahmen an einer Veranstaltung eines KVZ-Leserkreises mit dem Thema „Das Volk von Zimbabwe bekämpft siegreich das rhodesische Siedlerregime" teil. Ein über die Tische rollender Lastwagen war am Ende mit 800 DM beladen. Weitere 25 DM erbrachte der Verkauf von selbstgefertigten Linoldrucken und anderem. – Bei einer anderen Veranstaltung, die von den Zellen Geschichte und Volkswirtschaft der Kommunistischen Hochschulgruppe sowie der Institutsgruppe Volkswirtschaft durchgeführt wurde, ergab die Spendensammlung 323 DM. – Schließlich mußte eine Straßensammlung der Altstadtzelle des KBW gegen einen Polizeieinsatz verteidigt werden. Die Polizei konnte das von der Stadtbürokratie verhängte Sammlungsverbot zur Unterstützung des nationalen Befreiungskampfes nicht durchsetzen. 50 DM wurden bei dieser Straßensammlung gespendet. (Nach: Arbeiterzeitung, Bezirksbeilage Heidelberg zur KVZ Nr. 37)

*Wahlkampf der Gruppe Rote Fahne (KPD):*

# Mit fliegenden Rockschößen auf dem Kurs der Klassenversöhnung vorwärtseilend

Es ist uns nicht zu schade ums Papier: Der „Text der unterdrückten Wahlsendung" der Gruppe Rote Fahne (KPD) und der Text der dann von der Gruppe Rote Fahne gesendeten Wahlsendung müssen unbedingt dokumentiert werden. Es handelt sich um Wegmarken des Opportunismus bei seiner Aussöhnung mit der westdeutschen Monopolbourgeoisie. Sie zeigen: Ist erst einmal der Weg der Klassenversöhnung eingeschlagen, dann lebt sich's gänzlich ohne Scham. Das ZDF hatte der Gruppe Rote Fahne (KPD) wie auch dem Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) den Text ihrer ersten Wahlsendung jeweils abgelehnt.

Was tut die Gruppe Rote Fahne? Sie reicht einfach einen neuen Text ein, in dem sie die Stellen nicht mehr verwendet, die sich das ZDF zu senden weigert! Der Text der Sendung, die das ZDF beanstandet hatte, war wahrlich schon opportunistisch genug. Aber er enthielt noch einige abwertende Bemerkungen über den BRD-Imperialismus und gegen Ende ein allgemeines Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats. Beides war ohne jede praktische Bedeutung. Der Hauptstoß richtete sich nicht gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie, die die westdeutsche Arbeiterklasse ausbeutet und unterdrückt, und die Diktatur des Proletariats wurde nicht als nächste Etappe des Klassenkampfes bestimmt. Es heißt vielmehr:

„Die Arbeiterklasse und die Volksmassen in beiden deutschen Staaten müssen sich zusammenschließen und den Hauptschlag gegen den sowjetischen Sozialimperialismus, den Hauptfeind des deutschen Volkes, führen. Gleichzeitig müssen wir für demokratische Rechte und die unmittelbaren Lebensinteressen des Volkes kämpfen." Letzteres ist offensichtlich ein innerer Monolog, mit dem sich die Gruppe Rote Fahne in Erinnerung hält, daß sie die inneren Widersprüche nicht gänzlich außer Augen verlieren darf. Aber immerhin waren die paar Bemerkungen der Gruppe Rote Fahne über den BRD-Imperialismus und ihr Hinweis auf die Diktatur des Proletariats dem ZDF zuviel. Das ZDF hat also die Sendung der Gruppe Rote Fahne nicht ausgestrahlt und hat sie als revolutionäre Stellungnahme gewertet. Man darf das nicht für Weltfremdheit des ZDF halten. Diese Leute wissen gut, daß Unterdrückung ein ausgezeichnetes Mittel ist, um die fortschreitende bürgerliche Zersetzung der Gruppe Rote Fahne voranzutreiben. Sie setzten darauf, daß die Gruppe Rote Fahne einen weiteren Sprung nach rechts machen wird. Und sie haben völlig richtig spekuliert. Wahrscheinlich hatten sie folgenden Satz in der Sendung der Gruppe Rote Fahne genau gelesen:

„... die Truppen der Supermächte, insbesondere die russischen Besatzertruppen in der DDR, haben hier nichts zu suchen."

Das „insbesondere" muß jedem Bourgeois das Herz im Leibe lachen lassen. Zeigt es doch, daß diese Gruppe Rote Fahne längst die Farbe gewechselt hat. Sie hat sich nicht nur mit dem BRD-Imperialismus und dessen Armee, nein, sie hat sich auch mit dem US-Imperialismus und seinen Truppen hier in Westdeutschland abgefunden. Da haben sich die ZDF-ler gedacht: Noch einen kleinen Druck, und die kriegen wir ganz auf unsere Seite. Sie hatten recht, wie der Wortlaut des schließlich gesendeten Textes zeigt. Den BRD-Imperialismus gibt es da gar nicht mehr. Die Gruppe Rote Fahne ist vollends zu Kreuze gekrochen. Sie soll ihre Zeitung umbenennen und sich „Schwarz-Rot-Goldene Fahne" nennen.

Auch der Protest der Gruppe Rote Fahne gegen die Unterdrückung ihrer ersten Wahlsendung war bereits schwarz-rot-golden:

„In der ‚Schutzschrift' (mit der das ZDF seine Maßnahme begründet hatte) maßt sich das ZDF an, der KPD die Wahrnehmung von verfassungsmäßigen Grundrechten abzuerkennen, obwohl das Grundgesetz vorsieht, daß dies nur durch das Bundesverfassungsgericht geschehen kann." Setzt man statt „KPD" DKP in den Text ein, dann sieht man gleich, aus welchem weltanschaulichen Winkel dieser Protest kommt: aus dem revisionistischen. Die Gruppe Rote Fahne schreit laut gegen den Sozialimperialismus. Der Sozialimperialismus ist die Frucht der Machtergreifung des Revisionismus, der der Bourgeoisie die Herrschaft in der Sowjetunion gebracht hat. Mit der Gruppe Rote Fahne verhält es sich genauso: Sie ist eine revisionistische Organisation, in der die Bourgeoisie herrscht. Mit dem BRD-Imperialismus hat sie sich ausgesöhnt. Sie beginnt bereits Grundgesetz und Bundesverfassungsgericht hochzuhalten. Was haben ihre Angriffe auf den Sozialimperialismus mit Marxismus-Leninismus zu tun? Nichts. Man kann bekanntlich gut Revisionist sein oder auch hundsgewöhnlicher Bourgeois und dennoch die eine oder die andere Supermacht angreifen, genauso wie man Kapitalist sein und Rothschildt hassen kann.

„Unglaublich" findet die Gruppe Rote Fahne die Entscheidung des ZDF, ihre erste Sendung nicht zu bringen. Wer kann das „unglaublich" finden? Doch nur jemand, der sich mißverstanden vorkommt und sich von einem Freund überraschend als Feind behandelt fühlt. Entsprechend ist auch die Empörung der Gruppe Rote Fahne:

„Das ZDF versucht der KPD zu unterstellen, sie habe gar nicht die Absicht, sich um eine ‚Mitwirkung in der zu wählenden Volksvertretung' zu bewerben. Diese ‚Einschätzung' maßen sich die ZDF-Juristen an, obwohl die KPD zu den Wahlen zugelassen wurde ..."

Voller gekränkter Unschuld fragt die Gruppe Rote Fahne:

„Wie aber soll eine kommunistische Partei zu den Bundestagswahlen kandidieren, wenn sie das Herzstück ihres Programms nicht vertreten und propagieren darf?"

Die Gruppe Rote Fahne hat jetzt selber darauf die Antwort gegeben: Das beste ist, man läßt alle marxistisch-leninistische Drapierung fallen, geht offen als Revisionist vor und läßt den BRD-Imperialismus ganz ungeschoren. Was man sich selber herausreißt, kann gewiß nicht das Herzstück gewesen sein. Wir haben schon immer gesagt, daß die Gruppe Rote Fahne die Diktatur des Proletariats zwar viel im Munde führt, aber ganz anderes im Sinne hat: die Herrschaft einer Gruppe von Hallotris wie Horlemann und Semler, die zur Bourgeoisie gehörten und Bourgeois bleiben. So leicht wird aus Kapitalistensöhnchen kein proletarischer Revolutionär. Daß diese Leute für ihre Übeltaten auch noch einen Arbeiter vorschicken, zeigt bloß, daß sie genau wissen, was sie treiben, und daß sie Tarnung notwendig haben.

In der „Roten Fahne" hieß es:

„Die KPD erklärt unmißverständlich: Das demokratische Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf die Propagierung des Marxismus-Leninismus und die programmatischen Ziele der Kommunisten darf weder vom ZDF noch von anderen Rundfunkanstalten beschnitten werden."

Schön gesagt. Das ZDF wird diese Rechte weiter mit allen Mitteln „beschneiden". Die Kennzeichnung der bürgerlichen Demokratie als Diktatur der Bourgeoisie ist nämlich genausowenig eine Phrase wie die Diktatur des Proletariats im Mund von Marxisten-Leninisten eine Phrase ist. Die Gruppe Rote Fahne hat dem ZDF mit ihrem zweiten Beitrag viel Mühe abgenommen und die schwachen Erinnerungen an den Marxismus-Leninismus gleich selber rausgeschnitten. Das wird ihr die demokratische und revolutionäre Bewegung, die den Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat führt, nie vergessen. – (gs)

## *Text der unterdrückten Wahlsendung*

„Seit 1970 gibt es wieder eine Partei, die den revolutionären Kampf der KPD Ernst Thälmanns fortsetzt — die KPD. Es spricht Karl Heinz Hutter, Elektromechaniker und Mitglied des Zentralkomitees der KPD:

‚Arbeiter, Werktätige,

jetzt vor den Wahlen versprechen die bürgerlichen Parteien, von SPD, CDU bis hin zur DKP, wieder das Blaue vom Himmel herunter:

- Da ist vom ‚Modell Deutschland' die Rede.
  Aber jeder Arbeiter weiß doch, was das heißt: Maximalprofite für die Ausbeuter. Und für die Arbeiterklasse: Lohnraub, Arbeitshetze, 1 Million Arbeitslose!
- Da ist von ‚Freiheit' die Rede.
  Aber, Berufsverbote, Gewerkschaftsausschlüsse und staatlicher Terror zeigen, daß die politische Unterdrückung wächst.
- Da ist von ‚Entspannung' die Rede. Aber ist denn die Welt seit Helsinki sicherer geworden?
  Im Gegenteil! Das Ringen der beiden Supermächte, USA und Sowjetunion, um die Vorherrschaft in der Welt hat sich verschärft. Und damit auch die Gefahr eines neuen Weltkriegs!

Besonders der sowjetische Sozialimperialismus bedroht die Völker der Welt mit Krieg!

Breschnew — das ist der Hitler von heute!

Die, die heute am lautesten von Frieden reden: Breschnew und seine Handlanger, die SED und DKP, sind heute die schlimmsten Feinde des deutschen Volkes!

**Die KPD sagt:**

Die Arbeiterklasse und die Volksmassen in beiden deutschen Staaten müssen sich zusammenschließen und den Hauptschlag gegen den sowjetischen Sozialimperialismus, den Hauptfeind des deutschen Volkes, führen.

Gleichzeitig müssen wir für demokratische Rechte und die unmittelbaren Lebensinteressen des Volkes kämpfen.

Das Deutschland, für das die KPD eintritt,

- wird unabhängig sein,
  denn die Truppen der Supermächte, insbesondere die russischen Besatzertruppen in der DDR haben hier nichts zu suchen;
- es wird vereint sein,
  denn es gibt nur eine deutsche Arbeiterklasse, ein deutsches Volk und eine deutsche Nation;
- und es wird sozialistisch sein,
  denn erst die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse, der Diktatur des Proletariats in ganz Deutschland:
- wird Schluß machen mit Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse,
- wird Schluß machen mit dem verfaulten bürgerlichen Parlamentarismus,
- wird Schluß machen mit der verbrecherischen Geschichte des deutschen Imperialismus.

Mit der KPD — Für ein unabhängiges, vereintes, sozialistisches Deutschland! Kämpft mit der KPD! Wählt KPD!'"

(Faksimile aus: Rote Fahne Nr. 36/1976)

## Text der gesendeten Wahlsendung

„Seit 1970 gibt es wieder eine Partei, die den revolutionären Kampf der KPD Ernst Thälmanns fortsetzt, die KPD.

Es spricht Karl-Heinz Hutter, Elektromechaniker, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Zentralkomitees der KPD.

‚Arbeiter, Werktätige!

Ein Jahr nach der Konferenz von Helsinki stellt sich die Frage: Ist die Sicherheit in Europa größer geworden? Nein, die Spannungen haben zugenommen und die Gefahr eines neuen Weltkrieges wächst. Ursache ist das Ringen der beiden Supermächte USA und Sowjetunion um die Weltherrschaft. Insbesondere Breschnew hat seine Truppen in Osteuropa verstärkt. Russische Flotten umkreisen und bedrohen Westeuropa. Die DDR, von den Sozialimperialisten militärisch besetzt, dient als Angriffsbasis gegen Westen. Die Sowjetunion ist die treibende Kraft in der Verschärfung der internationalen Spannungen und der Kriegsgefahr. Zwar tritt Breschnew als Friedensapostel auf, und viele Menschen lassen sich noch täuschen, aber wir Kommunisten sagen: Die heutige Sowjetunion ist kein sozialistisches Land mehr. Mit Chruschtschow ist eine neue Bourgeoisie an die Macht gekommen, die die einstmals ruhmreiche Sowjetunion Lenins und Stalins umgewandelt hat in eine imperialistische Supermacht. Breschnew, das ist der Hitler von heute. Die europäischen Völker und Staaten müssen gegenüber der Bedrohung der beiden Supermächte, insbesondere des russischen Sozialimperialismus, ihre Wachsamkeit erhöhen. Sie müssen ihre Einheit und Verteidigungsbereitschaft verstärken. Sie müssen mit der Dritten Welt eine breite Einheitsfront errichten.

Die Schmidt-Regierung laviert zwischen den beiden Supermächten. Sie verhindert eine Frontbildung der europäischen Staaten gegenüber den Hauptkriegstreibern, und das ist äußerst schädlich.

Das deutsche Volk muß sich heute unter Führung der Arbeiterklasse im Kampf gegen seinen Hauptfeind, den sowjetischen Sozialimperialismus, und dessen Handlanger, die SED- und DKP-Revisionisten, zusammenschließen, um seine nationale und soziale Befreiung zu erkämpfen.'

Stärkt die internationale Einheitsfront gegen die imperialistischen Supermächte, gegen die Vorherrschaftspläne des russischen Sozialimperialismus in Europa. Mit der KPD für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland.

Kämpft mit der KPD, wählt KPD!"

Kämpft mit der KPD, wählt KPD!"

Gesendet: 16. September 1976, 21.15 Uhr, (Tonbandaufnahme)

# Richtige Maßnahme zur rechten Zeit

## Die rechte Linie in der Redaktionsarbeit liquidieren!

Der Ständige Ausschuß des Zentralen Komitee stellt fest, daß die bürgerliche Linie in der Redaktionsarbeit, die in der Abstumpfung des Klassengegensatzes und in der Aussöhnung mit Reformismus und Revisionismus besteht, noch nicht beseitigt ist und weiter entschieden bekämpft werden muß. Solange diese Linie nicht beseitigt ist, wird es immer wieder zu schwerwiegenden Fehlern in der Redaktionsarbeit kommen, die praktisch auf die Sabotierung des Klassenkampfes und der Politik des Zentralen Komitees hinauslaufen.

In der letzten Nummer der KVZ, Nr. 35, ist der Artikel gegen die Auflösung des Landesverbandes Westberlin der GEW in einer schwerwiegenden Weise verfälscht worden. Das für die Taktik der Bourgeoisie entscheidende Zitat der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" ist herausgelassen worden. Da die Taktik des Proletariats in Polemik gegen dieses Zitat in dem Artikel entwickelt wird, bedeutet diese Entstellung des Artikels einen direkten Anschlag gegen die Anwendung dieser Taktik durch die Organisation und die proletarischen und revolutionären Kräfte in der GEW. Verantwortlich für die Fertigstellung dieser Seite war der Genosse B.

Oberflächlich betrachtet, handelt es sich bei diesem Fehler um einen redaktionellen Fehler, wie er immer wieder unvermeidlich auftreten wird. Tatsächlich handelt es sich aber um eine ideologische und politische Abweichung, wie sie nur solange immer wieder unvermeidlich vorkommen wird, wie die bürgerliche Linie in der Redaktionsarbeit nicht liquidiert ist. Wie die bürgerliche Linie insgesamt besteht diese bürgerliche Linie in der Redaktionsarbeit darin, in der gegenwärtigen Situation des Klassenkampfes, in der sich der Klassengegensatz verschärft und der Klassenkampf zu Zusammenstößen zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, zwischen der demokratischen Bewegung und der Reaktion führt, den Klassengegensatz abzustumpfen und den Zusammenstoß zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen demokratischer Bewegung und Reaktion abzumildern.

Entsprechend der gegenwärtigen Klassenkampfsituation ist der Kampf zweier Linien auf allen Ebenen der Organisation durch große Schärfe gekennzeichnet. Darüber darf man sich nicht dadurch hinwegtäuschen lassen, daß die rechte Linie nur selten zum offenen Angriff auf die proletarische Linie übergeht. Um so wichtiger ist es, daß alle Erscheinungen des Opportunismus auf ihr Wesen, Abstumpfung des Klassengegensatzes, Abmilderung des Zusammenstoßes zwischen Proletariat und Bourgeoisie und Aussöhnung mit Reformismus und Revisionismus zurückgeführt werden und der Kampf gegen die bürgerliche Linie entschlossen fortgesetzt wird.

Für die Redaktion bedeutet das, daß die Korrektur der Fehler in der Hauptsache nicht in der Unterdrückung der Erscheinungsformen des Opportunismus bestehen kann, sondern in seiner gründlichen Liquidierung bestehen muß.

2.9.1976

### Beschluß des Zentralen Komitee

Das Zentrale Komitee begrüßt den Beschluß des Ständigen Ausschuss „Die rechte Linie in der Redaktionsarbeit liquidieren!" und beschließt, die Genossen B.B., W.M. und E.R. mit dem heutigen Datum aus der Redaktion zu entlassen. Die Genossen werden in Grundeinheiten des KBW daran gehen müssen, ihre Weltanschauung umzugestalten. Die Redaktion hat sich im gegenwärtigen heftigen Kampf zweier Linien zur Durchführung der in der Resolution vom 10.1.1976 beschlossenen Aufgaben als das Hauptquartier der rechten Strömung in der Organisation entpuppt, und die drei Genossen haben sich als die Hauptvertreter dieser rechten Strömung in der Redaktion entpuppt.

Genosse B.B. hat sich als unfähig erwiesen, die Tätigkeit der Redaktion auf der revolutionären Linie des ZK zu organisieren. Das liegt nicht daran, daß es ihm an organisatorischen Fähigkeiten mangelt, sondern daran, daß er die revolutionäre Linie des ZK nicht zur Grundlage seiner Arbeit gemacht hat. Der Genosse B.B. ist der Hauptverantwortliche für die ideologische Entartung der Redaktion des Zentralorgans, in der der Kampf zwischen proletarischer und bürgerlicher Linie abgestumpft wurde, in der der Kampf des Marxismus-Leninismus gegen den Revisionismus nicht geführt und so der bürgerlichen Linie und dem Revisionismus ein guter Boden bereitet wurde.

Genosse W.M. ist seit Gründung des KBW der Hauptvertreter der rechten Strömung in der Organisation. Er hat die Auffassungen, die in den berüchtigten „Thesen" ihren Niederschlag gefunden haben, niemals wirklich korrigiert.

Genosse E.R. verficht hartnäckig eine Linie der friedlichen Koexistenz mit der bürgerlichen Ideologie und Wissenschaft. Die Erscheinungsform dieser Linie der friedlichen Koexistenz mit der bürgerlichen Ideologie und Wissenschaft ist, daß diese stets vom Standpunkt des besseren und klügeren Wissenschaftlers aus bekämpft wird und nicht vom Standpunkt des Proletariats. In Wahrheit wird also der Standpunkt der Bourgeoisie beibehalten und verteidigt.

Die Redaktion des Zentralorgans hat sich unter Führung der Genossen B.B., W.M. und E.R. von dem Moment an in das Hauptquartier der bürgerlichen Linie zu verwandeln begonnen, als das Zentrale Komitee auf Grundlage der Resolution vom 10.1.1976 die Aufgaben der Organisation in der jetzigen Situation des Klassenkampfes festgelegt hatte. Die drei Hauptvertreter der rechten Strömung in der Redaktion haben sofort erkannt, daß diese Resolution einen scharfen Angriff auf die rechte Strömung in der Organisation darstellt, und haben mit allen Mitteln zu verhindern versucht, daß das Zentralorgan zum Instrument der Durchführung dieser Resolution wird. Dabei haben sie solange Erfolg gehabt, bis die Ursachen der immer wieder auftretenden Fehler und Abweichungen im Zentralorgan durch den Bericht über die KVZ endgültig offengelegt worden sind und durch das Zentrale Komitee erste organisatorische Maßnahmen ergriffen wurden. Durch diese Maßnahmen wurde der Kampf zur Liquidierung des Hauptquartiers der bürgerlichen Linie eingeleitet. Die Genossen haben sich dieser Liquidierung der bürgerlichen Linie hartnäckig widersetzt. Deshalb sind die jetzigen organisatorischen Maßnahmen notwendig und unerläßlich. Die rechte Strömung in der Organisation wird besiegt werden. Die Zerschlagung des Hauptquartiers der rechten Strömung ist dazu notwendig. Die Entlassung der drei Redakteure ist der entscheidende Schritt zur Zerschlagung dieses bürgerlichen Hauptquartiers.

Die drei Genossen werden in Grundeinheiten der Bezirke, in denen sie jetzt wohnen, organisiert.

18. September 1976

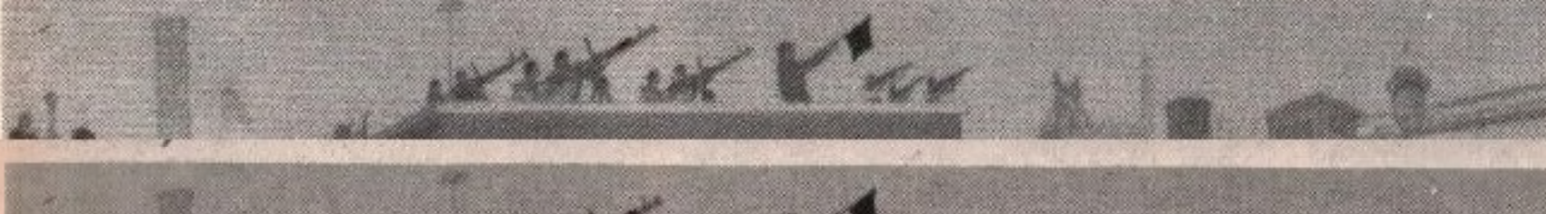


Der erste Pfeiler wird in die Erde getrieben
*Von: Xu Jin-Jun, Yu Wei-liang, Xia Yu-Yong, Hu Zhen-guo*

# Malereien Schanghaier Arbeiter

**„In der Welt von heute ist jede Kultur, jede Literatur und Kunst einer bestimmten Klasse zugehörig, einer bestimmten politischen Linie verpflichtet. Eine Kunst um der Kunst willen, eine über den Klassen stehende Kunst, eine Kunst, die neben der Politik einherginge oder unabhängig von ihr wäre, gibt es in Wirklichkeit nicht. Die proletarische Literatur und Kunst sind ein Teil der gesamten revolutionären Sache des Proletariats oder, wie Lenin sagte, ‚Rädchen und Schräubchen' des Gesamtmechanismus der Revolution."** („Aussprache in Yenan über Literatur und Kunst", in: Mao Tsetung, Ausgewählte Werke, Band III)

**„Die revolutionäre Kultur ist für die breiten Volksmassen eine machtvolle Waffe der Revolution. Vor der Revolution ist sie eine ideologische Vorbereitung für die Revolution; während der Revolution ist sie ein notwendiger und wichtiger Frontabschnitt innerhalb der allgemeinen revolutionären Front."** („Über die Neue Demokratie", in: Mao Tsetung, Ausgewählte Werke, Band II)






Die Verhältnisse der Menschen haben sich geändert – Textilarbeiter heute und einst
*Holzschnitt-Bilderreihe von: Shen Qiong, Wang Xiao-duo, Zhang Song-zu, Wang Zu-yin, Yan Zhong-lin*




Der Kampfeswille innerhalb der Kritik an Konfuzius und Lin Biao ist groß, der Arbeitsplatz wird zum Kampfplatz
– Um die Betrügereien der Konfuzius und Menzius zu entlarven, mußten wir um unsere Befreiung kämpfen.

Der Kampfeswille innerhalb der Kritik an Konfuzius und Lin Biao ist groß, der Arbeitsplatz wird zum Kampfplatz
– Um die Betrügereien der Konfuzius und Menzius zu entlarven, mußten wir um unsere Befreiung kämpfen.



**Die Volksmiliz trainiert**
*Neujahrsbild von Jiang Zhong-bo*
Über der Wandzeitung: Auf den Kriegsfall und auf den Katastrophenfall vorbereitet sein, für das Volk



In einer regnerischen Nacht wird der Feind festgenommen
*Bildergeschichte von Deng Tai-he*

